Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (3.5.2009)

Sand im Getriebe 73

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: **www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/** html-Version: **http://sandimgetriebe.attac.at** Mail an die Redaktion: **sig@attac.de**

Das geht nur ganz anders!



Es hat sich herumgesprochen: diese Krise ist kein Ausrutscher eines ansonsten funktionierenden Wirtschaftssystems. Diese Finanzkrise ist eine Systemkrise. Um die **Antworten auf diese Krise** geht es in dieser Nummer. Schon die „Peking Erklärung" (in SiG70) hatte betont, dass diese Krise auch als Chance gesehen werden kann, dass kleine Antworten nicht mehr helfen, dass es vielmehr ganz anders gehen muss.
Ein Beginn der praktischen Antworten war der Kapitalismus-Kongress in Berlin, die großen Demonstrationen am 28.3. in Wien, Berlin, Frankfurt/M und vielen anderen Städten der Welt, die weltweiten Kundgebungen zum 1. Mai sowie zum 16. Mai in Berlin. Das geht nur ganz anders – aber wie? →

Vielleicht wie in Frankreich mit Besetzungen und Generalstreiks?
Oder wie in **Guadeloupe und Martinique** mit lang andauernden Generalstreiks?
Überall auf der Welt werden sich die entsprechenden Aktionsformen erlernen lassen – aber Grundlage dürfte der **Abschied von Illusionen** der neoliberalen Epoche des Kapitalismus sein:
Samir Amin fordert die Überwindung des „neoliberalen Virus“, der die Gesellschaft zersetzt hat und bis in die Begriffe und Denkweisen hinein das Bewusstsein der Gesellschaft prägt.
Noam Chomsky analysiert in einem langen Interview die Krise,
die Ambiguität des neuen US-amerikanischen Präsidenten, die Aggressivität der NATO und - ebenso wie **Toussaint und Millet** - die desaströsen Ergebnisse des G20-Treffens, auf dem ausgerechnet der **IWF** wieder belebt wurde: „E*s geht um kräftige Finanzspritzen für den IWF (Internationale Währungsfonds). Es ist ein ziemlich dubioser Schritt, angesichts der Vergangenheit des IWF – auch wenn der IWF von einem Europäer geleitet wird, so ist er doch mehr oder weniger eine Abteilung des US-Finanzministeriums“*.
Demgegenüber betonte die Rednerin aus Kamerun, **Tilder Kumichii NDICHIA** am 28.3. auf der großen Demonstration in Berlin: *„Wir träumen von dem Tag, an dem die Weltbank und der IWF einpacken und verschwin*den!“ **Bernard Cassen** berichtet über die Anstrengungen
in Lateinamerika, mit dem SUCRE eine Regionalwährung aufzubauen und in diesem Kontinent für eine **IWF-freie Zone** zu sorgen.
Denn die Länder der Dritten bzw. Vierten Welt sind es, die von dieser Krise am stärksten betroffen sind, zumal deren **Schulden** nur selten gestrichen worden sind, und schon wieder drohen neue Schuldenberge durch verfallende Wechselkurse und Rohstoffpreise.
So wurde auf dem **WSF in Belem** zur Umkehr gemahnt: „*Wir rufen alle Bewegungen auf, unter dem Banner „Wir zahlen nicht für illegitime Schulden” und „Restitution und Entschädigung“ gemeinsam aktiv zu werden…. Es muss zur **Anerkennung der ökologischen Verschuldung des Nordens gegenüber dem Süden** kommen, besonders angesichts des Klimawandels..*
Das… zeigt Wege auf, den Fluss von Ressourcen und Kapital vom Norden in den Süden zu erhöhen, im Rahmen eines Prozesses zur Umverteilung der Reichtümer, die eine Korrektur der dramatischen Folgen von 527 Jahren der Plünderung einleiten würde.“
Im Süden wie im Norden sind radikale Neuansätze gefragt.
Walden Bello sieht ***Deglobalisierung als Antwort auf die Krise.***
Im Norden wie im Süden liege die *„die Herausforderung darin, eine Massenbewegung aufzubauen, weltweit und national, um eine antikapitalistische Antwort auf die Krise zu befördern. Demokratie in der Wirtschaft, mehr Demokratie in der Politik müssen die Ziele sein.“*
Stephan Krull konkretisiert das für die Autoindustrie:
„Die Idee von Wirtschafts- und Sozialräten kann Bedeutung erlangen, wenn die Beschäftigten und die Menschen in den Regionen aktiv werden“
Auch das **ISW** in München schlägt die Revitalisierung der Idee der „***Assoziation freier Individuen“,*** der Wirtschaftsdemokratie vor. Die Diskussionen um die Finanzmärkte – so wichtig sie sind – reichen angesichts des Gewichts dieser Weltkrise nicht mehr aus, um eine andere Welt zu schaffen. Es geht jetzt um Grundfragen wie Eigentum und Wirtschaftdemokratie, um die soziale Frage als Kern des Kampfes um eine bessere Welt.
Dazu gehören auch die richtigen Begriffe. **Hans Jürgen Urban** mahnte am 28.3.: lasst uns „*die Krise begreifen – den Kapitalismus wieder Kapitalismus nennen... Jetzt schlägt die Stunde einer offensiven Politik.. Nicht Massenentlassungen und Belegschaftsspaltungen, sondern Widerstand, ökologischer Umbau und Wirtschaftsdemokratie weisen den richtigen Weg“.*
Es geht eben nicht mehr weiter wie bisher. Es geht eben nur ganz anders.

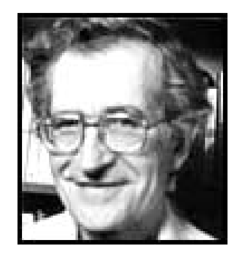
Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!
Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland)
- Barbara Waschmann (Attac Österreich) –

Noam Chomsky

2009: Hoffnung, aber auch Ängste

Die NATO und ihre Kriege, Afghanistan und Israel, die G20 und die Rolle von Präsident Obama



Amy Goodman**: Die NATO feiert ihren 60. Jahrestag, Frankreich hat sich nach 40 Jahren wieder dazugesellt. Was ist Ihre Analyse?**

Der Grund für die Gründung der Nato war, man mag es glauben oder nicht, dass man das westliche Europa gegen einen Angriff der Russen verteidigen wollte. Als die Mauer fiel und die Sowjetunion begann zusammenzufallen, war der Grund nicht mehr da. Daher lautet die erste Frage: **Warum existiert die NATO überhaupt?**

Michail Gorbatschow hat zu dieser Zeit den USA, die die NATO führten, angeboten, dass das wiedervereinte Deutschland der NATO beitreten darf, einer feindlichen militärischen Allianz also, die gegen die Sowjetunion gerichtet war. Das ist ein höchst bemerkenswertes Entgegenkommen. Wenn Sie zurückblicken auf die Geschichte des Zwanzigsten Jahrhunderts, so hatte allein Deutschland Russland praktisch mehrmals zerstört. Und jetzt bot Gorbatschow also einem wiedervereinigten, militarisierten Deutschland an, einem feindlichen militärischen Bündnis beizutreten, das durch die größte Militärmacht gestützt wurde.

Sicher gab es eine Gegenleistung (quid pro quo). George Bush, der Erste, war damals Präsident; James Baker Außenminister. Und Sie vereinbarten, in ihren eigenen Worten, dass die NATO nicht einen Inch nach Osten erweitert werden würde - um Russland zumindest einen gewissen Raum zum Atmen zu lassen. Darüber hinaus schlug Gorbatschow eine **atomwaffenfreie Zone** von der Arktis bis zum Mittelmeer vor, die wiederum einigen Schutz gewährt hätte und in der Tat zur Friedenssicherung beigetragen hätte. Auch dies wurde abgelehnt. Ich glaube nicht einmal, dass eine Antwort darauf erfolgte. So standen die Dinge im Jahre 1989/1990.

Dann wurde Bill Clinton gewählt. Eine seiner ersten Handlungen war es, das Versprechen zu brechen und die NATO nach Osten zu erweitern, was natürlich eine Bedrohung für die russische Sicherheit ist. Nun, der Vorwand, der angegeben wurde, z. B. durch Strobe Talbott, der Staatssekretär für Osteuropa war, lautete, es sei notwendig, die ehemaligen Satellitenstaaten (Russlands) in die Europäische Union einzubinden. Aber so ist es nicht. Es gibt Staaten innerhalb der Europäischen Union, die nicht Teil der NATO sind: Österreich, wie Sie wissen, oder Finnland und Schweden. Irrelevant also. Es war eine Bedrohung, und Russland reagierte natürlich auf die feindliche Bedrohung. Es erhöhte die Spannungen.

Dies setzt sich fort bis zum heutigen Tage. Präsident Obamas Nationaler Sicherheitsberater, James Jones, ist ein starker Verfechter der Ansicht, dass die NATO nach Osten und Süden erweitert werden sollte, und das bedeutet praktisch, die **Energie produzierenden Regionen** zu kontrollieren. Der Chef der NATO, der niederländische NATO-Generalsekretär de Hoop Scheffer, hat vertritt die Meinung, die NATO solle die Sicherung der Energiezufuhr zum Westen – Pipelines, Wasserwege, usw. – sicherstellen.

Tatsächlich gibt es aber noch mehr über die NATO zu sagen und darüber, warum sie existiert. Wir könnten, sagen wir mal, zehn Jahre zurückblicken - zum 50. Geburtstag der NATO. Also, der 50. Geburtstag der NATO war eine düstere Angelegenheit. Genau zu dieser Zeit bombardierte die NATO **Serbien** – illegal, wie alle (mittlerweile) einräumen. Damals wurde behauptet, es sei aus humanitären Gründen notwendig. Während des NATO-Gipfels (vor 10 Jahren) wurde viel darüber lamentiert, dass wir Gräueltaten so nahe an Europa nicht tolerieren könnten. Das ist eine interessante Aussage, da die NATO zur gleichen Zeit massive Gräueltaten direkt innerhalb der NATO unterstützte. So führte beispielsweise die Türkei, mit massiver Unterstützung der USA, in großem Maßstab Gräuel gegen ihre kurdische Bevölkerung durch, die weitaus schlimmer waren als alles, was über den Kosovo berichtet wurde...

Und dabei sind wir noch nicht einmal auf die Vorwürfe zum Thema Serbien eingegangen. Diese sollten uns ebenfalls einige Worte wert sein. Wir wissen, was in Serbien passierte. Es gibt umfangreiche Unterlagen des US-Außenministerums, der NATO und von Beobachtern der Europäischen Union, die vor Ort waren. Ein gewisses Maß an Gräueln, verteilt sozusagen auf die Guerilla (z.B. UCK – Anmerkung d. Übersetzerin) und die Serben fand statt. Allerdings ging man davon aus, dass das NATO-Bombardement zu einer radikalen Steigerung der Gräuel führen würde. Und genau das trat ein. Wenn man sich die Anschuldigungen gegen Milosevic zur Zeit des Bombardements vergegenwärtigt, wurden alle Gräueltaten, fast ausschließlich, mit einer Ausnahme, nach dem NATO-Bombardement begangen. Sie hatten das erwartet. US-General Clark, der kommandierende General, hatte Washington schon Wochen zuvor darüber informiert, ja, die Konsequenzen würden so aussehen. Und er informierte die Presse darüber - als das Bombardement begann. So sah die humanitäre Intervention aus. Gleichzeitig unterstützte die NATO noch schlimmere Gräuel, direkt innerhalb der NATO, in Ost-Timor und in anderen Fällen. Das war die NATO vor zehn Jahren…

Allmählich wird uns aus diesen Sachverhalten klar, weshalb die NATO existiert. Existiert sie, um Europa vor einem Angriff zu schützen? In der Tat benutzt man heute diesen Vorwand. Als Präsident Bush beispielsweise Abwehrraketensysteme in Osteuropa installierte –

begann, sie zu installieren –, lautete die Behauptung in diesem Zusammenhang: Es geht darum, Europa gegen Angriffe iranischer Raketen, die mit atomaren Gefechtsköpfen ausgerüstet sind, zu schützen. Die Tatsache, dass sie (die Iraner) überhaupt keine besitzen, interessiert nicht. Und die Tatsache dass, wenn sie welche hätten, es völlig verrückt wäre, auch nur eine Einzige zu bestücken, weil das Land dann innerhalb von 30 Sekunden vaporisiert würde, zählt nicht. Es geht (bei den geplanten Abwehrsystemen in Osteuropa) um eine weitere **Drohung gegen Russland**, genau wie damals Clintons Osterweiterung der NATO.

Wie sehen Sie Frankreichs Wiederbeitritt zur NATO?

Frankreichs Beitritt ist sehr interessant. Frankreich vertrat die von General de Gaulle initiierte Politik, Europa in eine „dritte Kraft", wie sie es damals nannten, zu verwandeln. Europa sollte unabhängig sein von den beiden Supermächten. Europa sollte also einen unabhängigen Kurs verfolgen. Er sprach von einem Europa vom Atlantik bis zum Ural. Darin bestand eine große Befürchtung der USA nach dem Zweiten Weltkrieg: Europa könnte, nach dem Wiederaufbau, nach außen drängen. Das war möglich. Seine Wirtschaft ist auf demselben Stand wie die der Vereinigten Saaten. Es hätte keinen Grund gegeben - abgesehen von der militärischen Stärke. Ansonsten ist Europa mit den USA vergleichbar. Es hätte also ein Schritt in Richtung eines friedlichen, von den Supermächten unabhängigen Europa werden können. Tatsächlich bestand ein großer Teil des Zwecks der NATO darin, genau das zu verhindern und sicherzustellen dass **Europa unter** dem US-Schirm und unter **US-Kontrolle** bleibt.
Frankreich hat seine Haltung nun aufgegeben und sich erneut einem Bündnis angeschlossen, das heute eine reine Interventionsarmee ist – eine internationale Interventionsarmee, genauso wie James Jones, de Hoop Scheffler und andere es beschrieben haben. **Es ist eine internationale Interventionsarmee unter US-Kommando.** Warum sollte sie (die NATO) sonst existieren? Wenn man auf die Jahre 1989 und 1990 zurückblickt, ist es sehr interessant, zu sehen, wie die Vereinigten Staaten auf den Zusammenbruch der Sowjetunion reagierten. Direkt nach dem Fall der Berliner Mauer, vor zwanzig Jahren, welche das Ende der Sowjetunion signalisierte, veröffentlichte die US-Administration unter Bush I umgehend eine Nationale Sicherheitsstrategie, ein Militärbudget und so weiter, die sehr interessant zu lesen sind. Zusammengefasst steht dort im Grunde, dass eigentlich alles ganz genauso weitergeht wie bisher - nur die vorgeschobenen Gründe sind neue. Was wir jetzt brauchen, ist ein riesiges militärisches Establishment und Militärbudget, nicht mehr um uns selbst vor den Russen, die gerade kollabieren, zu schützen, sondern, so wortwörtlich, wegen des technologischen Fortschritts von Drittweltmächten. Dies wurde ohne jeglichen Spott bekannt gegeben. Also wenn uns jemand vom Mars zugeguckt hätte, wäre er oder sie vor Lachen zusammengebrochen. Wegen des technischen Fortschritts der Dritteweltmächte müssen wir also unser riesiges Militärbudget beibehalten und unsere Interventionsstreitkräfte, die auf den Nahen/Mittleren Osten, dem Hauptziel unserer Interventionen, gerichtet sind. Warum? Nicht wegen der Russen, wie früher behauptet wurde. Nein, sie sagten, wir müssten unsere Interventionskräfte auf den Nahen/Mittleren Osten ausrichten, denn dort können wir unsere Probleme nicht vor der Tür des Kremls abladen. Mit anderen Worten sagten sie uns also: Wir haben euch 50 Jahre lang belogen, aber nun lichten sich die Wolken, und wir brauchen Interventionsstreitkräfte für den Nahen/Mittleren Osten, weil wir ihn kontrollieren müssen. Sie sagten, sie müssten jene Sache, die sie als „verteidigungsindustrielle Basis" bezeichnen aufrechterhalten. Das ist ein Euphemismus für die High-Tech-Industrie, die der Grund ist, warum wir Dinge wie Computer und das Internet haben. Es handelt sich um den großen staatlichen Sektor der High-Tech-Wirtschaft. Wir müssen ihn behalten – Sie wissen schon, wegen der großen (militärischen) Bedrohung durch die 'Dritte Welt'. In anderen Worten, alles bleibt so, wie es ist, nur der Vorwand änderte sich. Das wurde ohne einen Mucks hingenommen.

Afghanistan

Noam Chomsky, Ich würde gerne zu Afghanistan kommen. Das ist zur Zeit das Hauptthema der NATO. Es gibt eine Debatte um die Frage, ob der Krieg in Afghanistan ausgeweitet werden sollte. Wie denken Sie darüber?

Das ist interessant. Diese Frage wird in den Vereinigten Staaten direkt in der Mitte des Establishments diskutiert. Foreign Affairs[1], das wichtigste Organ des politischen Establishments, hatte einen interessanten Artikel, ich glaube, vor sechs Monaten, von zwei der führenden Spezialisten für Afghanistan: Barnett Rubin und Ahmed Rashid. Ihre Hauptaussage darin lautete, die Vereinigten Staaten sollten die Auffassung aufgeben, dass ein militärischer Sieg die Antwort auf alles wäre. Die USA sollten ihre politische Strategie umorientieren, sagten Rubin und Rashid, so dass es eine regionale Lösung geben könne, zu der die interessierten – die betroffenen Staaten, einschließlich vor allem Iran, aber auch Indien, Russland und China, ein eigenes regionales Abkommen entwickeln sollten; die Afghanen sollten untereinander etwas ausarbeiten. Die Autoren weisen darauf hin, zurecht, dass die Länder der Region nicht gerade erfreut darüber sind, dass Afghanistan zu einem militärischen Zentrum der NATO geworden ist. Dies stellt offensichtlich eine Bedrohung für sie dar...

Parallel dazu kann man noch eine andere Entwicklung feststellen. Es gibt eine wichtige Friedensbewegung in Afghanistan. Wir kennen ihre Ausmaße nicht. Aber anscheinend ist sie groß genug, dass Pamela Constable von der Washington Post vor kurzem in einem Artikel über Afghanistan schrieb, den neu verlegten amerikanischen Truppen würden bald zwei Feinde gegenüber stehen: die Taliban und die öffentliche Meinung. Damit meinte sie die Friedensbewegung, deren Motto lautet: "*Legt eure Waffen nieder. Wir haben nichts dagegen, dass ihr hier seid – allerdings für Hilfe und Entwicklungshilfe. Wir wollen keine Kampfhandlungen mehr.*"

Tatsächlich wissen wir aus westlichen Umfragen, dass sich etwa 75% der Afghanen für Verhandlungen der Afghanen untereinander aussprechen. Dies schlösse auch die Taliban mit ein, sofern sie Afghanen sind, im Grunde selbst die Taliban in Pakistan. Es gibt da einen Unterschied – die wirklich umkämpften Gebiete sind von Paschtunen besiedelt. Ihre Siedlungsgebiete werden durch eine künstliche, ehemals von den Briten festgelegte Linie, die so genannte Durand-Linie, getrennt. Die Briten hatten diese Grenze eigenmächtig festgelegt, um ihre indische Kolonie (British India) zu schützen und zu erweitern. Sie wurde von ihnen (den Paschtunen) nie akzeptiert. Es zerteilt ihr Territorium in zwei Hälften. Als Afghanistan noch ein funktionierender Staat war, akzeptierte er sie niemals – bis in die 70er Jahre hinein nicht. Die afghanischen Taliban sind natürlich Afghanen. Und auch Präsident Karsai, der bis vor kurzem unser Mann war – jetzt ja nicht mehr, da er außer Kontrolle geraten ist...

Wie meinen Sie das, dass Karsai außer Kontrolle geraten ist?
Nun, das ist interessant. Als Präsident Obama gewählt wurde, schickte ihm Präsident Karsai eine Nachricht, die – soviel ich weiss – unbeantwortet blieb, worin er Präsident Obama inständig darum bat, keine weiteren Afghanen mehr zu töten. Außerdem wandte sich Karsai an eine UN-Delegation und teilte ihr mit, dass er einen Zeitplan für den Abzug der ausländischen Truppen haben wolle. Tja, seine Beliebtheit nahm danach schnell ab. Vorher wurde er oft für seine schönen Gewänder und sein vornehmes Auftreten gepriesen und von den Medien und den Berichterstattern bewundert. Jetzt ist er sehr tief unten. Plötzlich soll er korrupt sein und so weiter.

Sie meinen, in der westlichen Welt und die westliche Presse?
In der westlichen Welt, vor allem in den USA, aber auch im Westen allgemein. Das erfolgte direkt auf die Meinungsäußerungen (Karsais). Sehr wahrscheinlich ist die Mehrzahl der Afghanen, wenn nicht gar mehr, dieser Ansicht.
Er (Karsai) ging noch weiter. Er sagte, er würde Mullah Omar, das Haupt der Taliban, nach Afghanistan einladen, um eine Lösung auszuarbeiten. Er fügte hinzu: "*Die Vereinigten Staaten werden das nicht mögen, aber sie haben nur zwei Möglichkeiten: Sie können es akzeptieren oder mich rauswerfen*". Im Grunde tun sie es gerade. Es gibt heute Pläne, Präsident Karsai zu ersetzen, ihn quasi die Karriereleiter hoch zu schubsen – man nimmt an, dass er die nächste Wahl gewinnt, also wird man ihm eine symbolische Position geben und einen Surrogaten überstülpen, der im Grunde von den USA bestimmt sein wird und das Land im Wesentlichen regieren wird –, denn so etwas ist nicht zu tolerieren.
Jedenfalls gibt es Alternativvorschläge – die hier und in weiten Kreisen Afghanistans auf höchster Ebene und offensichtlich auch unter der Bevölkerung diskutiert werden. Sie lauten, einfach in Richtung einer friedlichen Lösung unter den Afghanen und in Richtung einer regionalen Lösung zu gehen, unter Einbeziehung der Anliegen der benachbarten Mächte in der Region.

Obamas Krieg?

Warum, glauben Sie, weitet Präsident Obama diesen Krieg aus? Würden Sie von "Obamas Krieg" sprechen?
Nun, das reicht weit zurück. Ich denke, die USA haben in Weltangelegenheiten sozusagen einen Wettbewerbsvorteil, vor allem, was die militärische Macht angeht – allerdings nicht hinsichtlich der ökonomischen Macht, nicht hinsichtlich der Finanzreserven. Die USA sind ein sehr mächtiger Staat, aber eben nur einer unter mehreren. In ökonomischer Hinsicht kann man Amerika mit Europa vergleichen oder mit Ostasien, das im Aufstieg begriffen ist. Was allerdings die militärische Macht angeht, so ist Amerika einzigartig. Die USA investieren in militärische Stärke ungefähr soviel wie Rest der Welt zusammen. Technologisch gesehen sind sie wesentlich weiter entwickelt. Wenn man einen Wettbewerbsvorteil besitzt, ist man geneigt, ihn zu nützen. Daher tendieren politische Entscheidungen dazu, in Bereiche abzudriften, wo man stark ist, wo man militärische Stärke besitzt. Wissen Sie, es ist der alte Witz: Wenn du einen Hammer hast, siehst du in allem einen Nagel. Das ist eine sehr starke Triebfeder.
Außerdem besitzt Amerika seit langem eine Imperialmentalität: Wir müssen kontrollieren und beherrschen. Vor allem müssen wir alle Energieressourcen dominieren. Das reicht weit zurück.

Was ist mit den Energieressourcen in Afghanistan?
Nein, sie liegen nicht in Afghanistan. Die – meisten liegen im Golf; Zentralasien rangiert an zweiter Stelle. Allerdings befindet sich Afghanistan direkt in der Mitte dieses Systems. Ich denke, es geht um eine Pipeline. Wie mächtig ist diese Frage? Darüber kann nur spekuliert werden. Aber die Pläne für eine Pipeline von Turkmenistan in Zentralasien bis Indien – TAPI genannt, da sie von Turkmenistan über Afghanistan und Pakistan nach Indien führen soll –, existieren seit langem. Für die Vereinigten Staaten ist die Pipeline aus mehreren Gründen wichtig: erstens, falls sie – falls sie mitten durch Afghanistan und durch eine der konfliktreichsten Regionen, nämlich durch die Provinz Kandahar, verlaufen sollte. Wenn es zum Bau kommt, würde zum einen die Abhängigkeit der zentralasiatischen Staaten von Russland abnehmen. Dadurch wäre die Rolle Russlands geschwächt. Noch wichtiger ist, dass der Iran umgangen würde. Was ich sagen will: Indien braucht Energie, und die natürlichste Quelle ist der Iran. Tatsächlich steht eine Pipeline vom Iran nach Indien zur Debatte. Gelänge es aber, Erdgas aus Zentralasien nach Indien fließen zu lassen und dabei den Iran zu übergehen, wäre dies für die amerikanische Politik nützlich. Diese Politik ist heute glasklar erkennbar (was Obama angeht, so nimmt sie konkretere Formen an): Es geht darum, ein Bündnis regionaler Staaten zu formen, die sich gegen den Iran stellen.

Glauben Sie, dass Obama die Truppen umgehend aus Afghanistan abziehen sollte?
Nun, ich denke, die Afghanen sollten diese Entscheidung treffen. Sie haben Möglichkeiten. So fordert zum Beispiel die Friedensbewegung eine 'loya jirga' – was der traditionellen Art ihrer Entscheidungsfindung entspricht, ein Großtreffen, mit den Ältesten und anderen Persönlichkeiten usw., die versuchen würden, auf diese Art einen Konsens dazu zwischen allen Afghanen zu erzielen. Es sollte ihre Entscheidung sein. Ich meine, wir haben nicht das Recht, dort zu sein.

Palästina – Israel

Können Sie uns etwas zu Benjamin Netanyahu und die neue israelische Regierung sagen? Was wird, Ihrer Meinung nach, geschehen?
Nun, Benjamin Netanyahu ist auf der äußersten Rechten. Das Land ist so sehr nach Rechts gerückt, dass er fast schon in der Mitte ist. Sein Außenminister, Avigdor Lieberman, ist rechtsaußen. Gestern hat Lieberman seine erste Ankündigung gemacht. Er sagte, Israel fühle sich keiner seiner eingegangenen Verpflichtungen verpflichtet – auch nicht der von Annapolis – um irgendwann irgendeinen – unklar welchen – Palästinenserstaat zu formen. Man sei nur noch der Roadmap verpflichtet. So jedenfalls berichtete es gestern die Presse.

Worin besteht Israels Verpflichtung gegenüber der Roadmap? Das weiß er (Lieberman) ganz genau. Die Roadmap war die berühmte Entscheidung des 'Quartetts' (USA, Europa, Russland, UNO). Vor einigen Jahren entwarf das Quartett vage Pläne, was zu tun sei. Es würde sich lohnen, einen Blick darauf zu werfen, aber lassen wir's, es bringt wirklich nichts – denn sobald die Roadmap veröffentlicht wurde, akzeptierte Israel sie zwar, knüpfte aber umgehend vierzehn Bedingungen daran, die die Roadmap völlig aushöhlten. Jimmy Carter war einer der Ersten, der in seinem Buch zum Thema Israel/Palästinenser die Öffentlichkeit auf die israelischen Bedingungen aufmerksam gemacht hat. Sie werden im Anhang seines Buches genannt – seines so bitter verurteilten Buches. Niemand hat diesen sehr wesentlichen Beitrag erwähnt.[2]

Im Grunde sagte Israel damals: "Wir werden die Roadmap zwar unterzeichnen, aber wir werden sie nicht beachten – denn hier sind die Bedingungen". Eine Bedingung lautete zum Beispiel, man werde nichts unternehmen können, solange die Palästinenser nicht alle Gewalt einstellten, alle Gewalt, natürlich, aber auch alle Hetze, alles, was sich kritisch mit Israel auseinandersetzt. Auf der anderen Seite steht dort, nichts könne Israel davon abhalten, Gewalt auszuüben bzw. zu hetzen. Es stand dort explizit, mit etwa diesen Worten. Und so geht es weiter. Die Existenz (jüdischer) Siedlungen sei nicht diskutabel; im Grunde dürfe es keine Diskussion über irgendeinen wichtigen Punkt geben. Das ist die Roadmap. Die USA haben dies unterstützt – was im Grunde heißt, sowohl die USA als auch Israel weisen die Roadmap zurück. Lieberman sagte gestern, nun, das ist unsere einzige Verpflichtung. Hätten wir funktionierende Medien, hätte dies in den Schlagzeilen gestanden. Es gäbe darüber noch Vieles zu sagen. Sie wissen, Präsident Obama hat George Mitchell zum Gesandten für den Nahen/Mittleren Osten ernannt. Wäre es ihm erlaubt, irgendetwas zu tun, so wäre Mitchell keine schlechte Wahl. Im Moment hat er lediglich die Erlaubnis, praktisch jedem, aber eben doch nicht jedem, zuzuhören. Der gewählten Regierung Palästinas – unter Führung der Hamas – darf er nicht zuhören. Es würde ihm auch schwer fallen, denn die Hälfte von ihnen sitzt in israelischen Gefängnissen. Dennoch, sie haben Stimmen. Sie unterstützen beispielsweise den Aufruf für eine Zwei-Staaten-Lösung – die von den USA und Israel zurückgewiesen wird. Sie (die Hamas-Leute) haben sich bei diesem Thema mit der Welt verbündet. Warum wird uns nicht erlaubt, den Hamas-Leuten zuzuhören? Weil sie drei Bedingungen, die aufgestellt wurden, nicht erfüllen. Die erste Bedingung lautet, sie müssen die Roadmap akzeptieren – die wir und Israel zurückweisen, aber sie sollen sie akzeptieren, sonst können wir sie nicht in die zivilisierte Welt aufnehmen. Zweitens müssen sie der Gewalt abschwören. Nun, die Frage, ob die USA und Israel der Gewalt abschwören, brauchen wir nicht zu diskutieren. Das können wir abhaken. Drittens müsse sie (die Hamas) Israel anerkennen. Aber natürlich müssen wir umgekehrt Palästina nicht anerkennen, auch Israel muss dies nicht tun. Folglich sollen sie drei Bedingungen erfüllen, die wir nicht erfüllen, die Israel nicht erfüllt. Aber auch das wird kommentarlos hingenommen.

Welche Rolle sollte Präsident Obama aktuell einnehmen - was meinen Sie? Welche Aktion wäre für ihn die effektivste?
Er sollte sich mit der Welt verbünden. Seit mehr als 30 Jahren existiert ein überwältigender internationaler Konsens. Dieser wurde 1976 explizit gemacht, als die arabischen Staaten eine Resolution in den Sicherheitsrat einbrachten, die die Schaffung zweier Staaten forderte, gemäß der internationalen Grenze. Diese internationale Grenze war bis dahin auch von den USA akzeptiert. Gemeint ist die (israelisch-palästinensische) Grenze, wie sie vor Juni 1967 bestand. Als die USA – Ende der 60ger Jahre – noch Teil der Welt waren, lautete die offizielle US-Terminologie diesbezüglich: "... mit kleinen, wechselseitigen Modifikationen", das heißt, einige Kurven hätten noch begradigt werden können. Fast die gesamte Welt ist dafür. Die USA blockieren es. Die USA legten gegen diese Resolution ein Veto ein – ebenso wie gegen eine ähnliche im Jahr 1980.
Ich will nicht alles noch einmal durchgehen, aber im Prinzip ist es bis heute das Gleiche.

Was sollte Präsident Obama tun?
Im Grunde das, was Präsident Clinton in den letzten Wochen vor dem Ende seiner Regierungszeit getan hat. Es ist wichtig, zu erkennen, was damals geschah. Im Sommer 2000 fanden in Camp David Verhandlungen statt. Sie brachen zusammen. Clinton gab Arafat, dem Leiter der palästinensischen Delegation, die Schuld für den Kollaps. Von dieser Haltung rückte er allerdings kurze Zeit später wieder ab. Im Dezember (desselben Jahres) erkannte er formal an, dass die amerikanisch-israelischen Vorschläge von Camp David für keinen Palästinenser akzeptabel gewesen wären. Clinton legte seine eigenen Parameter (so nannte er sie) vor. Sie waren zwar etwas vage, aber entgegenkommender. Dann hielt er eine Rede, eine wichtige Rede, in der er sagte, dass beide Seiten diese Parameter akzeptiert hätten aber auch Bedenken geäußert hätten. Man traf sich im Januar 2001 im ägyptischen Taba, beide Seiten, um diese Bedenken auszubügeln. Sie kamen einem Ergebnis sehr nahe, das dem internationalen Konsens sehr, sehr ähnlich gesehen hätte.

Sind Sie für einen Staat oder für eine Zwei-Staaten-Lösung?
Sie können natürlich über die Lösung 'ein Staat' reden, wenn Sie wollen. Die beste Lösung wäre sowieso die Kein-Staat-Lösung. Aber das ist natürlich sehr utopisch. Wenn Sie wirklich für eine einstaatliche Lösung sind – ich war mein Leben lang dafür –, hieße dies, nicht einfach einen Staat, sondern einen binationalen Staat zu akzeptieren. Aber um von Hier nach Da zu kommen, braucht es einen Weg. Sonst bleibt alles nur Gerede. Der einzige Weg, der jemals vorgeschlagen wurde,. führt über zwei Staaten. Das wäre das erste Stadium.

G20

Was halten Sie von der aktuellen Kernschmelze in der Wirtschaft?
Nun, fangen wir mit dem G20-Trefen an. Wer einen Tag vor dem Gipfeltreffen die *Financial Times* aufschlug - das weltweit wichtigste Journal der Geschäftswelt - stieß dort auf eine Sektion zu diesem Thema. Darin wurde, zu Recht, so denke ich, darauf hingewiesen, dass der Hauptzweck (des Treffens) darin besteht, ein Bild der Harmonie und der Übereinstimmung zu vermitteln. Ganz gleich, was du tust, tu es so, dass es aussieht, als seien wir alle gleicher Meinung. Bei diesem Thema gab es scharfe Differenzen, was die Herangehensweise betrifft. Doch es muss so aussehen, als wären alle im selben Boot. Das ist so ziemlich das, was zur Zeit vor sich geht.
Was das Kommunique[4] angeht, das Sie mir vorhin vorgelesen haben: Das entscheidende Wort ist "freiwillig". Die Länder (der G20) können es sich freiwillig aussuchen, ob sie X, Y oder Z machen. Anders gesagt heißt das: Wir konnten kein Übereinkommen erzielen, also nennen wir es 'freiwilliges Übereinkommen'.

In einem Punkt waren sich aber alle einig: Der Internationale Währungsfonds (**IWF**) soll massiv rekapitalisiert werden; es geht um kräftige Finanzspritzen für den IWF. Es ist ein ziemlich dubioser Schritt, angesichts der Vergangenheit des IWF – auch wenn der IWF von einem Europäer geleitet wird, so ist er doch mehr oder weniger **eine Abteilung des US-Finanzministeriums**. Der IWF hat in der Vergangenheit eine extrem destruktive Rolle gespielt. Seine Exekutiv-Direktorin für Amerika beschrieb die Rolle des IWF treffend als die eines "Durchdrückers für die Kreditgemeinde". Das bedeutet: Ein Diktator in der 'Dritten Welt' häuft eine Menge Schulden an - nicht die Menschen, sondern der Diktator. Nehmen wir zum Beispiel Suharto in Indonesien. Die Schulden überschlugen sich. über. Die Gläubiger hatten viel Geld bei diesem Geschäft verdient, denn es war so riskant, dass die Zinsen hoch waren. Die Gläubiger mussten geschützt werden – nicht durch den Diktator, sondern durch das

indonesische Volk. Das Volk wurde harschen Strukturanpassungsprogrammen unterworfen, um Schulden zurückzahlen zu können, die sie nicht gemacht hatten. Auf diese Weise erhalten wir Kompensation - wir, die Reichen im Westen. Das ist die Rolle des IWF, des Durchdrückers der Kreditgemeinde – seine Rolle in der 'Dritten Welt' ist eine sehr destruktive. Und nun wird der IWF also mit frischem Kapital ausgestattet.
Interessant ist, dass darüber heute diskutiert wird – auf den Finanzseiten.
Die Unterstützer des Rekapitalisierungsgedankens sagen: "*Nun, der IWF hat die Flecken (seines Fells) gewechselt. Von heute an ist er ein anderer. Wir haben verstanden, dass er diese schreckliche Rolle innehatte, aber das wird sich von nun an ändern*". Gibt es irgendeinen Grund, an eine solche Änderung zu glauben? Sieht man sich die aktuelle Lage an, so fällt auf, welchen Ratschlägen die Mächte des Westens folgen, welche Programme sie befolgen. Es ist auffällig, wenn man es mit den Instruktionen vergleicht, die der 'Dritten Welt' erteilt werden.

Kehren wir noch einmal zu dem Beispiel Indonesien zurück. Vor rund 10 Jahren ereignete sich dort eine sehr große Finanzkrise. Die Instruktionen, die erteilt wurden, waren die Standardinstruktionen: "*Folgendes müsst ihr tun: Erstens, zahlt eure Schulden an uns zurück. Zweitens, privatisiert, damit wir eure Werte billig aufkaufen können. Drittens, erhöht die Zinsrate, um die Wirtschaft zu entschleunigen und zwingt die Bevölkerung zu leiden – damit ihr uns auszahlen könnt*". Das sind die regulären Anweisungen, die der IWF ihnen nach wie vor erteilt.

Und was tun wir? Wir machen genau das Gegenteil. Wir vergessen die Schulden, lassen sie explodieren. Wir senken die Zinsen auf Null, um unsere Wirtschaft anzuregen. Wir pumpen Geld in die Wirtschaft und schaffen so eine noch höhere Verschuldung. Wir privatisieren nicht, sondern verstaatlichen – nur nennen wir es nicht 'Verstaatlichung', wir geben der Sache einen anderen Namen, zum Beispiel 'Bailout' (Auslöse). Im Grunde handelt es sich dabei aber um Verstaatlichung ohne Kontrolle. Wir schütten unser Geld in die Institutionen. Wir haben der 'Dritten Welt' beigebracht, den Freien Handel zu akzeptieren, während wir selbst Protektionismus akzeptieren....

Noam Chomsky, Sie sind gerade 80 geworden. Wir haben nur noch ein paar Minuten. Wie fühlt man sich mit 80?
Ich habe noch ein paar Jahre vor mir. Ich denke nicht viel darüber nach.

Aber wenn Sie so überlegen und über diese großen gesellschaftlichen Bewegungen und die Zeiten der Umwälzungen nachdenken, für jemanden mit Ihrer Lebenserfahrung, was gibt Ihnen Hoffnung?
Tja, es gibt sowohl Hoffnung als auch Ängste. Ich meine, ich bin so alt, ich bin während der großen Weltwirtschaftskrise aufgewachsen. Und einige meiner Erinnerungen, Kindheitserinnerungen – ich verstand damals noch nicht viel – sind die Reden von Hitler, die ich gehört habe. Ich habe sie nicht kapiert, aber ich konnte die Reaktion meiner Eltern spüren, wissen Sie, und ich hatte Angst, große Angst. Der erste Artikel, den ich 1939 in der vierten Klasse schrieb, war über die Ausbreitung des Faschismus in Europa – wie eine dunkle Wolke, die alles einhüllen könnte. Und wie schon gesagt, einige dieser Bedenken habe ich auch jetzt.
Andererseits hat es riesige Fortschritte gegeben. Das Land (die USA) ist wesentlich zivilisierter als zum Beispiel vor 40 Jahren, dank des Aktivismus der 60ger und dessen Nachwehen. Manche der wichtigsten Entwicklungen fanden nach den 60gern statt, wie die Frauenbewegung, die wahrscheinlich mehr Auswirkungen auf unsere Gesellschaft hatte als jede andere. Das meiste ist nach den Sechzigerjahren passiert. Da wären die Solidaritätsbewegungen, ab den 80gern. Sie sind einzigartig in der Geschichte des Imperialismus. So etwas hatte es noch nie zuvor gegeben, oder man denke an die Bewegungen für globale Gerechtigkeit, die auch als 'Antiglobalisierung' bezeichnet werden – was nicht richtig ist. Sie sind in den 90ger Jahren und im neuen Jahrhundert entstanden. Das waren alles sehr positive Entwicklungen.
Sie haben die Institutionen jedoch nicht verändert. Die Institutionen haben sogar mit einem noch härteren Kurs reagiert, was nicht überraschend ist. Aber die Bewegungen haben die Kultur verändert. Ich meine, nehmen wir zum Beispiel die Wahl 2008. Ich mochte keinen der Kandidaten, das habe ich klargemacht. Aber andererseits konnte man sich vor 40 oder auch noch vor 10 Jahren gar nicht vorstellen, dass die Demokraten zwei solche Kandidaten ins Rennen schicken würden – einen Afroamerikaner und eine Frau. Gut, das ist ein Zeichen des zivilisierenden Einflusses des Aktivismus der 60ger Jahre und all dessen, was darauf folgte. Dieses Potenzial kann mobilisiert werden und das wird auch schon gemacht. Ich schätze, dass die Anzahl der Aktivisten in diesem Land wesentlich größer ist als in den 60gern – außer vielleicht für einen kurzen Moment auf dem Höhepunkt der Antikriegsbewegung. Ok, das kann man als Grundlage für weitere Schritte nach vorne benutzen. Daraus ergibt sich berechtigte Hoffnung.

Zum Schluss möchte ich noch unser Beileid für Carols Tod ausdrücken.
Danke.
Ihre Lebenspartnerin, jemand, den Sie - also jetzt mit 80 Jahren - ungefähr 77 Jahre kannten?
Ja, genau. Es ist nicht leicht, damit klar zu kommen.
Was gibt Ihnen die Kraft, nach Carols Tod weiter zu machen?
Naja, so Dinge wie die, die Sie hier machen. Damit kann man etwas bewirken.
Und Sie haben eine wunderbare Familie.
Ja.
Also, unser Beileid für Sie — und Ihre Kinder. Noam Chomsky, vielen Dank.
Danke.

Anmerkungen
[1]http://www.pacificcouncil.org/pdfs/RubinRashidFORREIGN%20AFFAIRSfinal.pdf
[2] „Palestine: Peace Not Apartheid“ von Jimmy Carter (2007), ‘Appendix 7: Israel’s response to the roadmap, May 25, 2003’

Originalartikel: Global Economic Crisis, Healthcare, US Foreign Policy and Resistance to American Empire Übersetzt von: Andrea Noll, Irena Furhoff und Britta Schellens
http://www.zmag.de/artikel/interview-mit-noam-chomsky-ueber-die-nato-afghanistan-

Noam Chomsky,. Noam Chomsky ist emeritierter Professor für Linguistik am Massachusetts Institute of Technologie (MIT) und hat in den 60er Jahren die Vorstellungen über Sprache und Denken revolutioniert. Zugleich ist er einer der prominentesten und schärfsten Kritiker der gegenwärtigen Weltordnung und des US-Imperialismus.
Das ganzen Interview (englisch) mit Noam Chomsky Teil 1 und 2 unter **www.democracynow.org**.
Einen sehr guten Überblick über die auf Deutsch erschienenen Bücher/Werke Noam Chomskys bietet Wikipedia und unser ZNet-Chomsky-Archiv

Amy Goodman ist Moderatorin des TV- und Radioprogramms 'Democracy Now!', das aus rund 500 Stationen in Nordamerika täglich/stündlich internationale Nachrichten sendet. Übersetzungen unter **http://www.attac.de/aktuell/fernsichten/**

Attac Frankreich
Die teuflische Logik der NATO

Obamas Krieg

Die Pläne der USA bezüglich Afghanistans sehen einen „langfristigen Einsatz“ und eine Verstärkung der Truppen sowie der finanziellen und materiellen militärischen Mittel vor. Sie beinhalten ebenfalls eine Erweiterung des Einsatzes durch ein „verstärktes regionales Vorgehen“, in das „alle Nachbarn von Afghanistan“, insbesondere „die westlichen Gebiete“ Pakistans, einbezogen werden. Ein weiterer Aspekt des Einsatzes - die bereits aus dem Balkan und aus Afrika bekannte Präventionsstrategie, die den bewaffneten Truppen eine „humanitäre“ Rolle und eine Aufgabe zum „Wiederaufbau“ zuschreibt, erzeugt Verwirrung mit den humanitären Missionen der NGOs. Diese Strategie zielt darauf ab, die militärischen und paramilitärischen Einsätze auf Pakistan auszuweiten. Dies würde die Büchse der Pandora weiter öffnen und zu einer noch größeren Destabilisierung und einer unkontrollierten Erweiterung des Konfliktes führen. Die Pläne eines „Obama-Krieges“ erhalten von den Nato-Mitgliedsstaaten die vollste Unterstützung.

Der einzige nicht ganz unwichtige Haken: Das einheitliche Bild zum Thema Afghanistan ist stark durch die Zurückhaltung der Europäer gekennzeichnet, die US-amerikanischen Truppen militärisch zu unterstützen. Aber werden sie dem Druck Stand halten können? Vor dem Beginn des Gipfels hat der Präsident Obama bei einem Treffen mit Nicolas Sarkozy betont, dass die neue Strategie „*eine militärische Komponente beinhaltet und Europa kann nicht erwarten, dass die USA diese Last alleine tragen. Weil es ein Problem ist, dass wir gemeinsam haben. Und es bedarf gemeinsamer Anstrengungen*.“ Als er bei seiner Ankunft in Europa verkündete: „*Die USA sind bereit die Führung zu übernehmen*“, hat er deutlich gemacht, wer die Zügel in der Hand hält.

Russland

Eine weitere Frage, die bei den Verhandlungen aufkam, war die Wiederbelebung des „Dialoges und der Zusammenarbeit“ mit Russland, die mit drei Hauptzielen der NATO in Zusammenhang steht: „die Stabilisierung von Afghanistan“, „der Kampf gegen den Terrorismus“ und „die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen“. Russland spielt in diesen Fragen eine geo-strategische Rolle. Das betrifft zum Beispiel die der NATO zur Verfügung gestellten Luftstützpunkte nach Afghanistan, die russische Beteiligung an der Operation *Active Endeavour* am Mittelmeer oder auch die Nähe zum Iran. Zwei Themen bereiten Schwierigkeiten beim „Dialog und der Zusammenarbeit“ mit Moskau: der Aufbau eines Raketenschutzschildes durch die USA auf europäischem Boden und die Integration der Ukraine und Georgiens in die NATO, zwei Länder, die an Russland grenzen.

Die Notwendigkeit für Europa, zu Russland eine normale Beziehung aufzubauen hat den Beitritt von der Ukraine und Georgien immer weiter aufgeschoben, aber der Präsident Obama hat an Kiev und Tiflis gewandt sehr bestimmt darauf hingewiesen, dass „die Tür für Länder, die den Kriterien der NATO entsprechen, offen bleibt“. Bezüglich des Aufbaus des Raketenschutzschildes, dem die NATO 2008 beim Gipfel in Bukarest zugestimmt hatte, hat Obama in Prag am Folgetag des Gipfels in Straßburg verkündet: „*Solange eine Bedrohung vom Iran ausgeht, werden wir weiter voranschreiten*“. In diesem Bereich, aber auch in anderen, setzt sich die Führerrolle der USA durch; sowohl für Washington als auch für Moskau handelt es sich um einen bilateralen Dialog, bei denen für Europa nicht einmal ein Klappsitz vorgesehen ist.

Die neue Strategie der NATO, auf die sich Nicolas Sarkozy beruft, soll dem sogenannten strategischen Konzept des 21. Jahrhunderts, das 1999 auf dem Gipfel in Washington beschlossen wurde, folgen. Sie zielt darauf ab, die NATO zu globalen Missionen mit globalen Auswirkungen und globalen Partnern an jedem möglichen Ort zu befähigen, um die Herrschaft der Marktwirtschaft zu sichern und auf die Krisen des kapitalistischen Systems reagieren zu können. Ein „Rat der Weisen“ wurde zu diesem Thema berufen; es besteht kein Zweifel, welcher Tendenz die Ergebnisse dieses Rates folgen werden. Sie werden die Führerrolle von Washington innerhalb der NATO bekräftigen, sowie den ideologischen Charakter der NATO als politisch-militärischer Vorstand der „westlichen Familie“ und der Marktwirtschaft bestätigen.

Die Wahl des neuen Generalsekretärs stand im Zentrum der Aufmerksamkeit dieses Gipfels, bei dem die „Einheit der Familie“ Vorrang haben sollte. Nach geheimen Zusammenkünften und Kompromissen übernimmt der Atlantiker Anders Rasmussen nun die Nachfolge vom Atlantisten Jaap de Hoop Scheffer. Sowohl im Irak als auch in Afghanistan hat er ein tadelloses Engagement gezeigt. Als dänischer Premierminister gehörte er als aktiver Unterstützer von George W. Bush zu den begeistertsten Befürwortern des Irak-Einsatzes und in Afghanistan ist das dänische Kontingent das größte im Verhältnis zur Bevölkerung des Landes. Widerstand gegen seine Ernennung kam von der Türkei, da Rasmussen die Karikaturen, die in einer dänischen Zeitung veröffentlicht worden waren, verteidigt hatte; der Kompromiss, das die Ernennung letztendlich ermöglicht hat, beinhaltet ein Versprechen an die Türkei, Mitglied der Europäischen Union zu werden. Dieses Versprechen wurde abermals von Obama bestätigt, als er am Tag nach dem Gipfel in Straßburg bei einer Versammlung der EU-Mitgliedsstaaten eine Integration der Türkei forderte. Somit ist die Behauptung, dass die Rolle Frankreichs durch eine Rückkehr in die Kommandostrukturen der Allianz verstärkt würde, durch die Ernennung von Rasmussen zweifach widerlegt und die Position von Nicolas Sarkozy gegenüber der Türkei zwingt ihn, sich von seiner Familie und von Anders Rasmussen zu trennen. Als neuer Generalsekretär ist er nämlich ein entschiedener Gegner eines europäischen Verteidigungspfeilers.

Teuflische Logik

Um die Krisen und Widersprüche in der Welt zu lösen haben wir die Wahl zwischen Zusammenarbeit und Solidarität oder Macht und militärischer Gewalt. Die Globalisierungskritiker entscheiden sich für die Zusammenarbeit und die Solidarität und somit auch gegen eine gefährliche Politik, die Europa und die Welt bis zu nuklearen Abenteuern führen könnte. Um aus dieser teuflischen Logik heraus zu finden ist es wichtig, gegen die Strategie einer globalisierten NATO deutlichen Widerstand zu leisten.. Frankreich und Europa müssen von der Bevormundung durch die NATO befreit werden; der Einrichtung von Raketen- und Raketenabwehrsystemen auf unserem Kontinent, durch die er zu einer Zielscheibe wird, muss Einhalt geboten werden. Ebenso muss die Sicherheitspolitik an den Pranger gestellt werden, die mit der Verteidigungspolitik einhergeht, und darauf abzielt, den Völkern eine neoliberale Weltordnung auf zu zwingen, dessen Folgen durch die weltweite Krise immer offensichtlicher und brutaler werden.

Übersetzt aus dem Französischen von Marie Gilow

http://www.france.attac.org/spip.php?article9797

Presseerklärung von Attac Frankreich, Attac Strassburg und Attac Nördliche Vogesen zur Demonstration gegen die Nato am 4. April 2009.

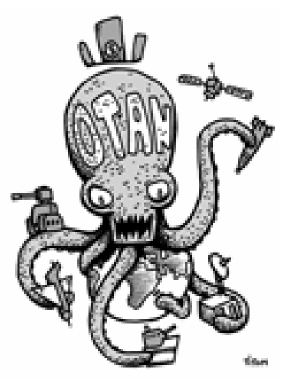
Angriff auf eine genehmigte Demonstration

Wir möchten zunächst daran erinnern, dass die Präfektur nach sehr langen Verhandlungen mit einer Gruppe, zu der Vertreter von Attac VDN (Attac nördliche Vogesen) und Attac Strassburg gehörten, die Demonstration genehmigt hatte (auf einer Route die von derjenigen abwich, die wir uns vorgestellt hatten). Ebenfalls wurde das Zusammentreffen der deutschen und französischen Aktivisten auf der Europabrücke in Kehl genehmigt.

Als Teilnehmer der Demonstration vom 4. April 2009 verurteilen wir mit Nachdruck die Gewalt, die auf die Demonstranten durch die Ordnungskräfte ausgeübt wurde; dies erläutern wir in den folgenden Punkten. Hier zeigt sich, dass die französischen Behörden, die durch den Präfekten repräsentiert wurden, ihre Zusagen nicht eingehalten haben und stattdessen alles dafür getan haben, dass die Demonstration nicht stattfinden konnte.

1) Die Straße, die von der Präfektur angegeben wurde, damit Busse, Autos und Fußgänger zum Treffpunkt der Demonstration gelangen konnten, wurde durch die Ordnungskräfte blockiert, so dass die friedlichen Demonstranten entweder stundenlang warten oder Umwege finden mussten, wobei sie Gefahr liefen, dass sie erneut aufgehalten oder in Zusammenstöße verwickelt wurden;

2) Als sie schließlich den Versammlungsort erreicht hatten, nach dem sie eine wahrhaftige "Kampfstrecke" zurückgelegt hatten, wurde die Versammlung von Hubschraubern gestört, die extrem niedrig über die friedliche und freundliche Versammlung hinweg flogen, so dass die Demonstranten die Redebeiträge der Vertreter von politischen Gruppen und internationalen Verbänden nicht mehr verstehen konnten und wodurch eine extrem bedrückende Atmosphäre geschaffen wurde;



3) Ohne jegliche Berechtigung wurden Tränengasbomben während der Redebeiträge eingesetzt. Aus diesem Grund konnte sich die Demonstration in diesem Durcheinander nicht aufstellen und es wurde somit gewaltbereiten Gruppierungen die Gelegenheit geboten, sich unter den Demonstrationszug zu mischen;

4) Diese gewaltbereiten Teile konnten die Grenze überschreiten, obgleich das Schengener Abkommen doch aufgehoben worden war, angeblich um dies eben zu verhindern. Umgekehrt konnten Demonstranten aufgrund der dort errichteten Sperren am 3. April (internationalen Kongress über die NATO) und am 4. April nicht nach Strassburg gelangen.

5) Die Ordnungskräfte haben genau diese, im Übrigen wenig zahlreichen gewaltbereiten Teile (deren Identität der Innenminister sich brüstet zu kennen), den ehemaligen Grenzposten zerstören lassen ohne einzugreifen. Im Gegensatz dazu wurden 7000 deutsche Demonstranten daran gehindert, sich der Versammlung anzuschließen, obwohl dies mit den französischen und deutschen Behörden so vereinbart war. Wie soll man denn die anderen Zerstörungen verstehen, welche die Ordnungskräfte, die doch in Strassburg in der Überzahl waren, angeblich nicht verhindern konnten? War es Unfähigkeit oder wollte man die Dinge so laufen lassen?

6) Die Ordnungskräfte sind ihrem Auftrag, während einer genehmigten Demonstration die Sicherheit der Demonstranten zu garantieren, nicht nachgekommen. Sie haben sie sogar absichtlich gefährdet, indem sie die gewaltbereiten Gruppierungen nach Belieben gewähren ließen, die Demonstration von der ursprünglich geplanten Route wegleiteten und sie de facto in eine Falle geleitet haben, während die Ordnungskräfte auf die eingekesselten Demonstranten Tränengasbomben und Gummigeschosse abschossen und dadurch unter den Demonstranten Panik auslösten (was sehr schlimme Konsequenzen hätte zur Folge haben können) und zu einer frühzeitigen Auflösung der Demonstration führte.

Aufgrund all dieser Vorkommnisse haben wir nicht nur den Eindruck, dass die Französischen Behörden weder ihren Auftrag erfüllt haben, noch Ihre Aufgabe der Sicherung wahrgenommen haben, sondern sogar im Gegensatz dazu alles dafür taten, dass diese Demonstration nicht stattfinden konnte und dabei sogar mit dem Leben der Demonstranten gespielt wurde. Im Übrigen hatten viele Demonstranten sehr viel Angst und haben von diesem bisher noch nicht vorgekommenen Ereignis einen Schock erlitten: ein Angriff der Ordnungskräfte auf eine genehmigte Demonstration, was eine Leugnung des Grundrechts der freien Meinungsäußerung darstellt.

Die Zeitung „Dernières Nouvelles d'Alsace", die man nicht gerade als oppositionell bezeichnen kann, schrieb am 5. April ebenso: „Das Demonstrationsrecht hat eine schallende Ohrfeige bekommen".

Berichte über die Demonstration: http://www.block-nato.org/



In acht Abschnitten (Welt in Waffen / 60 Jahre NATO / Bundeswehr in aller Welt / Globalisierung und Krieg / Ressourcen-Imperialismus / Rüstung und Profit / Folgen von Rüstung und Krieg / Alternativen) und 52 Seiten-Kapiteln liefert dieser Grafik-Report Grafiken, Karten, Karikaturen und Kurztexte mit den wichtigsten Fakten und Argumenten zu Nato und Bundeswehr, zu Globalisierung und Krieg, zu Rüstung und Profit und vielem mehr.

Die Materialien können Hilfe geben für die Erstellung von Referaten, für die Durchführung von Bildungs- und Schulungszirkeln, für Wandzeitungen, Ausstellungen, Publikationen aller Art.

Die Grafiken und Karikaturen aus Grafik-Report 12 sind auch auf CD (powerpoint) erhältlich - für 5,00 Euro zzgl. Versand Bestellungen und weitere Informationen: http://www.isw-muenchen.de/publ.html

Peter Strutynski

Obama, die NATO und die Friedensbewegung

Hätte der Gipfel zum 60-jährigen Bestehen der NATO noch unter der Ägide des mittlerweile abgelösten US-Präsidenten Bush stattgefunden, hätte sich die Friedensbewegung um die Mobilisierung zum Protest dagegen wenig Gedanken machen müssen. Bush allein reichte aus, um Massen gegen ihn und seine weltweite Kriegspolitik auf die Straße zu bringen. Mit dem neuen Präsidenten verhält es sich etwas anders: Barack Obama gilt als weltoffener, sozial gesinnter, Bürger- und Menschenrechte respektierender Demokrat, der zu Hause für mehr Demokratie und Partizipation der Bürger/innen, und nach außen für Kooperation, Kommunikation und Multipolarität einsteht. Die hundert Tage, die man einem neu gewählten Staats- und Regierungschef einräumt, in denen er sich politisch bewähren kann, bevor er der Kritik anheim fällt, werden im April noch nicht abgelaufen sein. So wird er wohl auch noch nicht die ganze Kritik, die ganze Wut der Friedensbewegung über die US- und NATO-Politik zu spüren bekommen.

Dies mag die Anti-NATO-Proteste in Strasbourg und Baden-Baden zahlenmäßig schwächen. Die weitgehende Ausblendung des neuen Präsidenten hat freilich auch etwas Gutes: Mehr als bei früheren Protestanlässen spielt nicht mehr die Person, sondern die Politik die herausragende Rolle. Die Friedensbewegung kann sich nicht mehr an einem „lieb gewordenen“ Feindbild abreagieren, sondern muss die NATO als ein relativ anonymes, für viele auch noch abstraktes Militärbündnis in den Mittelpunkt rücken.

Es geht also um die Sache. Und hier beginnt die zweite Schwierigkeit: Die NATO wird von der öffentlichen Meinung hier zu Lande nicht negativ gesehen, sondern wird allgemein als militärischer Garant westlicher Freiheit und Demokratie betrachtet, die gegen einen Feind behauptet wurden, dem beides fehlte. Ein Militärbündnis zudem, das den Gegner, den „unfreien“, „undemokratischen“, diktatorisch geführten Kommunismus „sowjetischer Prägung“ überwand, ohne auch nur einen Schuss abgegeben zu haben. Das Bild der NATO in der Öffentlichkeit wird von den Siegern der (bisherigen) Geschichte bestimmt und fällt entsprechend makellos aus. Ältere Menschen, die in den 40er und 50er Jahren aufgewachsen sind, sind überwiegend von der Verteidigungs- und Schutzfunktion der NATO gegen die Militärmacht des Warschauer Pakts überzeugt. Für viele jüngere Menschen ist die NATO zu weit weg, um sich mit ihr beschäftigen zu müssen. Mit der Bundeswehr – obwohl vom Fleisch und Blut der NATO – verhält es sich anders: Mit ihr sind junge Menschen, Männer zumal, direkt konfrontiert, da man sich spätestens bei der Musterung mit dem Gedanken befassen muss, ob man dieser Organisation zeitweise angehören möchte oder nicht. Diese Auseinandersetzung findet statt, obwohl sich mit der Liberalisierung des Kriegsdienstverweigerungsrechts die Frage, zum „Bund“ zu gehen oder zu verweigern, nicht mehr so existenziell stellt, wie das früher der Fall war. Das Verhältnis junger Menschen zur Bundeswehr ist heute leidenschaftslos und neutral. Selbst wenn man die Bundeswehr ablehnt, so gilt dies nur für einen persönlich. Anderen wird durchaus zugestanden - und politisch nachgesehen -, wenn sie sich für die Bundeswehr entscheiden. Das ist dann eben ihr Job bzw. ihre Privatsache.

Die Alphabetisierung der Bevölkerung in Sachen NATO

Umso dringender ist eine Alphabetisierung der Bevölkerung in Sachen NATO. Dies kann damit beginnen, dass ihre Geschichte von Beginn an kritisch hinterfragt wird. Stand bei der Gründung der NATO 1949 wirklich die Furcht vor einem sowjetischen Angriff auf den Westen im Vordergrund? Bestand zu diesem oder einem späteren Zeitpunkt tatsächlich die Gefahr, dass sich – von Moskau und den mittel-und osteuropäischen Volksdemokratie ausgehend – der Kommunismus in einem weltrevolutionären Prozess weiter ausbreiten würde? Hatten die Sowjetunion und ihre Verbündeten (Westjargon: „Satelliten“) die Ressourcen, eine den USA und den anderen westlichen Staaten ebenbürtige oder gar überlegene Militärmacht entgegenzustellen? – Nichts von alledem! Ein unvoreingenommener Blick auf die Nachkriegsrealität der späten 40er Jahre zeigt, dass die Sowjetunion unter dem Krieg am meisten gelitten hatte. Über 20 Millionen Menschen wurden getötet, darunter ein großer Teil der militärischen und intellektuellen Elite des Landes (einen, wenn auch vergleichsweise kleinen Teil davon hatte Stalin mit seiner paranoiden Säuberungspolitik auf dem Gewissen). Die Industrieproduktion der UdSSR war auf ca. 40 Prozent des Vorkriegsstands gesunken, für die Wiederankurbelung der Schwerindustrie – wichtig für die Rüstungsproduktion – waren die Voraussetzungen denkbar schlecht. Die Demobilisierung der Armeen nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sowohl in den USA als auch in der UdSSR durchgeführt. Die USA behielten jedoch den Vorteil einer intakten, von Kriegsschäden weitgehend freien Industrie, die jederzeit wieder in die Rüstungsproduktion einsteigen konnte (wozu der Koreakrieg bald das Startsignal geben sollte). Die Sowjetunion hatte alle Hände voll zu tun, die immensen Kriegsschäden zu beseitigen und die Grundversorgung der verarmten und dezimierten Bevölkerung sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund erübrigt sich fast die Frage nach dem weltrevolutionären Impetus des Kreml. Die Politik der Kommunistischen Partei der Sowjetunion war darauf gerichtet, im Inneren einigermaßen erträgliche Lebensbedingungen herzustellen und im Äußeren eine Stabilisierung der Nachkriegskonstellation (Grenzen und Hemisphären) zu erreichen. Entsprechend „konservativ“, das heißt auf Konservierung des zwischen den Alliierten ausgehandelten Status quo ausgerichtet war auch die Sicherheits- und Militärpolitik der Staatsführung. Solange die USA das Atomwaffenmonopol besaßen – das sie im August 1945 in Hiroshima und Nagasaki der Welt und insbesondere der UdSSR demonstrativ erprobt hatten -, war an militärische Abenteuer der Sowjets ohnehin nicht zu denken, als die Sowjets selbst die Bombe bauen konnten (1949, 1953 die Wasserstoffbombe), verboten sich etwaige Angriffsgelüste allein schon wegen der Gefahr der eigenen atomaren Vernichtung.

An dieser Grundkonstellation konnten weder der NATO-Beitritt der Bundesrepublik Deutschland 1955 noch die kurz danach erfolgte Gründung des „Warschauer Vertrags“, des östlichen, unter Führung der UdSSR stehenden Militärbündnisses, etwas ändern. Die Zeit der seither bestehenden Ost-West-Blockkonfrontation, die noch bis 1989/91 andauern sollte, war gekennzeichnet einerseits durch ein auf gegenseitige atomare Abschreckung gegründetes Agreement, die Nachkriegsgrenzen – einschließlich der deutsch-deutschen und deutsch-polnischen Grenzen – nicht anzutasten und sich jeder aggressiven Handlung gegen den anderen zu enthalten. Das Wissen um die eigene tödliche Verwundbarkeit im Falle eines Krieges führte auf beiden Seiten über Jahrzehnte zu einer Praxis der „friedlichen Koexistenz“. Dem widersprach andererseits keineswegs die durchaus aggressive Rhetorik, derer sich beide Kontrahenten bedienten. "Unglücklicherweise“, so fand Eric Hobsbawm in seinem Buch „Zeitalter der Extreme“ (1995), „hat gerade die Gewissheit, dass keine der beiden Supermächte auf den roten Knopf drücken möchte, beide Seiten in Versuchung geführt, atomare Drohgebärden im vollen Vertrauen darauf, dass auch die andere Seite keinen Krieg wollte, zu Verhandlungszwecken oder (im Fall der USA) für innenpolitische Zwecke einzusetzen. Dieses Vertrauen sollte sich zwar als gerechtfertigt erweisen, aber auf Kosten der Nerven von ganzen Generatio-

nen gehen." (S. 290) Neben der Kuba-Krise, auf dessen Höhepunkt US-Präsident John F. Kennedy mit dem Einsatz von Atomwaffen drohte, waren entsprechende Drohungen von Seiten der USA schon vor Ende des Korea-Krieges (1953) und von Seiten der UdSSR während der Suez-Krise 1956 ausgestoßen worden.

In Frage gestellt wurde dieses stillschweigende Agreement erst Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre, als die USA und die NATO mit ihrer Raketenrüstung in Europa das Gleichgewicht des Schreckens aus den Angeln heben wollten. Am 12. Dezember 1979 hatte die NATO beschlossen, neuartige Mittelstreckenraketen und Cruise Missiles in Mitteleuropa aufzustellen, falls die UdSSR ihre in Stellung gebrachten SS 20 nicht zurückzöge. Dieser als „Doppelbeschluss“ kommunizierte Plan zielte in Wahrheit darauf ab, die UdSSR mit einem atomaren Erstschlag „enthaupten“ und deren Zweitschlagskapazität entscheidend reduzieren zu können, sodass für die USA selbst ein Atomkrieg wieder führbar zu sein schien. Da diese Planung indessen Europa der atomaren Vernichtung preisgegeben hätte, entwickelte sich gegen diesen Plan in der alten Bundesrepublik eine der größten und kreativsten Bürgerbewegungen, die es bis dato gegeben hatte. So sehr auch der „NATO-Doppelbeschluss“ in der Bevölkerung auf Ablehnung stieß, die NATO selbst kam relativ ungeschoren aus den Protesten der frühen 80er Jahre davon. Die Forderung nach Auflösung der Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt, damals vor allem von der noch jungen Partei DIE GRÜNEN in die Bewegung getragen, wurde nicht mehrheitsfähig in der Friedensbewegung, geschweige denn in der ganzen Bevölkerung. Zu sehr war die Raketendebatte auf die markante antikommunistische Außenpolitik des damaligen US-Präsidenten Reagan fokussiert gewesen.

Ende der Blockkonfrontation – aber kein Ende der NATO

Spätestens nach dem Ende der Sowjetunion und der Blockkonfrontation wäre auch das Ende der NATO fällig gewesen. Doch statt der erhofften “Friedensdividende“ erfand sich die NATO neu. Unter dem Deckmantel eines „erweiterten Sicherheitsbegriffs“ erklärte sich die NATO für alle nur denkbaren Risiken zuständig: Hunger und Armut in der Dritten Welt, Aids und andere Krankheiten, Klimaveränderungen und Naturkatastrophen, Drogenhandel und grenzüberschreitende Kriminalität, Migration und Flüchtlings“ströme“, schwache oder zerfallende Staaten, Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie die Gefährdung des freien Welthandels oder die Unterbrechung des freien Zugangs zu den Rohstoffen dieser Welt. Die Risiken kamen, so hieß es 1991 in der Erklärung des NATO-Gipfels von Rom, aus „allen Richtungen“, waren „unsichtbar“ und unvorhersehbar. Wie bequem für die Militärs! Bei dieser Art Bedrohungsanalyse bestimmten sie, was zu deren „Abwehr“ nötig war. Indem so gut wie alle Lebensbereiche „versicherheitlicht“ wurden, stiegen auch die Ansprüche der Militärs gegenüber der Politik. Zugleich wurde das Feindbild „Kommunismus“ durch das neue Feindbild „fundamentalistischer Islam“ ersetzt.

Diese Bedrohungsanalyse und die sich daraus ergebende Schlussfolgerung, wonach die NATO prinzipiell für alle Politikbereiche zuständig sein und in aller Welt intervenieren könnte, wurden prägend für alle weiteren Militär- und Sicherheitsdoktrinen des Westens. Zu erinnern ist insbesondere an die Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) der Bundesregierung 1992 und 2003, an die simultan erschienenen Weißbücher Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs 1994 sowie an das deutsche Verteidigungs-Weißbuch 2006, an die Nationale Sicherheitsstrategie des US-Präsidenten 2002 und 2006 und an die Europäische Sicherheitsstrategie (das sog. Solana-Papier) vom Dezember 2003. Und dass all diese programmatischen Dokumente nicht nur papierene Erklärungen oder „graue Theorie“ blieben, zeigte uns schlagartig der völkerrechtswidrige Krieg der NATO gegen das damalige Jugoslawien vor zehn Jahren.

Eine neue Stufe der Entwicklung hin zu einer Interventions- und Kriegsallianz erreichte die NATO nach den Terroranschlägen des 11. September 2001. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte rief die NATO den Bündnisfall aus und beteiligte sich an der von US-Präsident George W. Bush begonnenen „Operation Enduring Freedom“. In einer denkwürdigen Entscheidung des Bundestags für die Beteiligung an diesem „Krieg gegen den Terror“ – Kanzler Schröder hatte die Frage mit der Vertrauensfrage verknüpft und damit Abgeordnete aus den eigenen Reihen unter Druck gesetzt, für den Fortbestand der Koalition, damit aber gleichzeitig auch für den Kriegseinsatz zu stimmen – bezeugte Deutschland den USA seine „uneingeschränkte Solidarität“ (Schröder) und operiert seitdem sowohl in Afghanistan als auch am Horn von Afrika. Dieser Kriegseinsatz ist formal zu unterscheiden von der seit Dezember 2001 vom UN-Sicherheitsrat mandatierten Militärmission ISAF, die seither Jahr für Jahr verlängert und ausgeweitet wurde.

Neben dem „Krieg gegen den Terror“ wurden bereits in den 90 er Jahren neue Legitimationen für Militärinterventionen gesucht – und gefunden. Den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien 1999 habe ich bereits erwähnt. Er war unter dem Vorwand geführt worden, eine „humanitäre Intervention“ in der serbischen Provinz Kosovo zu verhindern – mit dem Ergebnis, dass diese Katastrophe erst mit den Luftangriffen eintrat: Bis zu einer Millionen Kosovo-Albaner flüchteten vor den NATO-Bomben und den serbischen Streitkräften in das benachbarte Makedonien. Völkerrechtswidrig war schließlich auch die im Februar 2008 erfolgte einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo, die gleichwohl von vielen westlichen Staaten diplomatisch anerkannt wurde – gegen den erklärten Willen Serbiens. Begriffe wie „humanitäre Intervention“, „Krieg um Menschenrechte“, „Regimewechsel“ oder „umgestaltende Diplomatie“ („transformationale diplomacy“, eine Kreation der früheren US-Außenministerin Condoleezza Rice) machen seit einigen Jahren die Runde nicht nur in den USA und in NATO-Kreisen, sondern auch bei den Vereinten Nationen. Ein umfassendes Konzept für all diese Arten von Intervention stellt das Papier einer hochrangigen Arbeitsgruppe ICISS („International Commission on Intervention and State Sovereignty“) dar, das 2001 veröffentlicht wurde. Es trägt den Titel „Responsibility to Protect“ (Verantwortung zu schützen) und behauptet das Recht der Vereinten Nationen, anderer internationaler Bündnisse oder einzelner Staaten, in Staaten militärisch zu intervenieren, die zu schwach oder deren Regierungen nicht gewillt sind, einen ausreichenden Menschenrechtsschutz für ihr Staatsvolk zu gewährleisten. Diesem Ansinnen müsse auch das geltende Völkerrecht „angepasst“ werden. In Wahrheit jedoch würden dadurch zentrale Prinzipien des Völkerrechts und der UN-Charta außer Kraft gesetzt. Zu nennen sind hier etwa die in Art. 2 der UN-Charta enthaltenen Grundsätze des strikten Gewaltverbots, der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten sowie das Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten. Die Anwendung der „Schutzverantwortung“ in der Praxis bedeutet, dass ausgerechnet die Verursacher von Hunger und Massenelend in der Dritten Welt, von Korruption, Kriminalität, Menschenhandel und Staatszerfall sich – wenn es ihnen in den Kram passt – zu „Beschützern“ der „Verdammten dieser Erde“ aufschwingen wollen und sich militärisch für sie in die Bresche werfen. Mit anderen Worten: Der Brandstifter ist gleichzeitig die Feuerwehr und die „löscht“, indem sie Öl ins Feuer gießt.

Die NATO, das „Sicherheitsdilemma“ und mögliche Gegenkräfte

Der Anspruch der NATO, mit oder ohne Mandat der Vereinten Nationen weltweit für Frieden und Sicherheit, für Demokratie und Menschenrechte sorgen zu wollen, ruft zwangsläufig Gegenkräfte auf den Plan, die nicht Mitglied der NATO sind und sich auch von den Vereinten Nationen nicht in ausreichendem Maß vertreten fühlen. Das bekannte „Sicherheitsdilemma“ beginnt hier

zu wirken. Warum? Ein Militärpakt geht immer von aktuellen oder potenziellen Gegnern aus, ist also ausschließend (exklusiv) und nimmt in Kauf, dass die Ausgeschlossenen sich ebenfalls zusammenschließen. Beide – oder noch mehr - Seiten geraten also in das „Sicherheitsdilemma“, wonach die militärische Organisation des eigenen Schutzes zum Bedrohungsempfinden der anderen Seite beiträgt, die nun ihrerseits sich militärisch zu schützen versucht. So werden dann jegliche Rüstungsanstrengungen als Verteidigungs- oder „Nachrüstungs“-Maßnahmen dargestellt – und zwar auf beiden Seiten. So betrachtet, widersprach die NATO von Anfang an den Grundsätzen des modernen Völkerrechts.

Im Augenblick gibt es zwei nennenswerte Organisationen, die sich von der NATO herausgefordert fühlen: die OVKS und die SOZ. Die OVKS (Organisation des Vertrags für Kollektive Sicherheit) ist 1992 von einer Reihe von Staaten, die vormals der Sowjetunion angehörten, gegründet worden. Ihr gehören neben Russland und Weißrussland die Kaukasus-Republik Armenien sowie die zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan (seit 2006) an. Es ist ein reines Verteidigungsbündnis, das die nach der Auflösung der Sowjetunion entstandene Sicherheitslücke schließen wollte. Es hat während der ganzen Zeit keine sicherheitspolitische Rolle gespielt. Im Oktober 2008 machte das Bündnis von sich reden, als es beschloss, eine gemeinsame Eingreiftruppe ins Leben zu rufen. Ziel der Truppe sei es, im Fall eines Militärkonflikts „jede Aggression gegen das Bündnis abzuwehren. Die weiteren Aufgaben bestehen darin, gegen den internationalen Terrorismus, den Drogenhandel und die grenzüberschreitende Kriminalität vorzugehen sowie (Natur-)Katastrophen zu bekämpfen.

Die SOZ (Schanghai Organisation für Zusammenarbeit; Shanghai Cooperation Organization-SCO) wurde erst 2001 gegründet, erfreut sich aber weitaus größerer Aufmerksam als die fast zehn Jahre ältere OVKS. Dazu trägt sicher der Umstand bei, dass mit China der wohl bedeutendste aufstrebende Global Player Mitglied der Organisation ist. Ansonsten gehören ihr - mit Ausnahme von Armenien und Weißrussland - alle OVKS-Staaten an. Indien, Iran, Mongolei und Pakistan haben Beobachterstatus. Obwohl die Schanghai Organisation immer wieder betont, sich nicht als Gegengewicht zur NATO zu verstehen und ihre Hauptaufgaben mehr in der wirtschaftlichen Kooperation verortet, sind ihre einzigen wirklich sichtbaren „Erfolge“ militärischer Art, so etwa ein groß angelegtes gemeinsames Manöver im August 2007, das den „antiterroristischen Kampf“ übte. Die weiteren Ziele ähneln sehr stark denen der OVKS: Die SOZ-Staaten haben sich verpflichtet, in der Region gemeinsam den Drogen und Waffenhandel sowie den politischen Extremismus und Separatismus zu bekämpfen. Ungelöste Konflikte untereinander (z.B. Streitigkeiten bei grenzüberschreitenden Rohstoffvorkommen und Wasserreserven) sollen friedlich beigelegt werden.

Die pure Existenz eines Militärbündnisses ruft unliebsame Entwicklungen, internationale Spannungen und eine Dynamik der Aufrüstung hervor. Die logische Folgerung daraus ist daher die ersatzlose Abschaffung der NATO. Damit widerspreche ich auch einer in der Friedensbewegung und anderen sozialen Bewegungen häufig anzutreffenden Auffassung, man dürfe nicht nur in Kategorien der Abwehr und der Ablehnung, also negativ denken, sondern man müsse der Negation immer auch eine konstruktive Alternative entgegenstellen, also etwas Positives entwerfen. Natürlich mag es z.B. richtig sein, dem Kriegskurs der NATO in Afghanistan nicht nur den sofortigen Abzug aus dem Land entgegenzusetzen, sondern auch begleitende Maßnahmen zu formulieren, die dem Land und seinen Bewohnern zu einem menschenwürdigen Leben verhelfen sollen. Im Blick auf die NATO fehlt mir aber das Verständnis dafür, krampfhaft nach Alternativen zur NATO zu suchen. Wir brauchen keine andere NATO, keine gezähmte NATO, keine grüne NATO und auch keine NATO, die hier ein wenig abrüstet und dort mal auf einen Krieg verzichtet. Wir brauchen vielmehr gar keine NATO. Wenn ich eine unangenehme Krankheit habe, suche ich auch nicht nach einer – vielleicht weniger schlimmen – Ersatzkrankheit, sondern ich möchte sie ganz loswerden.

James Jones – das strategische Gehirn der Obama-Administration

Ich möchte nun auf die eingangs gestellte Frage zurückkommen, was sich denn in Bezug auf die NATO und die generelle außenpolitische Orientierung der USA unter dem neuen US-Präsidenten Obama verändern werde. Generell kann wohl gesagt werden, dass von allen Politikbereichen der Vereinigten Staaten die Außen- und Sicherheitspolitik die größte Kontinuität aufweist. Dies wurde schon sichtbar bei der Nominierung der Hillary Clinton zur Außenministerin und von Robert Gates für das Verteidigungsressort, das er schon unter George W. Bush leitete. Hinzu kommen inhaltliche Kontinuitätslinien. Insbesondere das Energiethema ist zum Top-Thema der USA und der NATO in den letzten Jahren geworden. In der Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten vom September 2002 war die Richtung angegeben worden: Es geht um die „Erschließung neuer Quellen und Arten globaler Energie“, insbesondere in der westlichen Welt, Afrika, Zentralasien und der Kaspischen Region, heißt es dort. Und die Münchner Sicherheitskonferenz 2006 beschäftigte sich vorwiegend mit dieser Frage.

Diese neue Orientierung verkörpert wie kaum ein anderer der neue Nationale Sicherheitsberater der Obama-Administration, James Jones. US-General Jones war von 2003 bis 2006 Oberkommandierender der NATO in Europa (SACEUR) und war in dieser Zeit vor allem auf zwei Ebenen wirksam: Einmal sorgte er sich um die „Transformation“ der NATO aus einem Verteidigungsbündnis (nach Art. 5 des Washingtoner Vertrags) in ein Interventionsbündnis. Unter seiner Ägide wurde insbesondere das NATO-Eingreiftruppen-Konzept entwickelt. Zum anderen beförderte er die Neuausrichtung der NATO auf die (weltweite) Sicherung von Energieressourcen. So sah er es als seine Aufgabe an, die Erkenntnisse aus dem sog. Cheney-Report vom Mai 2001 („Reliable, Affordable, and Environmentally Sound. Energy for America’s Future”) in militärische Planung umzusetzen. Das hieß insbesondere die USA und die NATO in die Lage zu versetzen, politische Kontrolle über die aus deren Sicht drei wichtigsten Energie-Regionen zu gewinnen: den Persischen Golf, das Gebiet zwischen Schwarzem Meer und Kaspischem Meer und den westafrikanischen Golf von Guinea. Jones gilt denn auch als Architekt von AFRICOM, dem neuen US-Kommando für Afrika, das 2007 beschlossen wurde und im Oktober 2008 in Stuttgart offiziell seine operative Arbeit aufnahm.

Von US-amerikanischen Kommentatoren und Leitartiklern wird der neue Sicherheitsberater Obamas schon heute in einem Atemzug genannt mit solchen Größen wie Henry Kissinger (der diesen Posten unter Präsident Richard Nixon innehatte) und Zbigniew Brzezinski (Sicherheitsberater unter Jimmy Carter). Damit soll auch zum Ausdruck gebracht werden, dass Jones zugetraut wird, zum mächtigsten und einflussreichsten Mann der Obama-Administration aufzusteigen – mit einer Agenda, die er bereits als NATO-Kommandeur erfolgreich durch deklinierte. So hatte sich etwa der NATO-Gipfel in Riga im November 2006 in Bezug auf die „Energiesicherheit“ einen Arbeitsauftrag erteilt, „die Bereiche zu definieren, in denen die NATO zur Gewährleistung der Sicherheitsinteressen ihrer Mitglieder einen Mehrwert einbringen und auf entsprechendes Ersuchen nationale und internationale Anstrengungen unterstützen kann.“ Hinzu kommt, dass fast alle laufenden NATO-Missionen einen mehr oder weniger direkten Bezug zur Energiesicherheit haben: die beiden NATO-Assistance-Missionen in Sudan und im Irak, ISAF in Afghanistan, die Operation Active Endeavour im Mittelmeer, die Operation Enduring Freedom am Horn von Afrika und die Kosovo-Force (KFOR) im Kosovo.

Mit der Berufung von Jones zum Obersten Sicherheitsberater unterstreicht Barack Obama den Anspruch der USA auf die Führungsrolle in der Welt. Davon hat er bereits unmittelbar nach seinem Wahlsieg am 4. November 2008 gesprochen, als er den bevorstehenden „Beginn einer neuen amerikanischen Führungsrolle“ beschwor. Anders als Bush ist Obama aber davon überzeugt, dass eine solche Weltführerschaft nicht im Alleingang zu erhalten sein wird. Er braucht hierzu die NATO. Die Friedensbewegung braucht weder das eine noch das andere.

** Diesem Text lagen Referate bei der NATO-Konferenz des Europäischen Friedensforums am 14. März 2009 in Berlin und beim NATO-Gegengipfel am 3./5. April in Strasbourg zugrunde.*

Fußfesseln für Kritiker

Der Theater- und Filmregisseur Samieh Jabbarin steht in Israel unter Hausarrest

Samieh Jabbarin ist ein israelischer Staatsbürger, der in Um al Fahm, der zweitgrößten arabischen Stadt in Israel geboren wurde und Theater- und Filmregisseur ist. Seine Ausbildung dafür machte er in Deutschland und war dort u.a. in ATTAC Stuttgart aktiv.
Vor ca. 2 1/2 Jahren ging er nach Israel zurück und versucht dort seinen Master in der Abteilung für Theaterwissenschaft an der Uni in Tel Aviv zu erwerben. Währenddessen blieb er jedoch weiterhin politisch aktiv und engagierte sich gegen die Vertreibungen arabisch-palästinensischer Menschen, für das Recht der 1948 vertriebenen Palästinenser auf Rückkehr und für einen sekularen demokratischen Staat Israels, in dem alle Menschen gleiche Rechte haben sollen. Während der Bombardierung des Gazastreifens im Winter beteiligte er sich an Protesten gegen diesen Krieg.

Im Januar 2009 wurde er bereits vom Israelischen Geheimdienst für seine Aktivitäten gewarnt und ihm angedroht, dass sie schon einen Weg finden würden um ihn dafür zu bestrafen. Die Gelegenheit bot sich dann am 10. Februar 2009, im Zusammenhang mit der Parlamentswahl in Israel: Eine Gruppe von extrem rechten Fanatikern sollte die Wahlbeobachtung in Um al Fahm, der Stadt in der Samieh geboren wurde, machen. Samieh schloss sich Protesten dagegen an. Er wurde bereits einige Minuten nach Beginn der Demo, zusammen mit einem anderen Bürger aus Um al Fahm, festgenommen. Bereits am nächsten Tag wurden - in noch nie da gewesener Eile - vor dem Gerichtshof in Hadera detaillierte Anschuldigungen gegen ihn vorgebracht, wonach er angeblich den Chef der nördlichen Grenzpolizei, den Kommandeur Uri Mor-Yossef angegriffen haben soll. Außer der Aussage des betroffenen Grenzbeamten wurden keine Beweise erbracht, obwohl es ein offenes Geheimnis ist, dass die israelische Polizei alle Demonstrationen und Festnehmen durch Videoaufnahmen dokumentiert. Hier „vergaß“ die Staatsanwaltschaft sogar, Samieh Jabbarin und seinem Anwalt die Anklageschrift zu überreichen.

Samieh wurde unter schweren Bedingungen im Gefängnis für siebzehn Tage festgehalten und nach juristischen Auseinandersetzungen unter strengem Hausarrest im Haus seiner Eltern in Um al Fahm gestellt. Zwei Familienmitglieder müssen ständig bei ihm sein und eine elektronische Fußfessel wurde ihm angelegt. Diese Verfügung gilt offiziell „bis zum Ende des juristischen Verfahrens“. Dieses Verfahren hat jedoch seltsamerweise an Tempo verloren: im scharfen Kontrast zu der Geschwindigkeit mit der sie ihn angeklagt haben, hat die Justizmaschinerie keine Eile damit, die Beweise der Strafverfolgungsbehörden offen dar zu legen. Die Staatsanwaltschaft „vergaß“ nämlich Samieh und seine Anwälte zur Anklageerhebung im März vorzuladen! Folglich wurde die Anklageerhebung auf den 27. April verschoben und wer weiß wie viele Monate bis zum eigentlichen Prozessbeginn noch vergehen.

Es ist offensichtlich, dass damit andere politische AktivistInnen eingeschüchtert und abgeschreckt werden sollen!
Aktuell sind mehr als 10 500 palästinensische Gefangene in israelischen Gefängnissen inhaftiert, darunter 630 Menschen die sich in Administrativhaft befinden, was bedeutet, dass sie ohne Anklage und Verurteilung rechtswidrig festgehalten werden. Seit Beginn der Zweiten Infidada im September 2000 haben israelische Besatzungssoldaten mehr als 7 500 Kinder und 750 Frauen verhaftet. Bis heute sind noch 300 Kinder und 87 Frauen hinter Gittern und vier Frauen mussten dort auch ihre Kinder zur Welt bringen.
Dazu haben sich in den letzten Monaten die Bedingungen für palästinensische Gefangene verschärft, duzende Häftlinge befinden sich in Einzelhaft und einem Großteil wurde das Besuchsrecht entzogen. Auch dürfen viele nicht telefonieren und es finden willkürliche Zellendurchsuchungen statt und die medizinische Versorgung in den Gefängnissen ist mehr als unzureichend.
Wir fordern die demokratische Öffentlichkeit auf, gegen den skandalösen Prozeß gegen Samieh zu protestieren und fordern Meinungs- und Versammlungsfreiheit für Samieh Jabbarin und alle anderen Friedensaktivisten - egal ob jüdische oder arabische!

Kontakt zu seinen UnterstützerInnen in Israel: friendsofsamieh@gmail.com
Online-Petition für Samieh:
http://www.atzuma.co.il/petition/friendsofsamieh/1

Ohne Prozess gefangen gehalten

29.4., Von Karin Leukefeld

Tel Aviv. Der Prozess gegen Samieh Jabbarin wurde am vergangenen Montag auf den 9. September vertagt. Man habe neue Beweise gefunden, erklärte die Staatsanwaltschaft in Israel, ohne allerdings diese »Beweismittel« vorzulegen. Das soll am 9. September nachgeholt werden. (…)
Jabbarin äußerte sich gegenüber jW schockiert über die Verzögerung des Verfahrens, er vermute, dass seine politische Arbeit und seine Theaterarbeit mit palästinensischen Jugendlichen in Jaffa verhindert werden solle. Es sei wie bei Kafka, meinte Jabbarin, der neun Jahre in Deutschland lebte. Sollte es am 9. September zum Prozeß kommen, sei er sieben Monate lang gefangen gehalten worden, ohne verurteilt worden zu sein. In der kommenden Woche will sein Anwalt beantragen, dass Jabbarin trotz Fußfessel studieren und seiner Arbeit in Jaffa nachgehen kann.

http://www.jungewelt.de/2009/04-30/026.php

„Die Einschüchterung Samieh Jabbarins macht deutlich, wie sich das Vorgehen einer Besatzungsmacht innenpolitisch spiegelt. ***Gideon Levy****, unerschrockener Kritiker der israelischen Besatzungspolitik, wird für seine Kolumnen in der als liberal geltenden Tageszeitung Haaretz regelmäßig beschimpft und erhält Todesdrohungen.*
Ilan Pappe*, der mit seinem Buch »Die ethnische Säuberung Palästinas« die offizielle israelische Geschichtsschreibung entlarvte, verließ das Land, weil seine Kinder für die Arbeit ihres Vaters in Schule und Gesellschaft geächtet wurden.*
Die ***Frauen von Machsom Watch,*** *die täglich das demütigende Verhalten israelischer Soldaten an den Kontrollposten protokollieren, werden als »Verräterinnen« diffamiert,*
Jeff Halper *vom »Israelischen Komitee gegen die Zerstörung von Häusern« landete für sein Engagement für die Palästinenser schon mehr als einmal in israelischer Haft.“ (Karin Leukefeld, jw 27.4.)*

Samir Amin

Finanzdebakel, Systemkrise? Falsche Antworten und notwendige Antworten

Die Finanzkrise war unvermeidbar

Der brutale Ausbruch dieser Krise hat uns nicht überrascht, ich hatte im übrigen vor einigen Monaten schon darauf hingewiesen, während die üblicherweise zu Wort kommenden Wirtschaftswissenschaftler vor allem in Europa sich noch damit beschäftigten, ihre Folgen klein zu reden. Um ihre Entstehung zu begreifen muss man sich losmachen von der landläufigen **Definition des Kapitalismus**, den man heute als "neoliberal" und "globalisiert" bezeichnet. Diese Bezeichnung ist trügerisch und verbirgt das Wesentliche. Das derzeitige kapitalistische System wird von einer Handvoll von Oligopolen beherrscht, die die fundamentalen Entscheidungen der Weltwirtschaft kontrollieren. Von **Oligopolen**, die nicht nur aus Banken oder Versicherungen bestehende Finanzoligopole sind, sondern die sich auch in die industrielle Produktion, in das Dienstleistungswesen, in das Transportwesen, usw. einschalten. Deren wesentliches Kennzeichen ist ihre Finanzialisierung. Damit ist gemeint, dass der Schwerpunkt ökonomischer Entscheidungen verlagert wurde weg von der Erzeugung des Mehrwerts in den produktiven Sektoren der Wirtschaft hin zur Umverteilung von Profiten, die durch Anlagen in Finanzderivaten entstanden sind. Das ist keine Strategie, die nur von Banken verfolgt wird, sondern wohl bedacht von den "finanzialisierten" Konzernen eingeschlagen wird. Diese Oligopole produzieren übrigens keine Profite, sie heimsen ganz einfach mittels Finanzanlagen eine **Monopolrente** ein.

Dieses System ist außerordentlich profitabel für die herrschenden Gruppen des Kapitals. Es handelt sich hier also **nicht** um eine **Marktwirtschaft**, wie man es gerne behauptet, sondern um einen Kapitalismus finanzialisierter Oligopole. Jedoch konnte die Flucht nach vorne in Finanzanlagen nicht ewig anhalten, während die produktive Basis nur in einer schwachen Rate wuchs. Das war nicht haltbar. (…) Wie bereits gesagt war die Finanzdimension dieses Systems finanzialisierter Oligopole die Achillesferse des Kapitalismus. Die Krise musste demnach ihren Anfang nehmen in einem Finanzdebakel.

Hinter der Finanzkrise steckt die systemische Krise des alternden Kapitalismus

Es genügt aber nicht, die Aufmerksamkeit nur auf das Finanzdebakel zu lenken. Dahinter zeichnet sich eine **Krise der Realwirtschaft** ab, denn die finanzielle Talfahrt wird das Wachstum der produktiven Basis ersticken; die Rettungsmaßnahmen zur Lösung der Finanzkrise können nur auf eine Krise der Realwirtschaft hinauslaufen. Das heißt: relative Stagnation der Produktion, mit allem was sie in ihrem Gefolge hat: Rückgang der Arbeitnehmereinkommen, Anwachsen der Arbeitslosigkeit, Anwachsen prekärer Arbeitsverhältnisse und Verschlimmerung der Armut in den Ländern des Südens. Man muss jetzt von Depression sprechen und nicht mehr von Rezession.

Und hinter dieser Krise erhebt sich ihrerseits die wahre strukturelle Systemkrise des Kapitalismus. Das Weiterverfolgen des Wachstumsmodells der Realwirtschaft so wie wir sie kennen, sowie das Weiterverfolgen des mit ihm verknüpften Wachstums des Konsums, ist zum ersten Mal in der Geschichte zur Bedrohung der Zukunft der Menschheit und des Planeten geworden.

Die wesentliche Dimension dieser systemischen Krise betrifft den Zugang zu den Naturressourcen des Planeten, die im Lauf eines halben Jahrhunderts beträchtlich seltener geworden sind. Der Nord-Süd-Konflikt bildet daher die Hauptachse der künftigen Kämpfe und Konflikte.

Das herrschende System der Produktion und des Konsums / der Verschwendung verwehrt der Mehrheit der Erdbewohner, das sind die Völker der Länder des Südens, den Zugang zu den Naturressourcen des Globus. Früher konnte ein sogenanntes Schwellenland seinen Anteil an den Ressourcen an sich nehmen ohne die Privilegien der reichen Länder in Frage zu stellen. Aber heute ist das nicht mehr der Fall. Die Bevölkerung der reichen Länder - **15 %** der Erdbevölkerung - nimmt nur für ihren Konsum und ihre Verschwendung **85 % der Ressourcen des Globus** in Anspruch und kann nicht ertragen, dass Neuankömmlinge Zugang zu diesen Ressourcen erhalten können, denn diese würden eine ernste Verknappung verursachen, was das Lebensniveau der Reichen bedrohen würde.

Die Vereinigten Staaten haben sich die militärische Kontrolle des Planeten deswegen zum Ziel gesetzt, weil sie wissen, dass sie sich den exklusiven Zugang zu diesen Ressourcen ohne sie nicht sichern können. Bekanntlich brauchen China, Indien und der gesamte Süden ebenfalls diese Ressourcen für ihre Entwicklung. Für die Vereinigten Staaten ist es zwingend erforderlich, deren Zugang zu den Ressourcen zu begrenzen und dazu gibt es letztendlich nur ein Mittel, den Krieg.

Um die Quellen fossiler Energie zu schonen treiben andererseits die Vereinigten Staaten, Europa und andere Staaten in großem Maßstab Projekte zur Produktion von Agrotreibstoff voran und schaden damit der Produktion von Lebensmitteln, deren Preisanstieg sie beklagen.

Die falschen Antworten der Herrschenden

Die den Finanzoligopolen dienenden Regierungen haben keinen anderen Plan als dem **gleichen System wieder in den Sattel zu verhelfen.** Es ist diese Oligarchie, die den Staaten die einzuschlagenden Maßnahmen diktiert. Dennoch ist der Erfolg dieser Rettungsmaßnahmen nicht unmöglich, wenn ausreichend finanzielle Mittel zufließen und wenn die Reaktionen der Opfer - die breiten Volksschichten und die Nationen des Südens - begrenzt bleiben. Aber in diesem Fall geht das System nur einen Schritt zurück um besser zu springen und ein neues, noch schlimmeres Finanzdebakel wird unvermeidlich, denn die für die Finanz- und Währungsmärkte vorgesehenen "Regulierungen" reichen bei weitem nicht aus, da sie die Macht der Oligopole nicht in Frage stellen.

Im Übrigen sind diese Antworten auf die Finanzkrise - die Injektion gigantischer öffentlicher Gelder um die Sicherheit der Finanzmärkte wiederherzustellen - recht amüsant: während die Profite privatisiert wurden, sobald sich die Finanzanlagen als bedroht herausstellen, werden die Verluste sozialisiert! Kopf, ich gewinne, Zahl, du verlierst.

Bedingungen für eine wahrhaft positive Antwort auf die Herausforderungen

Es genügt nicht zu sagen, dass die staatlichen Interventionen die Spielregeln ändern und die Talfahrt abschwächen können. Man muss auch die Logik dieser Maßnahmen sowie deren soziale Tragweite festlegen. Sicher, man könnte theoretisch wieder zu Formen der Verknüpfung des öffentlichen und privaten Sektors kommen, zu Formen einer staatlich gelenkten Volkswirtschaft

wie während der glorreichen dreißig Jahre in Europa, wie während der Bandung-Ära in Asien und Afrika, als der Staatskapitalismus vorherrschte und von einer wirksamen Sozialpolitik begleitet war. Aber dieser Typ staatlicher Intervention ist nicht auf der Tagesordnung. Sind die fortschrittlichen sozialen Kräfte in der Lage, eine derartig tief greifende Veränderung durchzusetzen? Meiner bescheidenen Meinung nach noch nicht.

Die wirkliche Alternative geht über den Sturz der exklusiven Macht der Oligopole, was undenkbar ist, wenn man diese Oligopole schließlich nicht auch verstaatlicht und ihre Leitung nach und nach unter demokratischer Kontrolle vergesellschaftet wird. Ist das das Ende des Kapitalismus? Ich denke nicht. Ich glaube dagegen, dass neue Konstellationen der sozialen Kräfteverhältnisse möglich sind, die das Kapital zwingen, sich den Forderungen der breiten Volksschichten und Völker anzupassen. Unter der Bedingung, dass es gelingt, in den sozialen Kämpfen, die heute noch vereinzelt und insgesamt defensiv ausgerichtet sind, eine kohärente politische Alternative zu formulieren. Unter dieser Perspektive wird der Beginn des langwierigen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus möglich. Die Fortschritte in diese Richtung werden sich freilich immer sehr von einem Land zum andern und von einer Entwicklungsphase zur nächsten unterscheiden.

Die Dimensionen der wünschenswerten und möglichen Alternative sind vielfältig und betreffen alle Aspekte des wirtschaftlichen, sozialen, politischen Lebens. Ich führe hier die großen Linien dieser notwendigen Antwort auf:

1) die Arbeitnehmer müssen wieder zweckmäßige **Organisationen** erfinden, die den Aufbau ihrer Einheit ermöglichen und die Zersplitterung überwinden, die mit den derzeitigen Ausbeutungsformen verbunden ist (Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, informelle Beschäftigung).

2) angestrebt werden muss eine Wiederbelebung von Theorie und Praxis der **Demokratie**, verbunden mit sozialem Fortschritt und Respekt vor der **Souveränität** der Völker; dies muss mit, nicht ohne die Völker geschehen.

3) sich vom **liberalen Virus** befreien, der auf dem Mythos vom bereits zum Subjekt der Geschichte gewordenen Individuum beruht. Die häufig zu beobachtende starke Ablehnung von Lebensweisen, die mit dem Kapitalismus verbunden sind (vielfache Entfremdung, Patriarchat, Konsumismus und Zerstörung des Planeten) zeigt, dass diese Befreiung möglich ist.

4) es gilt sich vom Atlantismus (NATO) zu befreien sowie vom damit verbunden **Militarismus**; mit beidem soll das Ziel verfolgt werden, eine Weltordnung durchzusetzen, deren Grundlage die weltweite Apartheid ist.

In den Ländern des Nordens darf sich die öffentliche Meinung nicht auf einen Konsens einlassen, dass die Privilegien des Nordens gegenüber den Ländern des Südens verteidigt werden müssen. Der notwendige Internationalismus entfaltet sich über den Antiimperialismus, nicht über allgemeine Menschenfreundlichkeit.

Die Strategie der Weltoligopole bedeutet für die Länder des Südens, dass die Last der Krise auf die Schultern ihrer Völker verlagert wird (Entwertung der Währungsreserven, Sinken der Preise für exportierte Rohstoffe und Erhöhung der Preise für Importe). Die Krise bietet die Gelegenheit für einen neuen Aufbruch zu einer eigenständigen, nationalen, demokratischen und volksnahen Entwicklung, die die Beziehungen zum Norden ihren wirklichen Erfordernissen unterwirft, anders ausgedrückt: die **Abkopplung** vom Norden steht an. Das bedeutet:

1) die jeweils nationale Kontrolle der Währungs- und **Finanzmärkte;**

2) die jetzt mögliche Kontrolle der modernen **Technologien;**

3) die Wiedergewinnung der Nutzung der **Naturressourcen;**

4) den erfolgreichen Kampf gegen die von den Oligopolen dominierte Globalisierung (**WTO**) und gegen die militärische Kontrolle des Planeten durch die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten;

5) sich von der **Illusion** eines autonomen nationalen Kapitalismus innerhalb des Systems befreien; sich von den die Vergangenheit verherrlichenden Mythen befreien.

6) Die **Agrarfrage** ist wirklich eine der Kernentscheidungen, vor denen die Länder der dritten Welt stehen. Eine Entwicklung, die diesen Namen verdient, erfordert eine politische Strategie für die Entwicklung der Landwirtschaft, die auf dem garantierten Zugang aller Bauern (die Hälfte der Menschheit) zu Land beruht. Im Gegensatz dazu führen die von den herrschenden Mächten befürworteten Maßnahmen - die Privatisierung des landwirtschaftlichen Bodens beschleunigen, den landwirtschaftlichen Boden in eine Ware umwandeln - zu der massiven allseits bekannten Landflucht. Da die industrielle Entwicklung der betreffenden Länder diese überreichlichen Arbeitskräfte nicht aufnehmen kann, ballen sie sich in den Slums oder lassen sich in kleinen Booten zu abenteuerlichen und oft tragisch endenden Fluchten über den Atlantik verlocken. Es existiert eine direkte Beziehung zwischen der Ablehnung des garantierten Zugangs zum landwirtschaftlichen Boden und dem Ansteigen des Migrationsdrucks.

7) Kann eine **regionale Integration**, die den Aufbau neuer Entwicklungszentren unterstützt, eine Form des Widerstands und der Alternative darstellen? Die Regionalisierung ist notwendig, vielleicht nicht für solche Riesen wie China und Indien oder auch Brasilien, aber sicher für viele andere Regionen in Südostasien, in Afrika oder in Lateinamerika. Dieser Kontinent hat in diesem Bereich einen kleinen Vorsprung. Venezuela hat im richtigen Augenblick die Initiative zur Gründung von Alba ergriffen (Bolivarische Alternative für Lateinamerika und die Karibik), ebenso für die Gründung der Bank des Südens (Bancosur), sogar vor Ausbruch der Krise. Aber weder Brasilien und noch nicht einmal Argentinien sind bislang Alba, einem Projekt wirtschaftlicher und politischer Integration, beigetreten. Dagegen vereint Bancosur, die eine andere Entwicklung vorantreiben soll, auch diese beiden Länder, die bislang eine herkömmliche Auffassung von der Rolle dieser Bank haben.

Fortschritte in dieser Richtung im Norden wie im Süden– Basis des Internationalismus der Werktätigen und der Völker - sind die einzige Garantie für den Wiederaufbau einer besseren, multipolaren und demokratischen Welt, die einzige Alternative zur Barbarei eines alternden Kapitalismus. Mehr als jemals zuvor steht der Kampf für den Sozialismus des 21. Jahrhunderts auf der Tagesordnung.

Quelle:
http://www.forumdesalternatives.org/FR/readarticle.php?article_id=5270

Übersetzung: coorditrad, SiG-Redaktion

Anmerkungen der SiG-Redaktion:
Ein ausführlicherer Artikel über die Analyse von Samir Amin findet sich unter:
„Economie de marché ou capitalisme des monopoles"
http://www.forumdesalternatives.org/FR/readarticle.php?article_id=5319

Samir Amin bezieht sich mehrfach auf eine Veröffentlichung von **François Morin**,
http://web.mac.com/fmorintlse/La_finance_globale/Bienvenue.html
Daten über PIB :
http://web.mac.com/fmorintlse/La_finance_globale/Economie_r%C3%A9elle.html
L´Hypertrophie de la finance globale :
http://web.mac.com/fmorintlse/La_finance_globale/Tableau_de_synth%C3%A8se.html

Deglobalisierung als Antwort auf die Krise

Interview mit Walden Bello

Die Herausforderung liegt darin, eine Massenbewegung aufzubauen, weltweit und national, um eine antikapitalistische Antwort auf die Krise zu befördern. Demokratie in der Wirtschaft, mehr Demokratie in der Politik müssen die Ziele sein

Frage: Dr. Bello, wie schätzen Sie die Auswirkungen dieser Krise auf den globalen Süden ein?
Walden Bello: Sie werden massiv sein. Am stärksten werden diejenigen Volkswirtschaften leiden, die sich vollständig der Globalisierung geöffnet haben und ihr Wachstum etwa durch exportorientierte Industrialisierung an die Märkte im Ausland geknüpft haben. Weit weniger betroffen sind dagegen Länder mit geringerem Öffnungsgrad, zum Beispiel viele Staaten in Afrika.

Frage: Welche Effekte hat die Krise bereits?
Walden Bello: In Ostasien sind die Exporte steil abgestürzt. In China haben in den vergangenen Monaten laut Regierungsangaben bereits 20 Millionen Arbeiter ihre Jobs verloren. Der Wert des koreanischen Won ist um mehr als 30 Prozent gefallen. Die Überweisungen südostasiatischer Arbeitsmigranten in ihre Heimatländer sinken gewaltig und entlassene Arbeiter kehren nach Indonesien und auf die Philippinen zurück. Die Agrarexporte von Argentinien und Brasilien befinden sich im freien Fall.

Frage: Wird sich die Situation weiter verschlimmern?
Walden Bello: Ja, definitiv. Wir sind erst am Beginn des weltweiten Absturzes. Ich weiß nicht, wann der Tiefpunkt erreicht sein wird - und wie lange die Weltwirtschaft dort dann verharrt. Die globale Ökonomie ist wie eingetroffenes deutsches U-Boot, das mit großer Geschwindigkeit zum Meeresboden sinkt. Wenn es dort aufgeschlagen ist, weiß niemand, wie die Besatzung es jemals wieder flott bekommt und zum Aufsteigen bringt. Wird die Mannschaft es mit mühseligen Manövern wieder an die Oberfläche bringen, wie in dem Film "Das Boot", oder wird es auf dem Meeresboden bleiben? Ebenso wenig wissen wir, ob keynesianische Wiederbelebungsversuche die Wirtschaft in Schwung bringen werden.

Frage: Wie beurteilen Sie das Programm der US-Administration unter Präsident Barack Obama?
Walden Bello: Barack Obama im Hinblick auf die Weltwirtschaft? In der Wirtschaftspolitik wendet sich die Administration nach innen und damit von Globalisierung und Freihandel ab. Sie spricht sich zwar für Multilateralität und gegen Protektionismus aus, aber das sind bislang nur Worthülsen. Obamas erste Priorität ist die Stabilität der US-Ökonomie. Das Ausland kann warten. Rhetorisch werden die USA beim G20-Treffen in London eine führende Rolle übernehmen, wenn es um die globale Finanzarchitektur und starke Regulation geht. Ich denke allerdings, der Fokus regulativer Kontrollen wird im Inneren liegen. Erst wenn der Absturz der US-Ökonomie gestoppt ist, wird sich Obama internationalen Wirtschaftsthemen zuwenden.

Frage: Wie sieht es mit der Europäischen Union aus?
Walden Bello: Die EU wird sich wahrscheinlich auch mehr nach innen wenden. Dabei bleibt abzuwarten, ob sie sich für überlebensfähige politische Konzepte für die gesamte Region entscheidet oder aber in nationale Stabilisierungskonzepte zurückfällt. Ich denke, dass die Unterstützung für Multilateralismus und weltweite Politikansätze in Europa erodieren wird. Es wird eine ähnliche Binnenorientierung geben wie in den USA. Sorge bereitet mir zudem, was den Arbeitsmigranten aus dem Osten und dem Süden angesichts einer schrumpfenden Wirtschaft in der EU bevorsteht. Rassismus und ethnische Vorurteile könnten sich austoben.

Frage: Erwarten Sie, dass die G20 die ökonomischen Turbulenzen in den Griff bekommen?
Walden Bello: Nein. Die Voraussetzungen für ein neues Bretton-Woods-System sind nicht gegeben. Jeder ist sich immer noch selbst der Nächste. Es gibt wenig Unterstützung für eine Reform des IWF und eine stärkere Rolle der Weltbank. Zudem wird in der WTO der Abschluss der Doha-Runde nicht vorangetrieben, da viele Verhandler der Globalisierung misstrauen. Zudem ist im Basel-Prozess versäumt worden, den Banken den nötigen Regelungsrahmen zu geben. Es wird viele nette Worte über Multilateralismus geben - aber wenige Taten.

Frage: Was müsste dringend getan werden, um die Vertiefung der Deglobalisierung und Desintegration zu verhindern?
Walden Bello: Deglobalisierung darf nicht mit Desintegration gleichgesetzt werden! Angesichts der Exzesse der Globalisierung und des Ausmaßes, in dem sie ganze Volkswirtschaften verwundbar bis zum Zusammenbruch machte, weil sie Märkte und Produktionen integrierte und schützende Grenzen zwischen der Binnen-Ökonomie und der internationalen Ökonomie beseitigte, angesichts dieser Tatsachen ist Deglobalisierung, begleitet von wirtschaftlicher Regionalisierung und gestärkten nationalen Ökonomien, eine gute Sache. Das Problem mit der Globalisierung besteht darin, dass sie nationale Ökonomien zerstörte. Die Herausforderung für uns besteht jetzt darin, ein Weltsystem zuschaffen, in dem die Teilnahme an der internationalen Ökonomie die Kapazitäten der nationalen Ökonomien stärkt statt sie zu zerstören.

Frage: Was sollte der Beitrag des politischen und sozialkritischen Spektrums im Norden sein, um die Desintegration zu verhindern?
Walden Bello: Wir müssen das als eine Gelegenheit sehen, eine deglobalisierte Welt zu schaffen, in der es mehr Gleichheit zwischen und innerhalb der Länder gibt. Eine Welt, in der die Länder eine Wirtschaftspolitik betreiben können, die sich im Einklang befindet mit ihren Werten, ihren Zielen und ihren gesellschaftlichen Rhythmen - statt eingeklemmt zu sein in ein neoliberales "ein-Schuh-für-alle-Modell". Eine Welt, in der Vielfalt – wie in der Natur – als Stärke angesehen wird. Eine Welt, in der es Raum gibt für nachhaltige Entwicklungspolitik, die nicht das Hoch-Konsumtionsmodell des Nordens reproduziert.
Ich wiederhole: Die Krise eröffnet Chancen!

Frage: Wie schätzen Sie den Zustand der Linken und der sozialen Bewegungen derzeit ein?
Walden Bello: Die Linke hat das theoretische Rüstzeug für das Verständnis der Krise. Besonders wichtig ist dabei die marxistische Analyse - einschließlich der Einsichten von Rosa Luxemburg -, dass der Kapitalismus zu Überakkumulation und Überproduktion tendiert. Die Herausforderung liegt darin, eine Massenbewegung aufzubauen, weltweit und national, um eine antikapitalistische Antwort auf die Krise zu befördern. Demokratie in der Wirtschaft, mehr Demokratie in der Politik müssen die Ziele sein. Wir müssen uns beeilen, denn wenn wir keine linken Angebote für die Leute haben, lassen sie sich vielleicht von Rechten überzeugen. Wir wollen nicht, dass Länder wieder in ein Szenario wie das von Deutschland in den 1930er-Jahren zurück fallen!

Das Interview führte Henning Heine; Übersetzung SiG-Redaktion

Originaltext: focusweb.org/die-tagezeitung-interviews-walden-bello.html?Itemid=1

Damien Millet und Eric Toussaint
G20: Ein Schlag ins Wasser

An Ankündigungen, wie die Krise zu lösen sei, herrschte im Vorfeld des Londoner Gipfeltreffens der Industrie- und Schwellenländer (G20) am 1. und 2. April kein Mangel. Aber die Bilanz steht fest: Die G20-Staaten haben die Herausforderung nicht bestanden.

Der Grund dafür ist struktureller Natur: Der G20-Gipfel wurde nicht anberaumt, um echte Lösungen zu präsentieren – er wurde auf die Schnelle einberufen, um die Mächtigen zu retten und die Risse im System des schwer angeschlagenen Kapitalismus zu kitten. Von daher war es gar nicht möglich, auf dem Gipfel Maßnahmen zu ergreifen, die radikal genug gewesen wären, um das gegenwärtige Kräfteverhältnis grundlegend zu verändern.

Angesichts der Tragweite der weltweiten Krise hat der G20-Gipfel lediglich die Zähne dieses Raubtiersystems ein wenig geschliffen, statt dessen schädliche Wirkung außer Kraft zu setzen. Der Blick der Öffentlichkeit wurde auf zwei Aspekte, die zu der Verärgerung geführt haben, gelenkt: die Steueroasen und die Vergütungen der Manager von großen Unternehmen.

Die Steueroasen müssen abgeschafft werden, keine Frage. Zu diesem Zweck reicht es aus, den Unternehmen und Bürgern eines Landes zu verbieten, Vermögen in Steueroasen zu haben oder Beziehungen zu Partnern, die dort ihren Sitz haben, zu unterhalten. Die Länder der Europäischen Union, die als Steueroasen fungieren (City of London, Österreich, Belgien, Luxemburg usw.), und die Schweiz müssen das Bankgeheimnis unverzüglich aufheben und ihr skandalöses Gebaren aufgeben. Aber dies ist nicht der Weg, den die G20 eingeschlagen hat: Man will einzelne symbolische Fälle verfolgen, den betroffenen Ländern Mindestmaßnahmen abverlangen und eine sorgfältig bereinigte Schwarze Liste der „nicht kooperativen" Länder erstellen.(1)

Außerdem sind die Gehälter einschließlich der hohen Abfindungen und diversen Boni der Manager nachgerade skandalös. In Zeiten des Wachstums behaupteten die Arbeitgeber, dass Manager, die so viel Gewinn für die Unternehmen erwirtschaften, belohnt werden müssten, damit sie nicht abwandern. Jetzt, da deren abenteuerliche und betrügerische Praktiken in das allseits bekannte Desaster geführt haben, rechtfertigen dieselben Arbeitgeber weiterhin solche gigantischen Einkommen. Der G20-Gipfel hat versucht, diese Vergütungen „zu beschränken" – für begrenzte Zeit. Aber die eigentliche Logik dahinter wurde nicht in Frage gestellt.

Abgesehen von diesen beiden Maßnahmen, für die keinerlei Sanktionen festgelegt worden sind, wollen die G20-Länder den Banken weiterhin unter die Arme greifen. Der Weltwährungsfonds wird, obwohl er auf internationaler Ebene diskreditiert und delegitimiert ist, dank einer bis 2010 zu verabreichenden enormen Kapitalspritze wieder ins Zentrum des politischen und wirtschaftlichen Geschehens rücken.

Die einzig wirkliche Neuerung ist das Versprechen, nicht automatisch den Vorsitz der Weltbank einem Amerikaner, die Leitung des IWF einem Europäer anzutragen. Aber es ist immer noch nicht die Rede davon, in diesen Institutionen die demokratische Regel „ein Land = eine Stimme" anzuwenden, und die Großmächte werden weiterhin die Entscheidungen treffen, die ihnen genehm sind. (2)

Ein bisschen Tünche auf eine Welt in Trümmern, das ist das Vorgehen der G20. Nur eine breite politische Mobilisierung kann imstande sein, solide Fundamente zu errichten, auf denen endlich eine Welt aufgebaut werden kann, in der das Finanzwesen im Dienst der Menschen steht und nicht umgekehrt. Die Demonstrationen gegen die G20, die am 28. März begannen, waren in zahlreichen Städten Europas und Lateinamerikas außerordentlich bedeutsam. Die weltweite Aktionswoche, die im Januar auf dem Weltsozialforum in Belém beschlossen wurde, hat ein von den Großen dieser Welt nicht erwartetes Echo gefunden. Wer das Ende der globalisierungskritischen Bewegung verkündet hatte, sah sich getäuscht; die Bewegung ist fähig, viele Menschen zu mobilisieren, sogar bis ins Zentrum der Londoner City hinein. (3)

Auf der Südhalbkugel bahnt sich eine neue Schuldenkrise an als Folge der geplatzten Immobilienkreditblase des Nordens. Die Krise, von der derzeit die Realwirtschaft aller Länder im Norden betroffen ist, hat zu einem Preisverfall für Rohstoffe geführt und für einen Rückgang der Deviseneinnahmen, mit denen die Regierungen der südlichen Länder ihre öffentlichen Kredite im Ausland zurückzahlen, gesorgt.

Zudem hat der *credit crunch* die Kreditkosten für die südlichen Länder erhöht. Durch diese beiden Faktoren ergeben sich bereits Ausfälle von Schuldenrückzahlungen von Seiten der Regierungen der Länder, die am schlimmsten von der Krise betroffen sind (allen voran Ecuador). Andere werden folgen.

Die Situation ist absurd: Die Länder des Südens sind Nettokreditgeber gegenüber dem Norden, vor allem gegenüber den USA, die im April eine Schuldenlast von insgesamt über 6.000 Milliarden Dollar oder 4.475 Milliarden Euro auftürmen; das entspricht dem Doppelten der Auslandsschulden der Länder der Südhalbkugel. Deren Zentralbanken kaufen amerikanische Staatsanleihen.

Es wäre besser für sie, zusammen eine demokratische Bank des Südens zu gründen, um Entwicklungsprojekte zu finanzieren. Sie sollten aus der Weltbank und dem IWF austreten, weil beide Beherrschungsinstrumente sind. Sie sollten Süd-Süd-Solidaritätsbeziehungen nach dem Muster der Mitgliedsländer der bolivianischen Alternative für die Amerikas (ALBA) entwickeln, zu denen Venezuela, Kuba, Bolivien, Nicaragua, Honduras und die Dominikanische Republik gehören. Und sie sollten das von ihnen verlangte Überprüfungsverfahren ihrer Schulden durchführen und die Zahlung ungerechtfertigter Schulden einstellen.

Die G20 hat dafür gesorgt, dass die neoliberale Logik in Kern erhalten bleibt. Die Prinzipien, die zu der derzeitigen ausweglosen Situation geführt haben, wie das Festhalten der G20 an *„einer offenen Weltwirtschaft, die sich auf den Prinzipien des Marktes gründet*" sind erneut festgeklopft worden. Die Unterstützung von Gott „Markt" ist nicht verhandelbar. Der Rest ist nichts als Illusion.

Anmerkungen:

(aus einem weiteren Artikel von Millet und Toussaint, http://www.cadtm.org/spip.php?article4274)

(1) Die Londoner City, Luxemburg und Österreich haben es durchgesetzt, auf dieser Liste nicht zu erscheinen.

(2) Über IWF und Weltbank: S. SiG Nr. CADTM

(3) Der Präsident der UNO Vollversammlung Miguel d´Escoto hat eine Generalversammlung der Staatschefs für Juni einberufen und hat den Wirtschaftswissenschaftler Joseph Stiglitz , den Vorsitz einer Kommission wahrzunehmen, die Vorschläge zur Antwort auf die globale Kriese entwickeln soll. Einige vorbereitenden Dokumente schlagen inadäquate Lösungen vor, aber der große Vorteil besteht darin, dass sie zur Grundlage einer Debatte in der UNO Vollversammlung sein werden. Warum verschweigt die Presse dieses Vorgehen?

Damien Millet ist Mathematiker und Sprecher des Komitees für den Schuldenerlass der Dritten Welt (CADTM France);
Eric Toussaint ist Doktor der Politikwissenschaft und Vorsitzender von CADTM Belgique.

Artikel in Le Monde vom 07.04.09
Übersetzung: Ulrike KERSTIENS, SiG-Redaktion

Zur Analyse der G20-Treffens sieh auch Immanuel Wallerstein:
http://fbc.binghamton.edu/commentr.htm

Bernard Cassen

SUCRE gegen IWF

Die sieben ALBA Staaten haben auf ihrem Treffen am 16. und 17. April in Cumana zusammen mit Ecuador ein Abkommen zur Schaffung der vier Grundstrukturen von SUCRE unterzeichnet:

- *Ein regionaler Währungsrat*
- *Eine gemeinsame Verrechnungseinheit, die wie eine virtuelle Währung funktionieren wird aber zu einer echten Währung umgewandelt werden könnte*
- *Eine Kammer für Zahlungskompensationen*
- *Ein Reservefonds für Handelstransaktionen*

Damit sollen die acht teilnehmenden Staaten vor den zerstörerischen Auswirkungen der Finanzkrise geschützt werden – durch die Pflege einer regionalen Solidarität. Mit der Einführung von SUCRE werden auch „IWF-freie Gebiete". Solidarität und Komplementarität und nicht Wettbewerb sollen eine starke Entwicklung des Handels innerhalb der Region fördern, frei von der Diktatur des Dollar. Eine Ausdehnung auf die weiteren Staaten von „Sur America „ (Chavez) – Lateinamerika und Karibik – ist möglich. (Bernard Cassen)

Wir veröffentlichen einen leicht gekürzten Artikel von Bernard Cassen von Dezember 2008, der diese neue Errrungenschaft von Lateinamerika beschreibt und einschätzt.(SiG-Redaktion)

Die politischen Machthaber der Welt sind durch die Beschleunigung der aktuellen systemischen Krise des Kapitalismus sichtlich außer Fassung gebracht. Kaum haben sie eine Entscheidung getroffen, ist sie auch schon durch die Ereignisse obsolet geworden. Es ist jetzt allen bewusst, dass die finanziellen, ökonomischen und industriellen Rettungspläne, die in den Metropolen des Liberalismus, vereinigt in der vormaligen G7 (die mit dem Einschluss Russlands zur G8 geworden ist), nur Episoden eines Fortsetzungsromans sind: Nach Plan 1 kommt Plan 2, dann Plan 3, und so weiter.

Zu dem Zeitpunkt, wo der Medienrummel um den G20 vom 15.11.08 nichts als eine kleine neoliberale Maus produzierte, schwieg die internationale Presse über ein Treffen: Die Entstehung einer regionalen finanziellen Struktur in Lateinamerika, im totalen Bruch mit der Logik der Institutionen von Bretton Woods, welche die Monopolstellung des IWF brechen wird.

Man erinnert sich, dass Japan vorgeschlagen hatte, einen asiatischen Geldfonds zu erschaffen, um die große Finanzkrise von 1997 abzufangen, welche in Asien angefangen hatte: dieser sollte Barmittel in die Finanzkreise der betroffenen Länder einspritzen, und hätte es ermöglicht, das Ausmaß des „Tsunami" zu begrenzen, und dessen Ausbreitung nach Russland und nach Brasilien zu verhindern. Damals verhinderten die amerikanische Regierung und der IWF diese Initiative von Grund auf.

Was Tokyo damals nicht durchführen konnte, wird jetzt von einer kleinen Gruppe Staaten der Karibik, Zentral- und Südamerikas auf die Beine gestellt, und sie gehen sogar noch viel weiter: an einem Treffen in Caracas am 26. November haben die Führer von sechs Mitgliedsstaaten [1] der bolivarischen Alternative für die Völker unseres Amerikas (Alba), mit dabei auch Ecuador, nicht nur beschlossen, einen Stabilisierungs- und Reservefonds zu schaffen, welcher sie alle schützt [2], sondern auch, sich für alle Handels-Transaktionen innerhalb oder außerhalb der Zone mit einer gemeinsamen Rechnungseinheit auszurüsten, begleitet von einer Kammer für Zahlungs-Kompensationen. Diese Rechnungseinheit und Kammer werden „Unitäres System regionaler Kompensation" oder SUCRE (Systeme unitaire de compensation regionale) [3] genannt.

Man wird in dieser Einrichtung sowohl die Europäische Zahlungsunion wieder erkennen, welche von 1950 bis 1958 eine absolute Stabilisierung des Zahlungsverkehrs zwischen den 18 Mitgliedsstaaten sicherte, als auch die des Europäischen Währungssystems (EWS) und dessen zentrales Element: der ECU (European Currency Unit, oder Europäische Währungseinheit), der Vorfahre des Euro. Wie der ECU wird auch SUCRE, wenigstens in der Gegenwart, nur eine Rechnungs- und Werteinheit sein, keine Währung mit Emissionsinstitut und Geldscheinen oder Münzen.

Diese Initiative liegt dem IWF wie ein Stein im Magen. Die Schlussdeklaration der Versammlung in Caracas kritisiert in der Tat heftig „ein internationales Finanzsystem, welches den freien Verkehr von Kapital und die Dominanz der Logik der finanziellen Spekulation gefördert hat, zum Nachteil der Sicherstellung der Bedürfnisse der Völker". Obwohl nicht ausdrücklich genannt, ist G20 nicht ausgenommen: Die Unterschreibenden verurteilen „das Fehlen von glaubhaften und effektiven Vorschlägen, um den zerstörerischen Folgen der Finanzkrise zu begegnen."

Die Gründung von SUCRE reiht sich in eine geopolitische Logik ein: Die Hegemonie des IWF beenden – Präsident Chavez verlangt sogar dessen Auflösung – und daher auch die der Vereinigten Staaten und des grünen Geldscheins, um in Richtung einer multipolaren Welt zu gehen, auch im finanziellen Bereich. Die Deklaration konstatiert „die feste Überzeugung, dass der regionale Raum ein privilegierter Raum ist, um sofortige und effektive Antworten zu geben" bezüglich der Krise, mit dem Ziel, einen „von ineffizienten finanziellen Institutionen, und vom Monopol des Dollars als Tausch- und Reservewährung befreiten Raum" zu schaffen, und „in Richtung einer gemeinsamen Währung, dem SUCRE", voran zu gehen.

Der SUCRE stellt überhaupt kein Finanzierungsproblem dar: Venezuela allein besitzt Währungsreserven über 100 Milliarden Dollars. Außerdem wird nur deren Existenz allein eine abschreckende Wirkung auf die Spekulation haben.

Dieser Wille zum regionalen Aufbau und zur regionalen Solidarität, vor allem in finanzieller Hinsicht, zeigte sich auch zwei Wochen später während eines Gipfeltreffens des Systems der zentralamerikanischen Integration (SICA) [4] am 5. Dezember 2008 in San Pedro Sula in

Honduras. SICA hat eine Initiative ergriffen, die in die gleiche Richtung wie SUCRE führt, und sich künftig vielleicht mit SUCRE zusammenschließt. Die in Honduras versammelten Präsidenten verlangen in der Tat, dass die „Schaffung einer Kammer der zentralamerikanischen Kompensation und einer zentralamerikanischen Währung" untersucht werden soll. Das heißt eine SUCRE ähnliche Einrichtung, obwohl die Bedeutung der „zentralamerikanischen Währung", wie im Abschluss-Kommuniqué erwähnt, nicht präzisiert wurde.

SUCRE steht allen Ländern der Hemisphäre offen, aber es ist ausgeschlossen, die Struktur je nach Wusch des einen oder anderen potentiellen Mitgliedsstaates zu verändern. Diese Struktur hat außerdem eine Kohärenz, an der man kaum rühren kann, ohne sie zu zerstören. In dieser Hinsicht ist die Erfahrung der Bank des Südens nicht ermutigend: Deren Schaffung ist sicherlich beschlossen worden, aber die tatsächliche Gründung lässt auf sich warten, vor allem wegen des Zögerns von Brasilien. In diesem wie auch in anderen Bereichen ist die Regierung von Präsident Lula in einem Widerspruch gefangen:

Einerseits, wie man es kürzlich im Gipfel von Sauipe gesehen hat [5], wünscht Lulas Regierung eine regionale lateinamerikanische Integration, in der Brasilien, durch seine Größe, logischerweise die Hauptrolle spielen würde, vor allem gegenüber Washington. Was ihn eigentlich dazu führen sollte, SUCRE beizutreten und auch die anderen Staaten von Südamerika zu ermuntern, dasselbe zu tun. Eine solche Vergrößerung würde das Gleichgewicht im Innern des Systems verändern, was die gegenwärtigen Mitglieder, an erster Stelle Präsident Chavez, selbstverständlich akzeptieren würden, aber basierend auf dem Grundsatz „Ein Staat, eine Stimme", unabhängig vom finanziellen Beitrag des einen oder anderen Staaten zum Stabilisierungs- und Reservefonds.

Andererseits fuhr Brasilien weiterhin fort, sogar nach der ersten Wahl von Lula im Oktober 2002, dauernd die Karte der politischen „Ehrenhaftigkeit" gegenüber Washington und dem IWF zu spielen, vor allem wenn es um die Rückzahlung seiner Auslandschuld ging. Diese „Ehrenhaftigkeit", gekrönt durch seine Teilnahme am G20, würde durch die Zustimmung zu anti-liberalen Thesen, wie sie im Gründungsdokument von SUCRE enthalten sind, sehr angegriffen.... Umso mehr, da sowohl die Mitgliedsstaaten von SUCRE als auch die von SICA die Legitimität von G20, über die Geldangelegenheiten der Welt zu entscheiden, nicht anerkennen, und zu einer Verständigung im Rahmen der Vereinten Nationen auffordern.

Während des Besuches des Präsidenten Dmitri Medvedev in Caracas am 27. November 2008, am Tag nach der Versammlung von ALBA plus Ecuador, wurde die Möglichkeit erwähnt, dass Russland ALBA im Beobachterstatus beitreten könnte, wie es vorher bei Iran der Fall war. Russland denkt ebenfalls darüber nach, eine Rubel-Zone zu schaffen, welche mit der vergrößerten Zone ALBA kooperieren könnte. In Asien könnte das in 1997 abgebrochene Projekt wieder Form annehmen. Die finanzielle Multipolarität scheint auf dem Weg zu sein...

Fußnoten:

[1] Bolivien, Kuba, Dominikanische Republik, Honduras, Nicaragua, Venezuela; seit April 2009 ist St. Vincent und die Grenadinen auch ALBA-Mitglied

[2] Gegenwärtig und aus Gründen der Entscheidungsprozedur hat die Dominikanische Republik nur einen Beobachterstatus.

[3] In Anlehnung an dem Namen von Antonio Jose de Sucre (1795-1830), Oberleutnant von Simon Bolivar und Sieger im Kampf von Ayacucho (1824), welcher die Unabhängigkeit der spanischen Kolonien von Südamerika zur Folge hatte.

[4] SICA besteht aus sieben Mitgliedsstaaten (Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, und Panama), einen angeschlossenen Staat (die Dominikanische Republik) und drei Beobachterstaaten (Spanien, Mexiko und Taiwan).

[5] Versammelt am 17. Dezember 2008 in Sauipe, bei Salvador de Bahia in Brasilien, haben die Länder Lateinamerikas und der Karibik entschieden, eine permanente Organisation zu schaffen, in die sich die aktuelle Gruppe von Rio und der neulich gegründete Gipfel von Lateinamerika und der Karibik zur Integration und Entwicklung (CALC) vereinigen würden..

Dieser Artikel (in einer ersten Version) wurde auch auf der Internetseite von le Monde diplomatique veröffentlicht: http://www.monde-diplomatique.fr/carnet/2008-12-02-Sucre
http://www.medelu.org/spip.php?article144
Übersetzung Gaby Greif, SiG-Redaktion

S. auch : „Un Pavé dans la mare du G 20"
http://www.medelu.org/spip.php?article211

Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank

wollen bei der Vergabe von Krediten oder Subventionen „Strukturanpassungsmaßnahmen" durchsetzen bzw. die Zusicherung erhalten, dass die bisherige Politik der Privatisierungen und Drosselung der sozialen Staatsausgaben beibehalten wird. Diese Bedingungen hatten und haben für die Menschen in den betroffenen Ländern verheerende Folgen.

Attac Togo sagt nein zur Privatisierung der Banken in Togo
Als Gegenzug für eine Spende von 6 Mrd CFA (= 9 Mio €) soll - nach Aussage der Projektleiterin der Weltbank - der Staat sich aus dem Banksektor zurückziehen.
Mehr:
http://www.cadtm.org/spip.php?article4340

Die Wiedergänger
Im Zuge der Weltwirtschaftskrise erlebt der Internationale Währungsfonds eine nicht für möglich gehaltene Renaissance. Keine Abkehr von neoliberalen Konzepten

Von Tomasz Konicz
„Allein in Europa mussten bereits Ungarn, Belarus, Lettland, die Ukraine, Serbien und Rumänien vermittels Krediten des Währungsfonds vor den Staatsbankrott gerettet werden. In all diesen Fällen bestand der IWF weiterhin auf rabiaten »Sparmaßnahmen«, die den bereits einsetzenden Wirtschaftsabschwungs noch verstärken. So wurde Serbien genötigt, im Gegenzug für einen IWF-Kredit von drei Milliarden Euro die Steuern zu erhöhen und Haushaltskürzungen vorzunehmen. Lettland, dessen Wirtschaft in diesem Jahr um bis zu 12 Prozent schrumpfen könnte, muß auf Druck des IWF die Löhne im öffentlichen Dienst um zehn Prozent senken. Ungarn wurde genötigt, Sozialleistungen und Energiesubventionen zu kürzen und das Renteneintrittsalter zu erhöhen. Der Währungsfonds weigert sich immer noch, der Ukraine weitere Tranchen eines bereits gewährten Kredits auszuzahlen, da ihm die von Kiew bereits eingeleiteten Sozialkürzungen nicht weit genug gehen. Einen ähnlichen Stillstand gibt es bei den Kreditverhandlungen zwischen dem IWF und der Türkei, da Ankara sich weigert, ausgerechnet in der Krise die Staatsausgaben zu begrenzen."

http://www.jungewelt.de/2009/04-14/007.php?sstr=

In der Krise erst recht: Weg mit den Schulden

Erklärung der Konferenz der Bewegungen gegen die Verschuldung auf dem Welt-Sozial-Forum Belem, Brasilien 2009.

Die Versammlung der Bewegungen, welche sich mit der Schuldenfrage befassen, fand am 1. Februar im Rahmen des Tages der Allianzen des WSF 2009 in Belem statt.

Es waren unterschiedliche Organisationen und Netzwerke beteiligt, mit einer starken Vertretung von Organisationen, die Mitglieder des Jubilee South und des Netwerkes CADTM International sind.

Allerdings widerspiegeln die hier dargelegten Ergebnisse den Standpunkt einer Vielzahl von Anti-Schulden - Netzwerken und Organisationen, deren bedeutenden Annäherungsprozess bereits durch die Erklärung des WSF 2007 in Nairobi konkretisiert wurde, weiters durch einen gemeinsamen Bericht über illegitime Schulden, der alljährlichen Organisation einer globalen Aktionswoche gegen Schulden und gegen die internationalen Finanzinstitutionen (IFIs), einer in Quito 2008 gemeinsam durchgeführten Studien- und Strategie-Konferenz sowie der Konvergenz bezüglich konkreter Prozesse und Kampagnen wie z.B. Überprüfungskonferenzen.

Die Herausforderungen der internationalen Konjunktur.

Die anwesenden Anti-Schulden Bewegungen- und Kampagnen haben die aktuelle Konjunktur und die daraus resultierenden Herausforderungen wie folgt charakterisiert:

1) Trotz massiver Publicity über Schuldenerlass- und Schuldenerleichterungsprogramme, die von der Weltbank, dem IWF (HIPC 1 & 2 = Heavily Indebted Poor Countries, PRSP = Poverty Reduction Strategy Paper) der G8 und einigen Regionalbanken wie der IDB (Inter-amerikanische Entwicklungsbank) gestartet wurden - oder über andere große Umschuldungsprojekte - bleibt die Verschuldung noch immer ein wichtiges Instrument im Kapital-Transfer vom Süden zum Norden. **Der Süden wird weiterhin ausgeblutet**, die Höhe des Transfers beträgt nahezu 400 Milliarden US$ jährlich.

2) Parallel zu diesem Aderlaß beobachten wir einen rasanten Anstieg der **internen** Schulden der öffentlichen Hand. Dies bewirkt einen massiven Abfluss öffentlicher Ressourcen nach dem gleichen Muster und generell auch zu Gunsten derjenigen Akteure, die bereits von den externen Schulden profitieren. Dies verschärft die Abhängigkeit unsere Wirtschafts- und Produktionssysteme.

3) Der rasche Verfall der Preise für strategische Rohstoffe auf dem Weltmarkt, die erschwerten Bedingungen der externen Gläubiger für den Schuldendienst der Länder des Südens und die neuen Kredite, die ihnen aufgeschwatzt wurden, mit dem Argument, diese seien notwendig, um die Krise zu überwinden, lassen eine **neue Schuldenkrise** erwarten. Diese wird in der nächsten Zeit manche Länder des Südens erfassen, in Südamerika Länder wie Argentinien und Ecuador, mittel- oder langfristig auch Länder wie Brasilien und Venezuela, obwohl sie beträchtliche Devisen-Reserven angesammelt haben.

4) Diese tief greifende Krise des kapitalistischen Systems wird zu wachsenden Schwierigkeiten für die Länder des Südens und die Arbeiterklasse des Nordens führen. Wie immer wird man neue Mechanismen suchen und finden, damit die Völker und Länder des Südens so wie die Armen des Nordens zahlen müssen für die Krise, welche durch die unkontrollierten Kapitalanhäufungen, die verantwortungslosen Deregulierungen und die Hyperfinanzialisierung der Wirtschaft verursacht wurden. Die direkten Konsequenzen dieser Strategien, bei denen die Schulden und ihre Restrukturierung eine wesentliche Rolle spielen, sind zunehmende Schuldendienste, Arbeitslosigkeit, Massen-Armut und eine dramatische Zunahme hungernder und unterernährter Menschen in unseren Ländern, was wir schon jetzt vereinzelt beobachten können.

5) Die erschreckende Fülle an Liquidität, welche die herrschenden Länder in das System gepumpt haben, steht in keinem Verhältnis zu den mickrigen 100 Milliarden US$, die im vergangenen Jahrzehnt beim Versuch, die noch immer bestehende Schuldenkrise zu überwinden, eingesetzt wurden. Sie steht in keinem Vergleich mit der Summe von 80 Milliarden US$, die nach Schätzungen der UNO jährlich über zehn Jahre nötig wären, um entscheidende Schritte zur Lösung der sozialen Menschheitsprobleme zu bewerkstelligen, wie Unterernährung, Analphabetismus, Mängel an öffentlichen Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, Obdachlosigkeit. Wir dürfen dieses absurde und selbstmörderische Management der Ressourcen, die durch die Arbeit der Menschen geschaffen wurden, nicht so weiter laufen lassen.

6) Die Antwort der herrschenden Klassen in den Ländern des Nordens auf diese aktuelle sehr ernste Krise sieht eine Stärkung des internationalen Finanzkapitals und neuer spekulativer Kapitalflüsse vor, zB. der neue spekulative Markt mit Emissionsrechten, der kürzlich in London errichtet wurde.

7) Die Wahl Barack Obamas hat große Hoffnungen geweckt. Allerdings sind keine wesentlichen Änderungen in der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik der USA zu erwarten, denn einige Mitglieder des Wirtschaftskabinetts, wie Paul Volker und Larry Summers, spielten schon eine entscheidende Rolle im Aufbau der Wirtschaftspolitik des Imperiums; das Ergebnis war die aktuelle schwierige Krise.

8) Der Einsatz der G20 ist für unsere Nationen inakzeptabel. Sie haben ihre Unfähigkeit bei der Lösung der Krise schon bewiesen. Das ist nichts als ein Manöver, um die Wurzeln der Krise zu verschleiern und die Völker und Länder des Südens zu marginalisieren, indem sie von den Entscheidungen ferngehalten werden. Wir lehnen insbesondere die diskutierten Vorschläge ab, die zum Ziel haben, das Mandat und die Ressourcen des IWF, der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken zu stärken. Sie sind ja für die aktuelle Krise verantwortlich.

Die Antworten der Völker und unserer Bewegungen auf die gegenwärtige Situation der Konjunktur.

1) Wir vermerken mit Befriedigung die zunehmende Konvergenz der Bewegungen gegen die Verschuldung, die sich für eine gemeinsame Plattform für Aktionen und Kämpfe entschieden haben und zugleich ihre Unterschiede respektieren.

2) Was das Thema der Verschuldung betrifft, haben unsere Bewegungen signifikante Fortschritte erzielt, wenn man es nach konzeptuellen, politischen, ideologischen und strategischen Gesichtspunkten betrachtet. Wir haben uns bewegt von der Forderung nach Erlass der externen Schulden zur Erklärung, dass diese Schulden illegitim sind; von Kampagnen zum Thema Finanzschulden hin zu Aktionen und Kampagnen, die eine breitere Sichtweise zur Grundlage haben, da sie die finanziellen, historischen und ökologischen Dimensionen einschließen. Außerdem haben unsere Kampagnen ein höheres Niveau beim Austausch und bei der Konvergenz erreicht mit dem Kampf gegen den Freihandel, die Militarisierung, die Kriminalisierung sozialer Proteste, die transnationalen Konzerne, die Bio-Treibstoffe und für die Verteidigung der Nahrungsmittel-Souveränität, für den

Schutz unseren Lebensumfelds und für Klima-Gerechtigkeit.

3) Als ein Resultat unserer sozialen Mobilisierung begannen Regierungen zu reagieren. Hier wollen wir die Tatsache unterstreichen, dass die Regierung Norwegens Teile der Schulden-Forderungen gegen einige Länder des Südens – Ecuador, Peru, Jamaika, Ägypten und Sierra Leone - als unverantwortlich anerkannt hat und diese Forderungen gestrichen hat.

4) Die Förderung umfassender und partizipativer Überprüfungen von Verschuldungen macht rasante Fortschritte. Ein Lob gebührt der Regierung von Ecuador. Nach einem Jahr von Ermittlungen ergab die Überprüfung den Beweis, dass die Forderungen an Ecuador illegitimer, betrügerischer, gesetzwidriger und krimineller Natur sind. Auch ist die Entscheidung zu loben, Rückzahlungen von illegitimen Forderungen einzustellen. Wir fordern die Regierung von Rafael Correa auf, weiter entsprechend den Empfehlungen der „Kommission zur Überprüfung der Staatsschulden“ (CAIC) zu handeln, einen Prozess der Ablehnungen in Gang zu setzen und damit die Rechte des Volkes von Ecuador zu verteidigen. Diese Maßnahmen könnten als Vorbild und Motivation dienen für Länder des Südens, eine Front zu bilden zur Ablehnung der Rückzahlung illegitimer Auslandsschulden, die auch Sanktionen für die Schuldigen und Regress fordert.

5) Wir unterstützen die Entscheidung des Präsidenten Fernando Lugo, einen Überprüfungsprozess für die bilateralen Schulden zwischen Paraguay und Brasilien im Zusammenhang mit dem Kraftwerk von Itaipu zu initiieren. Damit soll die Entwicklung Paraguays gefördert werden und es wird eine Grundlage für gerechte, souveräne und solidarische Beziehungen zwischen beiden Ländern und Völkern geschaffen.

6) Wir unterstützen die jüngste Entscheidung des brasilianischen Kongresses, eine parlamentarische Untersuchungs-Kommission über die Schulden des Landes einzurichten. Das ist ein entscheidender Schritt in Richtung eines Überprüfungsverfahren in einem Land, das ungeheure Summen an vorzeitigen Rückzahlungen der Schulden und des Schuldendiensts bezahlt hat, trotz starker Mobilisierungen – unter anderem fand eine Volksbefragung statt, bei der sechs Millionen Brasilianer die Einstellung aller Zahlungen forderten, bis die verfassungsmäßige Überprüfung angeordnet würde. Auch hat eine Überprüfung der Schulden durch die Bürger den Beweis erbracht, dass beim Management der brasilianischen Staatsschulden Verstöße gegen die Verfassung und gegen internationale Bestimmungen geschehen sind.

7) Auch andere Länder und Regionen haben ähnliche Initiativen ergriffen, sowohl im Süden als auch im Norden. Sie werden in diesem Prozess zur Befreiung von Schuldknechtschaft sicher starke und enthusiastische Unterstützung durch unsere Bewegungen erhalten. Die Ankündigungen der Regierungen von Bolivien und Venezuela, die gute Nachricht über Resolutionen des europäischen Parlaments, der Legislative in Zimbabwe und Belgien unter anderen, bestätigen uns, dass wir neuen Zeiten entgegen gehen, wo erkannt wird, dass die Verschuldung destruktiver und gewalttätiger Natur ist und auch bekämpft werden kann. Nicht unerwähnt bleiben sollen Bürger-Initiativen zur Prüfung der Forderungen, wie etwa auf den Philippinen, in Mali, Indonesien und in anderen Ländern. Ob nun solches Überprüfungsverfahren von Regierungen, Parlamenten oder spontanen Bürger-Initiativen getragen werden, sie sollten in einem Umfeld breiter Mobilisierung stattfinden; damit soll manifest werden, dass sie das Werkzeuge zur Befreiung sind und nicht Selbstzweck.

8) Wir protestieren gegen die schändlichen Verleumdungs-Kampagnen gegen unsere KollegInnen María Lucia Fatorelli, Marcos Arruda und andere durch die herrschenden Klassen Brasiliens. Im Artikeln der Zeitung O Globo wurde gezielt versucht, die Reputation von Menschen zu schädigen, die immer die Interessen des brasilianischen Volkes verteidigt haben und eine beachtenswerte Arbeit im CAIC in Ecuador geleistet haben. Wir rufen alle auf, sie und andere zu verteidigen, die mit ihrem Wissen zum Gelingen solcher Überprüfungsverfahren beitragen. Die Wahrheit über den Raub unserer Reichtümer durch die Schulden-Politik muss an die Öffentlichkeit gebracht werden, die Verantwortlichen müssen bestraft werden und die Völker und Länder müssen entsprechend entschädigt werden.

9) Wir bewundern die vielfachen Anstrengungen unserer Bewegungen in der Form von „Volks-Tribunalen”, mit denen große Fortschritte erzielt wurden in der Beschreibung der ökologischen Schulden. Die jüngsten „Volks-Tribunale“ in Wien (2006), New Delhi (2007), Den Haag (2007), Lima (April 2008), Kolumbien (August 2008) und während des dritten pan-amerikanischen Sozial-Forums in Guatemala (Oktober 2008) und andere haben enorm dazu beigetragen, eine hervorragende Dokumentation zu erstellen, mit der die zahlreichen Verbrechen bewiesen werden können, die von weltweiten Konzernen an unseren Völkern verübt wurden. Es beweist auch die Mitwirkung internationaler Finanzinstitutionen an der enormen Verschuldung der Länder des Südens. Diese Aktionen wurden mit partizipierenden Methoden durchgeführt. Beteiligt waren u. a. indigene Bewegungen, die das Reich von Pacha Mama[1], verteidigen. Diese Fortschritte lassen einen Sieg erwarten in der Verteidigung unseres Gemeingutes gegen die Unterwerfung unter den Prozess der Merkantilisierung durch den Kapitalismus und gegen die herrschende Straflosigkeit.

Unsere Prioritäten für die nächsten Monate:

1) Wir rufen alle Bewegungen auf, unter dem Banner ***„Wir zahlen nicht für illegitime Schulden”*** und ***„Restitution und Entschädigung“*** gemeinsam aktiv zu werden. Das ist ein strategisches Werkzeug, um den Kampf gegen Straflosigkeit zu verstärken und zeigt Wege auf, den Fluss von Ressourcen und Kapital vom Norden in den Süden zu erhöhen, im Rahmen eines Prozesses zur Umverteilung der Reichtümer, die eine Korrektur der dramatischen Folgen von 527 Jahren der Plünderung einleiten würde.

2) Wir rufen alle Bewegungen auf, an der **Aktionswoche gegen den G20 Gipfel vom 28. März bis 4. April** teilzunehmen, gegen seine Reform-Vorschläge für dieses System und die globalen Finanzinstitutionen zu protestieren, die kein anders Ziel haben, als die Logik des Plünderns und der Konzentration zu verstärken. Wir müssen besonders in den Ländern des „Globalen Südens“ die Debatten und die Mobilisation über Alternativen verstärken, die zu einer echten finanziellen Souveränität führen. Auch müssen wir das Bewusstsein stärken, dass die Stärkung des IWF, der Weltbank und anderer Regional-Banken als Antwort auf die aktuelle Krise eine Gefahr darstellt.

3) Wir begrüßen die Initiative von Jubilee South, die Allianz der historisch, sozial und ökologisch verschuldeten Völker des Südens und des Weltrates der Kirchen, in den nächsten Monaten ein **Volkstribunal über die ökologische Verschuldung des Südens** einzuberufen. Wir rufen alle Bewegungen und Organisationen auf, an der Vorbereitung und der Auswertung dieses Prozesses aktiv teilzunehmen. Die Organisation dieses Tribunals wird neue Kampf-Szenarien eröffnen. Es soll darstellen, wer die wirklichen Gläubiger sind, besonders im Hinblick auf die Umweltzerstörungen, die Bio-Piraterie, die Privatisierungsmodelle von und der Handel mit natürlichen Ressourcen wie Wasser, Boden und Luft. Es muss zur **Anerkennung der ökologischen Verschuldung des Nordens gegenüber dem Süden** kommen, besonders angesichts des Klimawandels.

4) Wir rufen alle Bewegungen und Organisationen auf, wie in den vergangenen Jahren an der **Woche der globalen Aktion**

[1] Pacha Mama: Für die Völker der Anden ist sie die personifizierte Mutter Erde.

gegen die Verschuldung und die internationalen Finanz-Institute vom 7. bis 15. Oktober 2009 teilzunehmen und gemeinsam die **internationale Kampagne gegen illegitime Schulden** noch erweitern und dynamischer zu machen. Dabei wollen wir auch die Gelegenheit nützen, Vernetzungen mit anderen Bewegungen und Kämpfen herzustellen, wie für Klima-Gerechtigkeit, für Gender-Mainstreaming, gegen Freihandel, Militarisierung und Kriminalisierung. In diesem Rahmen wollen wir auch alle aufrufen, am **Tag der Verteidigung von Pacha Mama am 12. Oktober** teilzunehmen.

5) Wir rufen alle Bewegungen und Organisationen auf, eine Kampagne gegen die **Inter-Amerikanische-Entwicklungs-Bank (IDB)** auf, die Ende März in Medellin in Kolumbien ihr 50-jähriges Bestands-Jubiläum feiert. Das bietet uns eine hervorragende Gelegenheit zu sagen „50 Jahre sind genug – jetzt wollen wir Entschädigungen!“ Dort können wir auch die Politik der IDB entlarven, die ein Pfeiler des Systems der imperialistischen Vorherrschaft über unseren Kontinent darstellt. Dieses System fördert und initiiert Projekte, Programme und Aktionen nach der Logik des Washington-Consensus . Unser Aufruf will einen Prozess der Mobilisierung in Medellin und in allen unseren Ländern entfesseln, damit wir mehrfache Beispiele der Verbrechen der IDB an den Völkern unseres Abya Yala[2] dokumentieren, zurückweisen und Sanktionen und Entschädigungen fordern können.

6) Wir rufen alle Regierungen auf, die am Projekt der **Bank des Südens** teilnehmen, die Einrichtung dieses neuen institutionellen Instruments zu beschleunigen. Diese Bank sollte auf einer total anderen Logik aufgebaut werden, als die der gegenwärtigen globalen Finanz-Architektur, die nur dem globalen Kapitalismus dient. Die Bank des Südens muss ein Instrument im Dienst der Entwicklung unserer Länder sein, basierend auf einer Logik der solidarischen Integration unserer Völker. Sie muss zusammen mit anderen Innovationen des regionalen Finanz-Systems ein strategisches Instrument werden, das die finanzielle Souveränität wieder herstellt, die kapitalistische Logik überwindet, welche die Verschuldung als Herrschaftsinstrument über unsere Länder benützt. Es ist dringend notwendig, dass alle Hindernisse beseitigt werden, welche diesem Projekt im Wege stehen, das für die Zukunft unserer Nationen so enorm wichtig ist.

7) Wir rufen alle Bewegungen und Organisationen ganz Amerikas auf, entweder direkt von ihrem Land aus oder indirekt von ihrer Region aus am **Gipfeltreffen der Völker in Port-of-Spain, Trindad und Tobago vom 16. bis 18. April** teilzunehmen. Auf diesem Gipfeltreffen sollten die erarbeiteten Standpunkte der früheren Treffen (in Chile 1998, in Quebec 2001 und in Mar del Plata 2005) bekräftigt werden. Wir wollen unsere Anstrengungen zur Umformung unserer Gesellschaft verstärken (wie es verschiedentlich auf nationaler Ebene schon geschieht). Wir wollen uns gegen die USA und ihre Verbündeten wehren, welche die ALCA (Amerikanische Freihandelszone) wieder beleben wollen, mit einer neuen Fassade und einigen manipulierten Konzepten, alles im Namen der Sicherheit und Prosperität der Hemisphäre.

8) Wir rufen alle Bewegungen auf, ihre Solidarität mit dem **Kampf des palästinensischen Volkes um seine Rechte** zu bekunden.

9) Wir rufen alle Bewegungen auf, die **Solidaritäts-Kampagne mit dem Volk von Haiti** zu unterstützen. Es kämpft um die Befreiung von militärischer Okkupation, um die Streichung der illegitimen Forderungen von internationalen Finanz-Institutionen und für die Umsetzung des auf Solidarität basierenden Wiederaufbau-Projekts. 2008 haben mehrere neue Stimmen die Streichung der Forderungen an Haiti gefordert. Haiti zahlt jede Woche eine Million US$, trotz der immer schlechter werdenden Lebensbedingungen der Bevölkerung (man rechnet, dass über drei Millionen Menschen unter der zunehmenden Nahrungsmittel-Knappheit zu leiden haben.) Zugleich unterstreichen wir die Notwendigkeit eines Kampfes um Unabhängigkeit einiger Karibischer Staaten, die noch immer Kolonien sind.

10) Wir bewundern den außerordentlichen Erfolg von **ALBA (Bolivarische Alternative für Amerika)** besonders auf dem Gebiet der Alphabetisierung, der Gesundheitsversorgung und der öffentlichen Schulbildung. Eine Integration von Völkern, welche die Solidarität zur Grundlage hat, kann – in kurzer Zeit – eindrucksvolle Ergebnisse bei der Verbesserung der Lebensbedingungen zeitigen. Allerdings müssen wir feststellen, dass einige der unterzeichneten Abkommen von ihrem Zweck entfremdet wurden, sie wurden von korrupten Bürokraten monopolisiert und die Nutznießer waren Gruppen, die zur traditionellen Oligarchie gehören. Darum sollten die Völker diese Instrumente selbst in die Hand nehmen, denn sie können wunderbare Werkzeuge sein für soziale Investitionen und für Forschungen im Hinblick auf eine Erneuerung des Energie-Systems. In diesem Sinne und gemäß der Vereinbarungen der vierten Konferenz der Völker der Karibik auf Kuba und bei der Koordinierungs-Konferenz von Jubilee South/Pan-Amerika in Managua (beide im Juli 2008), rufen wir unsere Bewegungen auf, neue Abkommen selbst in die Hand zu nehmen, wir laden sie auch ein, eine Gipfelkonferenz der sozialen Bewegungen der Karibik und Mittelamerikas einzuberufen und über das Abkommen Petrocaribe und die Energie-Krise zu beraten.

Die gegenwärtige Periode ist entscheidend für die Zukunft unserer Völker und der Menschheit. Wir sollten Massenbewegungen fördern, welche die Ursachen illegitimer Verschuldungs-Vorgänge und das kapitalistische System als Ganzes in Frage stellen. Wir sollten die gegenwärtige Krise nutzen, um einen wirklichen Ausweg zu finden zu einem neuen Gesellschafts-System, in dem die Souveränität der Völker, das „gute Leben“ und Harmonie mit der Natur Grundpfeiler sind. Wir rufen alle Regierungen des Südens auf, rasch eine breite Front gegen die Rückzahlung der illegitimen Schulden zu bilden. Zugleich sollen sie erkennen, dass sie Gläubiger sind mit rieseigen historischen, sozialen, ökologischen und finanziellen Forderungen. Diese Front muss Raum schaffen für Widerstand und Offensiven. Die Regierungen der Länder des Südens sollten sich nicht beteiligen an der Farce der G20 und sollten für die Entstehung einer neuen internationalen Finanz-Architektur kämpfen, welche die Grundrechte und -bedürfnisse unserer Gemeinschaften, Völker, Länder und Regionen berücksichtigt.

Lang lebe der Kampf der Völker! Wir schulden nichts, wir zahlen nichts! Wir wollen nicht zahlen für die Krise der Reichen! Nieder mit dem Kapitalismus! Wir, die Völker des Südens sind die wahren Gläubiger! Entschädigungen jetzt!

Quelle:
http://www.cadtm.org/spip.php?article4128

Übersetzung: Herbert Kaser, Sig-Redaktion

Text auf Spanisch
http://www.cadtm.org/spip.php?article4096

Hinweis der SiG-Redaktion:
*Sehr informative Zusammenstellung von CADTM : **„Les chiffres de la dette“** (Zahlen über die Verschuldung)*
http://www.cadtm.org/IMG/pdf/TAP_les_chiffres_de_la_dette-2.pdf

oder auf Englisch :
The Debt in Figures
http://www.cadtm.org/spip.php?article876

[2] Abya Yala, Bezeichnung für Mittel- und Südamerika, oder Teile davon vor Columbus.

Marokko: Gefängnisstrafen nach sozialen Protesten

Erklärung von ATTAC Frankreich, 13. April 2009

Sidi Ifni, eine kleine Hafenstadt im Süden Marokkos mit 20 000 Einwohnern, erfuhr am 7. und 8. Juni 2008 eine äußerst brutale Repressionswelle. Dies geschah als Antwort auf eine soziale Bewegung, die seit Jahren eine echte Entwicklung der Region sowie die Verbesserung öffentlicher Dienste fordert.

22 Aktivisten und Verantwortlichen von Organisationen, unter ihnen mehrere Mitglieder von Attac-Marokko, wurden verhaftet und angeklagt. Am 9. April fand ihr Strafprozeß im Gericht von Agadir statt. An demselben Tag fand in Sidi Ifni ein Generalstreik statt, an dem die Bevölkerung massiv teilnahm. Gleichzeitig versammelten sich ATTAC angehörende Demonstranten vor dem Gericht von Agadir. Das Urteil wurde um 3 Uhr morgens am Freitag dem 10.6. gefällt. Der Prozess hatte am vorherigen Tag in der Gegenwart von mehreren Beobachtern begonnen, nämlich ein der Gruppe Recht und Solidarität angehörender Rechtsanwalt, ein Vertreter von ATTAC Frankreich, einer von ATTAC-Togo, ein Vertreter der Vereinigung maghrebinischer Arbeiter in Frankreich, ein Vertreter der Menschenrechtlergruppe ASHDOM, Mitglieder von ATTAC Marokko, usw.

Zum Erstaunen vieler Beobachter fiel das Urteil verhältnismäßig milde aus, im Vergleich zu den Strafmaßen, die üblicherweise von marokkanischen Gerichten in politischen Prozessen gefällt werden. Trotzdem stellen diese Urteile einen Skandal dar. Im Prozessverlauf bewiesen die Rechtsanwälte, dass die von der Staatsanwaltschaft vertretenen Anklagepunkte sich auf keine Beweise stützten konnten und dass das Gericht infolgedessen verpflichtet gewesen wäre, ganz einfach die Strafuntersuchung einzustellen und alle Angeklagten freizusprechen. Eine solche juristische Inkonsequenz wird offensichtlich, sobald man die äußerst schwerwiegenden Anklagepunkte betrachtet, die vom Untersuchungsrichter behauptet worden waren: "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und deren Anführung", „Mordversuch", „bewaffnete Versammlung", „öffentliches Tragen von Waffen bei einer Kundgebung", sowie „Zerstörung von Industrieanlagen und einer Hafenanlage".
Die vom Richter ausgesprochenen Strafen sind also unzulässig, da es sich einfach um Leute handelte, die mehr soziale Gerechtigkeit verlangten und ihr Recht auf Demonstrationsfreiheit ausübten: Nur 3 von ihnen wurden freigesprochen. Zehn erhielten Gefängnisstrafen von 8 bis 18 Monaten und 6 von ihnen erhielten Strafen von 1 Jahr mit Bewährung. (…)

ATTAC Frankreich erklärt sich solidarisch mit den verurteilten Aktivisten, ihrer Familien, der Bevölkerung von Sidi Ifni sowie mit ATTAC Marokko, die auf ihrer kürzlich abgehaltenen Frühlingsuniversität diese Frage in den Vordergrund stellte.

Die Kämpfe um Freiheit und Demokratie, die Kämpfe um eine Gesellschaft, die allen ein Einkommen und einen Platz in der Gesellschaft garantiert, kennen keine Staatsgrenzen.
Eine andere Welt ist möglich und notwendig!

ATTAC Frankreich und ATTAC Marokko bedanken sich bei den Teilnehmern an der von ATTAC Frankreich veranstalteten Universität 2008, die zum Solidaritätsfonds beitrugen. Deren Spenden wurden für die Teilnahme eines Rechtsanwalts am Prozess verwendet.

http://www.france.attac.org/spip.php?article9829



Erklärung von Attac Marokko, 14.4.2009

(Manche Abschnitte sind mit der Erklärung von Attac Frankreich identisch, wir begrenzen uns also hier auf die zusätzlichen Ausführungen, SiG-Redaktion)

Attac Marokko erklärt seine volle Solidarität mit den verurteilten Aktivisten, mit ihren Familien und mit der Bevölkerung von Sidi Ifni.

Attac Marokko fordert
- die Freilassung aller Gefangenen,
- die Durchführung einer Untersuchung über die Gewalttaten vom 7.6.2008 und die Verfolgung der Verantwortlichen,
- die Ausarbeitung und die Umsetzung eines echten Entwicklungsplans für die Region unter Beteiligung der Bürgerbewegung, die einen solchen Plan gefordert hat.

Attac bedankt sich bei allen Menschen, Aktivisten und Organisationen (insbesondere bei den Attac-Verbänden und dem CADTM-Netzwerk) , die seit vorigen Juni ihre feste Solidarität mit den Opfern der Unterdrückung in Sid Ifni ausgedrückt haben – sowohl in Marokko als auch im Ausland.

Attac Marokko bekräftigt ihre Forderung nach Freilassung alle politischen gefangenen im Marokko und in der Welt und ruft insbesondere zur Solidarität mit den Arbeitern in Redeyef (Tunesien) auf, deren Forderungen und Aktionen mit denen in Sidi Ifni viel Ähnlichkeit haben.

Französische Übersetzung der Erklärung von Attac Marokko unter : *http://www.cadtm.org/spip.php?article4321*

Über die sozialen Massenbewegung im tunesischen Phosphatbergbaubecken von Gafsa: mehrere Berichte unter *http://www.labournet.de/internationales/tn/gafsa.html*
s. auch (auf Französisch): *http://www.forumdesalternatives.org/FR/readarticle.php?article_id=4946*

(SiG) Siehe auch: http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article13449
http://www.europe-solidaire.org/spip.php?auteur44&lang=en

Bericht von Alexandre Zourabichvili,

Rechtsanwalt der Rechtsanwaltskammer Paris, über seinen Aufenthalt in Agadir (Marokko) vom 4 bis 7 März 2009, um im Auftrag der „Internationalen Vereinigung demokratischer Juristen“ (IVDJ) und des Vereins „Droit Solidarité“ als Beobachter am Prozess von jungen Aktivisten und Mitglieder von ATTAC Marokko teilzunehmen.

Am 5. März 2009 sollte am Gericht von Agadir der Prozess in erster Instanz der jungen Aktivisten des Vereins ATTAC Marokko und Aktivisten anderer Vereine stattfinden. Gegen diese Aktivisten wurde auf Grund ihrer angeblichen Teilnahme an der Kundgebung des „Schwarzen Samstags“ in Sidi-Ifni im Juni 2008, einer Kundgebung, die von den Sicherheitskräften zerschlagen wurde, Anklage erhoben. Nach Angaben der Behörden wurden ein Bezirksvorsteher (super-caïd) und Angehörige der Sicherheitskräfte bei der Kundgebung angegriffen.

Diese Kundgebung war der Höhepunkt von Protesten der Bevölkerung, die die Stadt seit Mai 2008 in Unruhe versetzt hatten und das Ergebnis einer großen Unzufriedenheit auf Grund von Armut, Arbeitslosigkeit, und dem Mangel an wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, an denen die Stadt und die Region seit Jahren leiden. Ein Hauptereignis der Proteste war die Blockade des Hafens von Sidi-Ifni, über den der vor der Küste gefangene und anscheinend vor allem für den Export bestimmte Fisch abgewickelt wird. Nach diesen Ereignissen wurden mehrere Personen, darunter auch die Aktivisten von ATTAC Marokko, von der Polizei festgenommen. Einige davon wurden seitdem wieder vorläufig freigelassen, andere werden nach wie vor festgehalten.

Kurz vor dem Prozess am 5. März stehen 22 Aktivisten unter Anklage, wovon 11 in Haft sind.
Die Anklagen gegen 18 Aktivisten lauten: „Vereinigung von Übeltätern und Unterstützung Krimineller“, „Zerstörung von Industrieanlagen“, oder „Verkehrsbehinderung“, worauf Haftstrafen von 5 bis 10 Jahren drohen. Ein Aktivist wird der Teilnahme an „Brandstiftung“ und versuchtem „Mord“ an einem öffentlichen Beamten beschuldigt.
Nach einigen Verteidigern, die von uns befragt wurden (über hundert Rechtsanwälte haben sich für die Verteidigung zusammengeschlossen) beruhen diese Anklagen im Wesentlichen auf den Aussagen von Angehörigen der Sicherheitskräfte und dem Polizeibericht, wobei die Aktivisten den Sicherheitskräften als Mitglieder von Attac Marokko oder anderer Vereine bekannt sind. Einige der Aktivisten wurden mehrere Tage nach den Ereignissen unter Gewaltanwendung festgenommen.

Bei der Eröffnung der Verhandlung sind ungefähr 20 Rechtsanwälte anwesend. Der Koordinator des Teams der Rechtsanwälte tritt vor und bringt einen Antrag auf Beendigung der Untersuchungshaft der Inhaftierten ein. Er berief sich auf die Missachtung von Regeln bei der Beweisaufnahme, den Gesundheitszustand von Brahim Barra und Hassan Agherbi und den politischen Charakter des Untersuchungsberichts (die nationalen Behörden sollen nach den Ereignissen von Mai-Juni 2008 das Ausmaß des Problems der wirtschaftlichen und sozialen Unterentwicklung von Ifni selbst eingestanden haben). Der Vertreter des Vereins Menschenrechte Marokko (AMDH) erwähnt die Existenz von Interessensgruppen, die sich dafür eingesetzt haben, dass gegen die Aktivisten Anklage erhoben wird und appelliert an die Unabhängigkeit des Gerichts. Er unterstreicht, dass die eigenen, marokkanischen Behörden in ihren Ansprachen regelmäßig das Recht auf Entwicklung hervorheben. Er verlangt vom Gericht, in dieser Sache die Förderung der Menschenrechte in Marokko nicht zu behindern und erinnert daran, dass die angeklagten Aktivisten keine Kriminellen sind sondern für legitime Forderungen eintreten.

Ein anderer Rechtsanwalt erklärt, dass niemand in Ifni bestätigen konnte, dass tatsächlich Kfz in Brand gesetzt oder dass Polizisten angegriffen worden seien, wie das der Untersuchungsbericht behauptet. Seiner Meinung nach ist der Anschlag frei erfunden. Die Beschuldigten verneinen alle ihnen angelasteten Taten. Der Rechtsanwalt fordert, dass sie zumindest gegen Kaution freigelassen werden.
Der besorgniserregende Zustand von Brahim Bara (Nierenleiden) wird von einigen Anwälten erwähnt. Einer von ihnen, der aufs Neue die Rechtmäßigkeit der Untersuchungshaft der Angeklagten, die schon sechs Monate dauert, in Frage stellt, erwähnt die schlechten Haftbedingungen und den physischen und psychischen Druck. Er unterstreicht, dass die Häftlinge alle Garantien aufweisen, um nach marokkanischem Gesetz freigelassen werden zu können.
Da der Vertreter der Staatsanwaltschaft eigenartigerweise weder dazu noch zum Antrag auf Beendigung der Untersuchungshaft etwas zu sagen hatte, schließt der Gerichtspräsident die Sitzung und vertagt den eigentlichen Prozess auf den 9. April. Er verkündigt die Beendigung der Untersuchungshaft mit gerichtlicher Aufsicht für drei Häftlinge: Ahmed Boufain, Abdel Malek Idrissi und Abdel Kder Adbib.
Es bleiben also acht Aktivisten in Untersuchungshaft. Das Gericht gab keine Gründe für seine Weigerung an, diese freizulassen. Unter ihnen befinden sich auch Brahim Barra und Hassan Agherbi, die in Marrakesch inhaftiert und krank sind.

Nach Angaben der Verteidigung und Barra Nahestehender erklärt sich die Weigerung des Gerichts, letzteren freizulassen, mit seinem sehr starken Einsatz bei Attac Marokko. Sein Gesundheitszustand scheint jedoch besorgniserregend zum sein. Er wartet immer noch auf eine Antwort der Behörden auf seinen Antrag auf Weiterleitung seiner medizinischen Akte. Da seine Entlassung aus der Untersuchungshaft, um wieder mit seiner Frau und seinem vierjährigen Sohn zusammen zu sein, abgelehnt wurde, befindet sich Brahim Barra, 38, Aktivist bei Attac Marokko, so wie auch einige andere Untersuchungshäftlinge, in einer humanitär besorgniserregenden Lage.
Paris am 11 März 2009

Ungekürzter Text:
http://www.maroc.attac.org/jooomla/index.php?option=com_content&task=view&id=846&Itemid=97

Übersetzung: Martin Regelsberger, SiG-Redaktion

Weitere Informationen :
http://www.maroc.attac.org/jooomla/index.php

Weitere Berichte über die sozialen Kämpfe in Marokko:
http://www.labournet.de/internationales/tn/videos.html

Kreolisch lernen

Zu den Streiks und Massenprotesten in der Guadeloupe und Martinique



Foto: http://www.france.attac.org/spip.php?article9582

„Wenn es einen Streik gibt, den sieht doch keiner“ (Bemerkung von Sarkozy) – Und jetzt, siehst du uns, Arschloch?“ (Anspielung an den Worten von Sarkozy gegenüber einem Arbeiter, der Sarkozy die Hand nicht geben wollte)

Guadeloupe: „Der Kampf hat sich gelohnt – aber wir müssen wachsam bleiben“

"Der Kampf hat sich gelohnt", sagt Elie Domota, "aber wir müssen wachsam bleiben." Nach 44 Tagen Generalstreik auf Guadeloupe hat der Gewerkschafter am Mittwochabend (4.3.) im Hafen von Pointe-à-Pitre ein Abkommen unterzeichnet, das den Streik beendet. Der detailreiche Text enthält 165 Punkte. Unter anderem werden die Niedriglöhne um 200 Euro angehoben, werden Grundnahrungsmittel, Schulmaterial, öffentliche Verkehrsmittel und Benzin billiger. Und im Straßenbild soll künftig auch die örtliche Sprache Kreolisch auftauchen.

"Wir können stolz auf uns sein", sagt Domota, nachdem das Abkommen endlich steht. Die Koalition "Liyannaj kont profitasyon" (LKP) - gemeinsam gegen Ausbeutung hat die französische Antilleninsel seit 20. Januar bestreikt. Das komplette Wirtschaftsleben auf der Insel, Tourismus und Bananenernte inklusive, lag seither brach. Eine große Mehrheit der 450.000 InselbewohnerInnen hat den Streik unterstützt. Bei manchen Demonstrationen waren bis zu 100.000 Menschen auf der Straße. Selbst die Ermordung eines Gewerkschafters in einer Nacht im Februar schreckte die Bewegung nicht ab. Dabei hat die Regierung im 7.000 Kilometer entfernten Paris wenig unversucht gelassen, den Streik abzuwürgen. Und auch die örtlichen UnternehmerInnen haben wiederholt versucht, ihn zu brechen. „
http://www.taz.de/1/politik/amerika/artikel/1/streikende-setzen-sich-durch/

„Zusammen kämpfen wir, zusammen siegen wir“

„Wir haben erfahren, wie mächtig die Arbeiter sind, wenn sie sich in Bewegung setzen. (..) WIR sind diejenigen, die bauen, herstellen, wir schaffen den Reichtum derjenigen, die Guadeloupe plündern. Und WIR haben die Lösungen zu den Problemen der Gesellschaft“

„Nach diesem Streik haben viele verstanden, dass eine Organisierung notwendig ist, um zu kämpfen, um die Dinge zu ändern. Ein Lohnabhängiger muss einer Gewerkschaft angehören!“

(der CGT-Gewerkschaftsvorsitzende Jean-Marie Nomertin, s. www.alencontre.org)

Importabhängigkeit

„In der Guadeloupe gibt es 24% Arbeitslosigkeit. Vier „Béké“-Familien – Nachfahren der weißen Sklavenhändler – eignen sich die Gewinne des Imports an und beherrschen die Supermärkte - z.B. die Familie Hayot mit der großen Supermarktkette Carrefour.“ (CADTM).

J.M.Nomertin: *„Die Exporte aus Guadeloupe betragen nur 8% des Imports – das heißt, dass wir für alle Bereiche unseres Lebens von den Importen abhängig sind, auch für unsere Ernährung. (…) Während des Generalstreiks haben wir dieses Problem tagtäglich erfahren: Sicher, die kleinen Produzenten haben ein wenig Obst und Gemüse, Yamswurzeln geliefert, auch die Fischer haben uns versorgt. Aber wir haben festgestellt, wie unzureichend die lokale Nahrungsmittelproduktion ist. Es gibt z.B. keine Milchproduktion mehr!(..)*

Ich möchte dabei die Rolle der Kapitalisten aufzeigen, die die Wirtschaft dieses Landes kontrollieren und sich jeglicher Form der lokalen Entwicklung widersetzen (..),Dazu gehören die Béké und die großen französischen und europäischen Konzerne (z.B. Nestlé). Und der größte Teil der landwirtschaftlichen Flächen ist in den Händen der Plantagenbesitzer, die Exportprodukte wie Bananen und Zuckerrohr anbauen.“

http://www.alencontre.org/GuaMaRe/GuadeloupeNomertin03_09.html

Nationaler Rat des Volkskomitees (CNCP), Martinique

Warum eine so starke Mobilisierung?

Drei Elemente sind zu bedenken:

1. Seit mehr als zwei Jahren haben **die Gewerkschaften,** welche die Hauptorganisationen der Arbeiter unseres Landes verbinden, eifrig daran gearbeitet, eine **Plattform von gemeinsamen Forderungen** zu erarbeiten. Sie organisierten Versammlungen von Aktivisten und regionale, der Öffentlichkeit zugängliche Treffen um diese Plattform zu erklären und abzuändern. Der verlängerbare Streik, der für den 5. Februar geplant war, war in den Gewerkschaften aufs Genaueste vorbereitet worden.

2. Die Wirkung der intensiven Klärungsarbeit durch die politischen antikapitalistischen und patriotischen Organisationen wurde sehr verstärkt, als die Arbeiter einerseits die immense **Korruption in der Finanzwelt**, die durch die Krise zum Vorschein kam, wahrgenommen haben und andererseits auch festgestellt haben, dass die Regierungen, die sie ins Elend befördert und die Sozialleistungen beseitigt hatten, die Vergabe von Milliarden an anrüchigen Investoren, die für die Krise verantwortlich waren, ankündigten. Die CNCP ihrerseits hat zahlreiche öffentliche Versammlungen einberufen, um die Krise zu erklären, die Gründe für die teuren Lebenskosten, und die Möglichkeiten, Dinge zu ändern (siehe APAL Nr. 286, Juli 2008). Andere Parteien wie die PCM hatten ebenfalls Initiativen in dieselbe Richtung ergriffen.

3. Die schamlose und **extreme Ausbeutung**, die unserem Volk durch die koloniale Beherrschung widerfährt, hat ungeahnte Ausmaße erreicht: Gewinnmargen von 400% im Handel, massive, fast tägliche Verteuerungen; obendrein hat die Regierung Sarkozys, welcher die Steuergeschenke für die Reichen multipliziert, eine steuerliche Erpressung großen Ausmaßes gegenüber den Familien in Martinique ausgelöst. Das Leben wurde einfach unmöglich gemacht.

Auszüge einer Analyse in http://www.forumdesalternatives.org/FR/readarticle.php?article_id=5535

Rosa Moussaoui

Das Volk von Martinique feiert seinen Sieg.

Antillen. Am Ende einer historischen sozialen Bewegung wurde am Samstag in Fort-de-France eine Vereinbarung unterzeichnet, die wichtige soziale Forteschritte enthält, .

« Martinik lévé ! » (Martinique erhebe dich!). Der Slogan wurde am Samstag im Chor im Rhythmus der Trommeln wieder aufgenommen: 20'000 Demonstranten waren gekommen, um die Repräsentanten des Kollektivs des 5. Februars – die Initiatoren dieser historischen sozialen Bewegung - zu begleiten, die eine Vereinbarung unterzeichnen sollten, welche den 38 Tage dauernden Generalstreik beendete.

200 Euro Erhöhung

Die Hauptforderung wurde erfüllt: die Anhebung der Niedriglöhne. Vom 1. März an werden die Gehälter in der Privatwirtschaft bis zu einer Höhe von 1,4 SMIC um 200 Euros erhöht. Die Maßnahme betrifft 60% der Lohnabhängigen in dem privaten Sektor, also 47 000 Menschen. Wie in Guadeloupe steuert der Staat während drei Jahren 100 Euros zu diesen Lohnerhöhungen bei: Die RSA werden in Einkommen zur temporärer Unterstützung der Aktivität (RSTA, revenu de soutien temporaire à l'activité) umgewandelt.

Die Unternehmen ihrerseits müssten je nach Größe zwischen 30 und 100 Euros zahlen, Region und Departement steuern den Rest bei. Für Löhne zwischen 1,4 und 1,6 SMIC beträgt die Erhöhung ist 4%, für die darüber 2%. Im öffentlichen Dienst gelten ähnliche Lohnerhöhungen.

Bei 400 Produkten werden die Preise in den großen Discountergeschäften um 20 % gesenkt. Bedeutende Preissenkungen wurden auch für Banktarife und die Mieten im sozialen Wohnungsbau festgelegt. Nach Ende des Streiks müssen die Verhandlungen bis zum 27. März in anderen bereichen fortgeführt werden, wie Landwirtschaft, Umwelt, Arbeitswelt, soziale Mindeststandards und auch Wasser- und Telefongebühren, Baumaterialien.
Die Umsetzung der verschiedenen Punkte der Vereinbarung wird durch thematische Kommissionen verfolgt, die ihre Schlussfolgerungen alle drei Monate veröffentlichen sollen. " Das Kollektiv des 5. Februar nimmt sich das Recht, wieder zu streiken, sollten die unterzeichneten Vereinbarungen nicht respektiert werden, oder die Verhandlungen sich in die Länge ziehen", warnte der Sprecher des Kollektivs, Michel Monrose.

Ein Volksfest

In den Straßen von Fort-de-France hat ein riesiges und **fröhliches** Volksfest diesen historischen "Sieg" gefeiert. "Diese kleine Revolution hat eine unglaubliche Volksenergie hervorgerufen, ein schönes Ausmaß an Solidarität, Großzügigkeit und Brüderlichkeit". Die Leute von Martinique ließen der Freude darüber, zusammen etwas erreicht zu haben, freien Lauf. "Sie sind stolz darauf, etwas als Volk erreicht zu haben", meldet Antony Toussaint, Mitglied des Kollektivs vom 5. Februar. Diese Freude wurde vom MEDEF offensichtlich nicht geteilt, dem die Mobilisation des Volkes eine schwere Niederlage zugefügt hat, da er die Vereinbarungen unterschreiben musste. Diese Bewegung "hat einen guten Anteil der Wirtschaftskraft der Insel zerstört", beklagt sich Patrick Lecurieux-Durival, Präsident der der Zweigstelle dieser Arbeitgeberorganisation in Martinique, und er droht mit dem Verlust von 10'000 Arbeitsplätzen im Jahr 2009. Mit mehr Nuancen schätzt Alexandre Richol, Präsident der CGPME, es als unmöglich ein, die Betriebe „als Einheit zu sehen, die ausschließlich Gewinne produzieren müssen". "Die soziale Dimension muss in Zukunft bedacht werden", gab er zu. Einige sprechen sogar von einen "Mai '68 der Antillen", und der Präfekt von Martinique, Ange Mancini, sprach von einer "Bewegung einer sozialen Reichweite, die man noch nie gesehen hatte, und die bewirkt, dass nichts sein wird wie vorher". Was auf seine Art auch Daniel Gromat der CGTM bestätigt: "Wir werden nicht hier anhalten. Der Kampf geht weiter. Nach vierhundert Jahren der Herrschaft muss man jetzt von Gleichheit und Teilen sprechen, um die Zukunft unserer Kinder vorzubereiten."

http://www.humanite.fr/2009-03-16_Politique_Le-peuple-martiniquais-fete-sa-viktwa

---

Zum Nachlesen:

In französischer Sprache:
- http://www.alencontre.org/dossier/guadeloupe.html
- http://www.humanite.fr/+-Antilles-Guadeloupe-Martinique-Guyane-La-Reunion-LKP-pwofitasyon-Elie-Domota-+?var_mode=calcul
- http://www.europe-solidaire.org/spip.php?rubrique489
- http://www.cadtm.org/spip.php?article4301&var_recherche=guadeloupe

In englischer Sprache:
http://www.europe-solidaire.org/spip.php?rubrique490

Auf dem Berliner Kapitalismuskongress von Attac De wurde eine breite Debatte geführt zu den Fragen: Was sind die Ursachen der Krisen; was ist zu tun zur Überwindung der Krisen; wie kann die nächste Krise verhindert werden.
*Das **„Institut für sozial-ökologische Forschung" (ISW)** in München, das sich schon öfter solidarisch mit Attac-Positionen auseinander gesetzt hat, hat im Report Nr. 76 seine eigene Krisenanalyse vorgelegt und sich dabei auch mit Positionen von Attac-Autoren auseinandergesetzt.*
Wir veröffentlichen hier Auszüge aus dem letzten Kapitel.



I S W

Warum der Kapitalismus überwunden werden muss– und wie

Viele Krisen – eine Ursache

In der Strukturkrise des neoliberalen kapitalistischen Wachstumsmodells verflechten sich mehrere fundamentale Krisenprozesse:

- die Finanz- und Wirtschaftskrise, wo die systembedingten "Exzesse" des Finanzmarkts mit der Überakkumulation der Wirtschaft zusammentreffen und sich gegenseitig verstärken;
- die Energie- und Umweltkrise: erstmals in der menschlichen Geschichte wird ein Wachstumsmodell zu einer realen Gefahr für die Menschheit;
- die Armuts- und Hungerkrise, die zu einer ständigen Erhöhung der Armutssockel in den Industrieländern und zu jetzt einer Milliarde Hungernden im Süden geführt hat.

Dazu tritt im Gefolge der Krisen ein Prozess der erhöhten Militarisierung und der verstärkten Anwendung kriegerischer Mittel in der globalen Politik. James Jones, der Nationale Sicherheitsberater von Präsident Obama, hat bei der diesjährigen Sicherheitskonferenz in München erklärt, Sicherheitspolitik umfasse heutzutage auch die Aspekte von "Armut ...Umweltkatastrophen und Wirtschaftskrisen". (www.securityconference.de/konferenzen/rede.) Die größte Gefahr für die internationale und die US-Sicherheit sieht der Direktor der US-Geheimdienste Blair nicht im Terrorismus, sondern in der globalen Wirtschaftskrise. Sie führe zu sozialen Unruhen, ethnischen Konflikten und möglicherweise Kriegen. (www.nytimes.com/2009(02/13/)
Eine übereinstimmende Position haben die deutsche Kanzlerin Merkel und der französische Staatspräsident Sarkozy in ihrer gemeinsamen Begrüßungsadresse für die Sicherheitskonferenz bezogen.
Die politischen Strategen des globalen Kapitalismus richten sich darauf ein, den zu erwartenden Widerstand gegen die verhängnisvollen Folgen ihrer Wirtschaftsweise mit zusätzlichem Militäreinsatz in Schach zu halten.
Alle diese Krisen und Gefahren entspringen **einer** Quelle, sie sind Ausdrucksformen der Strukturkrise des Kapitalismus. Wenn das System der letzte Grund der Krisen und ihrer Folgen ist, dann muss man sich an die Veränderung der Strukturen selbst heranmachen.



www.isw-muenchen.de

Statt Kapitaldiktat die "Assoziation freier Individuen"

Marx hat die Systemschranke des Kapitalismus so auf den Punkt gebracht: "Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist *das Kapital selbst*, ist dies: dass das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangs- und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; dass die Produktion nur Produktion für das *Kapital* ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die *Gesellschaft* der Produzenten ist." (Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band. MEW 25, 260) Im Kapitalismus werden Güter und Dienstleistungen produziert, sofern und solange sie den vom Kapitalisten geforderten Profit bringen. Das Kapital und seine Selbstverwertung ist, wie Marx sagt, Motiv und Zweck der Produktion. Es müsste aber, soll die Gesellschaft vom Interesse der großen Mehrheit, die auch die Werte schafft, ausgehen, genau umgekehrt sein. Dann müssten die Produktionsmittel eingesetzt werden "für eine stets sich erweiternde

Gestaltung des Lebensprozesses" der Gesellschaftsmitglieder. Die Gesellschaft muss über den Einsatz der Produktionsmittel bestimmen, nicht der Kapitalist mit seinen Profitentscheidungen über die Lebensbedingungen der Gesellschaft. Wenn wir sagen, dass Bildung, Gesundheit, Altersvorsorge, Mobilität, Energiesicherheit keine Waren sein dürfen, dass der Mensch keine Ware sein darf, dann bedeutet dies, in den betreffenden Produktionsbereichen und in der ganzen Produktion selbst, wo bislang die Arbeitskraft anderer eingesetzt wird, die kapitalistischen Strukturen abzuschaffen. Und was an ihre Stelle setzen? Im "Manifest der Kommunistischen Partei" umreißen Marx und Engels die Phase nach der Überwindung des Privateigentums an Produktionsmitteln: "An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." (Marx/Engels 1973, 51) Es geht nicht um Verstaatlichung, nicht um Staatssozialismus. Anhand der Erfahrungen der Pariser Kommune **Wenn das System die letzte Ursache der Krise und ihrer Folgen ist, dann muss man sich an die Veränderung der Struktur heranmachen.** präzisiert Marx das politische Konzept der Emanzipation.(MEW, Bd. 17) In den Räten sieht er die "Assoziation freier Individuen". Mit ihnen wird die Trennung von Arbeitsplatz und Wohnort überschritten, sie führen Wirtschaft und Gesellschaft zusammen und organisieren beides in freier Selbstbestimmung. "Die unmittelbare Arbeit der Produktion und Dienstleistung nimmt als solche gesellschaftlichen Charakter an. Kooperation und Zusammenleben werden zu Orten der gemeinsamen Entscheidung. Der Ort des Arbeitens, des Wohnens, der freien Zeit sind Orte des Mitentscheidens und der Allgemeinheit." (Demirovic 2008, 64).
In der Pariser Kommune war dieses Zusammenfließen der verschiedenen Ebenen – Arbeiten, Wohnen, Freizeit – die gemeinsam von den Bewohnern und Beschäftigten in Selbstbestimmung organisiert wurden, aufgrund der räumlichen Nähe und der Überschaubarkeit der einzelnen Bereiche relativ leicht praktizierbar. In einer regional und arbeitsteilig viel weiter ausdifferenzierten Gesellschaft sind die demokratischen, emanzipatorischen Anforderungen an Wirtschaft und Gesellschaft schwerer einzulösen. Aber auch hier sind sie zu realisieren. Demokratie ist machbar!

Freiheit braucht Wirtschaftsdemokratie

In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg war der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) noch wesentlich von sozialistischen Vorstellungen geprägt. In der Frage der Wirtschaftsdemokratie konnten sie zurückgreifen auf Arbeiten aus den Zwanziger Jahren, vor allem von Fritz Naphtali (Naphtali 1928). An das Grundsatzprogramm des DGB von 1949 wiederum lehnten sich später Gewerkschaftsführer wie Otto Brenner an. (Bontrup, 2008, 35 f.) In diesen Konzeptionen wird Wirtschaftsdemokratie auf drei Stufen gefordert. Auf der Mikroebene soll in den Betrieben eine paritätische Mitbestimmung durchgesetzt werden. Die Meso(=Mittel-)ebene umfasst Instrumente der Marksteuerung wie Wettbewerbsrecht, Verbraucherschutz und auch die Tarifpolitik. Auf der Makroebene schließlich werden die grundsätzlichen Fragen von Fiskal-, Geld- und Sozialpolitik verhandelt und entschieden. Auf allen Ebenen haben die Vertreter der abhängig Beschäftigten mitzuentscheiden. Für Otto Brenner, den damaligen langjährigen Vorsitzenden der IG Metall, ging es um diese Grundfrage der Demokratie: "Der Gedanke der Mitbestimmung bedeutet im Grunde nichts anderes als eine Ausprägung der gewerkschaftlichen Idee der Freiheit. Freiheit ist für uns nicht nur ein politischer Begriff, sondern vor allem auch eine soziale Kategorie. Wir wissen, dass die Freiheit des Menschen nicht vollständig und gesichert ist, solange der Mensch in seinem Arbeitsleben der Herrschaft anderer unterworfen bleibt ... Wir haben es mit einer Wirtschaftsordnung zu tun, in der es keine Freiheit im sozialen Bereich und keine Freiheit im Wirtschaftsleben gibt." (A.a.O., 37) Der Gewerkschaftsführer sah genau, dass die "Herrschaft des privaten Kapitals" nicht nur zum Kapitaldiktat in der Wirtschaft, sondern zu einem Kapitalübergewicht im gesamten gesellschaftlichen Raum führt. Seine Vorschläge treffen diesen zentralen Nerv, sind aber sowohl unzureichend als auch in sich selbst problematisch. Das Problematische liegt darin, dass er glaubt, über das Instrument paritätischer Mitbestimmung könne aus den völlig unterschiedlichen Interessen der beiden Klassen eine Art gemeinsames Bestes für alle entstehen. Dieser Fehlschluss war der Grund, warum z.B. französische Gewerkschaften die "deutsche Idee" der Mitbestimmung ablehnten. Sie sahen darin die Gefahr, die Arbeiterklasse vom Klassenkampf abzuhalten und in eine Juniorpartner-Rolle des Kapitals zu drängen. Tatsächlich nahm die geschichtliche Entwicklung diesen Verlauf. Die paritätische Mitbestimmung wurde nie erreicht, die Vormacht blieb bei der Kapitalseite, doch wurden die Gewerkschaften und Betriebsräte zu "Sozialpartnern", die sich für ihren Lohnanteil durch die Legitimierung der kapitalistischen Akkumulationsweise revanchierten.
Zum Problemgehalt gehört auch, dass Brenner und seine Kollegen "Mitbestimmung" durchführen wollten, indem Gewerkschafts- und Betriebsratsapparate stellvertretend die Interessen der Beschäftigten wahrnehmen sollten. Dies widersprach fundamental der marxistischen Forderung nach einer "Assoziation freier Individuen", worin, wie es im "Manifest" heißt, "die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist". Dies verlangt das aktive Engagement der Betroffenen und verbietet die Delegation der eigenen Interessen an Stellvertreter, wie gut auch immer die es meinen und machen. Zum dem aus heutiger Sicht Unzureichenden zählt, dass die älteren Konzepte einer Wirtschaftsdemokratie als Widerpart des Kapitals nur die Arbeiterklasse und hier auch in erster Linie die organisierte Arbeiterbewegung sahen. Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft und die vielen Ebenen der gesellschaftlichen Konfrontation verlangen heute ein anderes Herangehen. Michael Krätke greift den Begriff der dualen Struktur auf: "Zwei Säulen demokratischer Organisation sollten einander stützen und ergänzen, die parlamentarische Säule für alle Bürger/innen ohne Unterschied und die Rätesäule, die als demokratische Organisation des Systems gesellschaftlicher Arbeit funktioniert." (Krätke 2008, 10) Um die unvermeidlichen Konflikte zwischen Betrieben, Branchen und Regionen zu vermitteln, brauche es spezielle, aus den verschiedenen Bereichen paritätisch zusammengesetzte Selbstverwaltungskörper. Die gesamtwirtschaftliche Planung auf den verschiedenen Ebenen – Bund, Länder, Gemeinden – gehört ebenso zum Inhalt der Wirtschaftsdemokratie wie die betriebliche Planung in den selbstverwalteten, genossenschaftlich organisierten Einzelunternehmen. Im Grunde laufen die Vorstellungen auf ein Zwei-Kammer-System hinaus – hier die Wahlen von Parlamenten mit Kompetenz für die allgemeinen gesellschaftlichen Fragen, dort Institutionen der speziellen Wirtschaftsdemokratie, die aber allen Gruppen der Gesellschaft, nicht nur der Arbeiterbewegung, zu öffnen sind. Man mag über viele Details streiten und sich vor allem über die offenkundige "Mehrbelastung" der Bürger/ innen sorgen. Doch muss Demokratie, die mehr sein soll als die Illusion der "Volkssouveränität" per einmalige Wahlen der Eliten alle paar Jahre, wohl in diese Richtung gehen. Wirkliche Demokratie ist in manchem mühsamer als die passive Rolle des Staatsbürgers in einer formalen parlamentarischen Demokratie. Jeder muss sich kompetenter machen, jeder muss sich mehr "kümmern", jeder muss mehr Verantwortung übernehmen.
An den Konzepten der Wirtschaftsdemokratie muss die Linke weit mehr arbeiten als bisher. Doch auch die ausgefeiltesten Modelle werden nicht wegen einer theoretischen Perfektion Realität. Ob und wie Wirtschaftsdemokratie zu entwickeln ist, entscheidet sich in der politischen Auseinandersetzung mit der Klasse, die heute in der Wirtschaft allein oder jedenfalls ausschlaggebend bestimmt.

Stephan Krull
Die Krise schreit nach gesellschaftlicher Planung!

I.
Auf die komplexe Krise gibt es keine einfachen Antworten

Im Herbst 2008 haben die politischen und wirtschaftlichen Eliten erklärt, die Finanzkrise werde einen Bogen um uns machen. Nun ist sichtbar, dass es eine allumfassende mehrdimensionale Krise des Produktions- und Wirtschaftssystems ist; in der globalen Wirkung eine Krise der Zivilisation. Dauer, Tiefe und Reichweite sind schwer vorhersehbar, jedoch wegen der Komplexität wohl größer als bei vorangegangenen Krisen, auch weil die Herrschenden mit untauglicher Symptombekämpfung nicht wirklich gegen steuern.

Teil der umfassenden Krise ist, dass die in vielen Ländern dominante Automobilindustrie erschüttert wird. In dieser Industrie und den Produkten (PKW und LKW) bündeln sich die einzelnen Krisen: Verknappung fossiler Energieträger und Rohstoffe wie Stahl und Edelmetalle; die Nahrungsmittelkrise wegen des Umstieges auf „nachwachsende Rohstoffe"; die Klimakatastrophe wegen der Umweltbelastung im Lebenszyklus. Verknappung heißt Verteuerung – und um begrenzte Ressourcen werden Kriege geführt.

Es gibt „hausgemachte" Krisen-Verstärker:

1. Den Kapazitäten von über 70 Millionen PKW stand ein Absatz von „nur" 60 Millionen PKW gegenüber; in der Krise wurde die Planung auf unter 50 Millionen Fahrzeuge gesenkt. Auf diese Situation reagieren die Unternehmen reflexartig mit kühler betriebswirtschaftlicher „Logik": „Die Anderen" haben schuld, das eigene Unternehmen „musste im Interesse der Kunden und Beschäftigten expandieren". Dem Bau neuer Fabriken in China, Indien, Russland, USA wird die Schließung von Fabriken anderen Ortes folgen. Selbst in China werden mehr Autos produziert als verkauft.

2. Das Auto als Transportmittel auf zu vielen oft verstopften Straßen ist ein Dinosaurier. Die Unternehmen haben mit großen Luxusschlitten an den Bedürfnissen der Menschen vorbei produziert – Fehler der Vorstände, die dem Trend nach höchsten Profiten gemeinsamer folgen. Nun stoßen die profitträchtigen PS-Protze auf geringere Einkommen, gestiegene Spritpreise und sinkende soziale Akzeptanz.

3. Mörderisch ist die Konkurrenz, die auf die Beschäftigten übertragen wird. Im Kampf um Maximalprofite wurden die Unternehmen geschwächt. Karmann hat Insolvenz angemeldet, u.a. aufgrund von Privatentnahmen der Eigentümer in den letzten drei Jahren von fast 100 Millionen €. Leih- und Zeitarbeiter sind zu tausenden entlassen worden, Zulieferfirmen um die Autofabriken gehen pleite, Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerungen, noch mehr Lohnkürzungen und Arbeitszeitkürzungen stehen auf den Kostensenkungsprogrammen. Mit den von Opel und Daimler geforderten „substanziellen Beiträgen" der Beschäftigten für den Krieg der Konzerne werden in diesem gut organisierten Bereich Tarifverträge ausgehebelt. Partieller Lohnsenkung folgt flächendeckende Lohnsenkung: Lohndeflation ist der Anfang einer deflationären Entwicklung insgesamt.

4. Die Exportorientierung (70% geht ins Ausland) erweist sich als Schwachpunkt. Es wurde Erwerbslosigkeit exportiert und aus der vormaligen „Stärke" entsteht Schwindsucht, wenn der Export in den ersten drei Monaten des Jahres um fast die Hälfte einbricht.

II.
Gewerkschaftliche Schwäche ist die Stärke der Unternehmer

Die Gewerkschaften sind mit defensiven Positionen in das Jahr 2009 gegangen: Keine Entlassungen, faire Bedingungen für Leiharbeit und „mit Kurzarbeit die Krise meistern". Inzwischen „warnen" Gewerkschaftsführer vor „sozialen Unruhen" – statt Protest und Widerstand zu organisieren! Ein krasses Beispiel: Dem Schaeffler-Clan, der durch Raub jüdischen Eigentums und Zwangsarbeit wurde, was er ist, hat die IGM in einer Vereinbarung, in der die Übernahme von Conti legitimiert wird, dem Clan beste Absichten bescheinigt. Die Automobilkonferenz der IGM im März hat das Dilemma offenbart. Die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, Bürgschaften von 100 Mrd. € für die Realwirtschaft und die Abwrackprämie wurden als Erfolge der Gewerkschaft bezeichnet. IGM-Chef Huber: „Von all diesen Vorschlägen profitiert heute die Automobilindustrie." Und weiter: „Kurzarbeit ist das intelligenteste Instrument, um in der Krise Beschäftigung zu sichern."
Im März erklärt er, die Verschiebung der für Mai vereinbarten Tariferhöhung um 2,1% in Einzelfällen zu prüfen. Wen wundert's, dass Gesamtmetall nun die flächendeckende Abweichung vom Tarifabschluss ankündigt; die Einzelfallprüfung wird weggespült, wenn die Dämme (Tarifverträge!) bei Daimler nach „offenen Gesprächen" gebrochen sind. Dass durch nicht gezahlte Löhne weniger Konsum krisenverschärfend wirkt, weiß der Gewerkschaftschef, doch den Widerspruch zwischen vernünftiger Volkswirtschaft und profitorientierter Betriebswirtschaft weiß er nicht zu lösen. Es wird immer wieder bestätigt: Auf Lohnsenkungen folgen Kurzarbeit, Entlassungen und Betriebsschließungen (BenQ, Otis, Nokia, Conti, Opel, Daimler, Volkswagen usw.). Zu den Überkapazitäten fällt der IGM nur ein, dass „die industrielle Struktur in Deutschland erhalten bleiben muss." Der alte Reparaturbetrieb funktioniert nicht mehr, „die Politik" wird gefordert, „alle Instrumente zur Sicherung der Automobilindustrie einzusetzen". Auf den Vorschlag, integrierte Mobilitätskonzepte und Elektromobilität zu fördern, reagieren Opel, Karmann und andere: das "grüne Auto" als Ausweg aus der Krise. Spritsparmodelle mit effektiveren Motoren, besseren Reifen und weniger Gewicht sind in kürzester Zeit auf dem Markt – was beweist, dass diese Technologie uns bisher vorenthalten wurde. Das „grüne Auto" gibt es so wenig wie „grünen Atomstrom" oder den „schwarzen Schimmel".

Die Erkenntnis lautet wieder, dass mit Co-Management und Absprachen von Staat, Unternehmen und Gewerkschaften die Krise nicht im Interesse der Beschäftigten zu überwinden ist. Gewerkschaftliche Vorschläge, Branchenräte zu installieren, mehr Demokratie und Mitbestimmung in die Wirtschaft zu bringen, ist wie Pfeifen im dunklen Wald, solange dafür nicht in konkreten Situationen wie Schaeffler und Opel in Betrieben und auf Straßen gekämpft wird. Genau das wird verhindert, u.a. durch die Spaltung der Belegschaften in Stamm- und Leiharbeiter, durch unterschiedliche Bezahlung von Männern und Frauen, durch das Ausspielen von Jungen gegen Alte und von Belegschaften in der Standortkonkurrenz. Dem setzt die Gewerkschaft nichts Effek-

tives entgegen; durch die Illusion, „mit Kurzarbeit durch die Krise“ zu kommen, durch das nicht einlösbare Ziel, „keine Entlassungen im Jahr 2009“, wähnten sich Beschäftigte in Sicherheit, hofften, der Kelch werde an ihnen vorüber gehen. Mal um Mal wird Lohnsenkung, Kurzarbeit und Entlassungen – „die Leiharbeiter; die wussten ja um ihre Situation“ – von Betriebsräten, Gewerkschaften und Belegschaften zugestimmt.

III.
Alternativen: Antimonopolistisch und antikapitalistisch

Es gilt, demokratische Beteiligung der Beschäftigten und der Bevölkerung / Regionen durchzusetzen. Die Idee von Wirtschafts- und Sozialräten kann Bedeutung erlangen, wenn die Beschäftigten und die Menschen in den Regionen aktiv werden. Mit den „Apparaten“ von Parteien und Gewerkschaften ist das allein nicht zu machen, da diese „aus ihrer Haut“, aus der antrainierten „Interessenvertretung“ nicht können, weil sie sich mit Einkommen und Habitus weit von den meisten Menschen entfernt haben. Solange die Gewerkschaft sich zur politischen und herrschenden Klasse in diesem Staat nicht oppositionell verhält, wird sie Alternativen nicht denken und durchsetzen können.

Notwendig und möglich ist es, neben einem Mindestlohn von 1.800 € monatlich und gleichem Lohn für gleiche Arbeit für folgende Alternativen zu mobilisieren:

1. Die Arbeitszeit ist auf 30 Stunden mit Lohnausgleich zu senken! Ohne faire Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen, Jungen und Alten, ohne faire internationale Arbeitsteilung ist die Krise nicht zu bewältigen! Die 30-Stunden-Woche kann jetzt umgesetzt werden, ohne dass dadurch weniger Wertschöpfung entstünde. Das vorhandene Arbeitsvolumen auf die zu fair-teilen, die arbeiten können und wollen, bedeutet „kurze Vollzeit“ für alle. Mit den eingesparten Kosten für Arbeitslosigkeit, Arbeitsvermittlung, Sozialhilfe, für 1-€-Jobs und ergänzende Sozialhilfe sowie aus den Profiten der Unternehmen ist das zu bezahlen. Um Arbeitszeitverkürzung unmittelbar umzusetzen, ist eine Steuerfinanzierung denkbar – und besser, als Kurzarbeit und Entlassungen zu finanzieren!



2. Erforderlich ist ein ökologisches Umbauprogramm, das den öffentlichen Personen- und Güterverkehr in Ballungsgebieten und der Fläche auf die Schiene bringt.
Es muss die Erkenntnis greifen, dass wir mit unseren Energieverbräuchen auf Kosten der Menschen in den weniger entwickelten Ländern leben: Der Bauer in Kenia, die Textilarbeiterin in Bangladesh erarbeiten unseren Wohlstand, die Automobilarbeiter in Südafrika und China erarbeiten unsere Pensionen! Gerechte Verteilung der Vermögen zwischen Arm und Reich und zwischen den Ländern ist nötig: Internationale Solidarität muss die Antwort sein!

3.
Keine Steuergelder, keine Bürgschaften, keine Kredite,
nichts für Konzerne, die in den zurückliegenden Jahren Milliarden-Gewinne gescheffelt haben, aber oft keine Steuern zahlten;
nichts für Entlassungen und Werkschließungen;
nichts für Unternehmen ohne Beteiligung der Belegschaften;
nichts für Unternehmen ohne ökologische Kehrtwende;
nichts für ein „weiter so“ in der Automobilbranche!

Die Krise schreit nach gesellschaftlicher Planung! Die Konkurrenz und die anarchische Produktion der Konzerne sind ursächlich für ökologische und wirtschaftliche Katastrophen. Gesellschaftliche Planung ist zwingend zum Abbau der Überkapazitäten, um neue sinnvolle Produktion auf den Weg zu bringen und – zum Beispiel durch Bildung und Qualifizierung – Übergänge zu schaffen. Der „freie Markt“ führt zu monopolistischen Strukturen, die nächste Krise würde noch schlimmer für die Zivilisation. Ohne Druck werden die Herrschenden diesen Weg nicht frei machen. Der Druck kann und muss in den Betrieben beginnen – mit gut besuchten Sprechstunden des Betriebsrates, langen Betriebsversammlungen, durch gründliche Reparatur der Anlagen, indem alle tun, was in den Arbeitsplänen steht … und was es sonst noch an kreativen Ideen gibt, um die Geschäftsführung zur Verzweiflung zu treiben.
Seine Fortsetzung kann und muss dieser Druck auf den Straßen finden, in der Zusammenführung mit dem Widerstand der SchülerInnen, der Studierenden, der Erwerbslosen, der HartzIV-Betroffenen, der sozialen Bewegungen, der GlobalisierungskritikerInnen, der KriegsgegnerInnen! Wir können und müssen uns jetzt das Recht auf politischen Streik zurück erobern!
Gelingt das nicht, wird der Kapitalismus als Verursacher der Krise die Armen die Folgen zahlen lassen und gestärkt aus ihr hervorgehen. Das aber führt in die Katastrophe oder – um es mit Rosa Luxemburg zu sagen – in die Barbarei!

Stephan Krull ist ehem. Betriebsrat VW Wolfsburg



Tilder Kumichii NDICHIA (GEED/ACDIC Cameroon)

Rede am 28.3. in Berlin

Wir träumen von dem Tag, an dem die Weltbank und der IWF einpacken und verschwinden!

Freunde, ich bringe Euch die Grüße der Menschen von Kamerun, von Afrika, von den armen Ländern dieser Welt. Ich kam, um Euch unsere Solidarität zu bekunden. Aber ich bitte auch um Euere Solidarität.

Gemeinsam müssen wir dieser Weltwirtschaftskrise standhalten, einer Krise, die das Leben aller unserer Familien, Frauen, Kinder und Männer überall auf der Welt beeinträchtigt. Kanzlerin Merkel sagte, die Deutschen werden gestärkt aus der Krise hervorgehen. Sie meint einige oberflächliche Änderungen, ein paar Milliarden EUROS mehr für dies und das, ein bisschen mehr Kontrolle der Banken.

Die Menschen in dem globalen Süden aber wissen, dass einige kosmetische Änderungen es nicht tun. Wir benötigen eine grundlegende Änderung der Struktur, in der unsere Wirtschafts- und Finanzsystem operiert, eine Änderung der Art, in der die Chancen zwischen Nord und Süd verteilt sind. Wir müssen innerhalb der Grenzen unseres gemeinsamen Erbes, dem Globus und unserer Umwelt, zu leben lernen. Solange die Armut und die Ungleichheit nicht überwunden ist, ist die Krise für die Armen nicht vorbei.

Ich bin unglücklich darüber, dass durch die Krise der Weltwirtschaft viele Familien in Deutschland und im Westen allgemein ihren Lebensunterhalt verloren haben. Ihr Leben wird abhängig von den Sicherheitsnetzen der Staaten. Sie müssen mit dem Minimum auskommen. Viele junge Leute bei uns haben ihre Träume verloren. Sie sind zurückgeworfen in Verzweiflung und sind abhängig davon, von jeder Art von prekärer Betätigung überleben zu müssen, die ihnen gerade über den Weg läuft. Es macht mich traurig zu sehen, wie junge Leute ihre Talente vergeuden.

Freunde, ich bin hier um Euch zu erzählen, dass die Menschen bei uns auch tief von der Krise betroffen sind. Die armen Leute bei uns haben Angst, dass sie das Wenige, was sie sich in den letzten 8 Jahren zusammengespart haben, auch wieder verlieren.
Wir lieben die Weltbank weiß Gott nicht. Aber selbst die sagt, dass 50 Millionen Menschen zusätzlich ihren Lebensunterhalt in den armen Ländern wegen der Krise verlieren werden. Könnt Ihr Euch vorstellen, dass in meinem Land so gut wie alle öffentlichen und privaten Investitionen eingestellt wurden, weil die Investoren kalte Füße bekommen haben? Stellt Euch vor, der Wert unserer Währung hat sich halbiert, weil die Investoren, sowohl die nationalen als auch die internationalen, ihr Geld genommen haben und es in Dollar, Yen oder EURO angelegt haben. Die Folge davon ist, dass wir jetzt doppelt so viel für unsere Kinder zahlen müssen, oder für Großmutters Medizin, und die Preise unserer täglichen Gebrauchsgüter sind ins Unermesslich gestiegen. Ihr müsst wissen, dass gleichzeitig die Nachfrage nach unseren Exportgütern eingebrochen ist. Unsere Regierung nimmt keine Steuer mehr ein und der Staatshaushalt basiert auf Pump. Bei uns gibt es kein soziales Sicherungsnetz, kein Hartz 4, keine Arbeitslosenversicherung, keine öffentliche Krankenkasse, keine kostenlose Schulausbildung, keine Altersrenten. Unsere Regierungen können nicht an die Börse gehen und Geld leihen. Sie gehen zum Internationalen Währungsfond, der uns schon in den letzten 30 Jahren so geschadet und geknechtet hat. Mehr als 1000 Milliarde Dollars werden jedes Jahr den Entwicklungsländern in einer illegalen Weise entzogen. Wenn dieses Geld für die Entwicklungsländer zur Verfügung gestanden hätte in all den Jahren, wäre heute Afrika nicht mehr arm und hätte euere Hilfe nicht mehr nötig.

Wir kämpfen die Schlacht der Finanzkrise. Wir können die Schlacht nicht gewinnen, wenn wir nicht Seite an Seite kämpfen. Lasst uns zusammen arbeiten, damit die stillschweigende Übereinkunft der Reichen im Norden und der Reichen im Süden endlich zum Ende kommt.

- Die Steuern auf die Wertschöpfung, die in unseren Ländern entsteht, müssen in unseren Ländern verbleiben. Eine Internationale UN Organisation für Finanzen muss das gewährleisten. Zusammen müssen wir die Steueroasen austrocknen.



Demonstration in Berlin, 28.3.2009

- Das Fluchtkapital und die gestohlenen Vermögenswerte, die sich in den Finanzzentren dieser Welt und Steueroasen verstecken, müssen abgefangen werden. Eine vollkommene Transparenz und automatische Berichterstattung aller Banken an die zu schaffende Internationale Finanzorganisation kann das bewirken.

- Die Geschäfte der Hedge Funds und Finanzinstitutionen, die Risikopapiere bündeln und als Vermögenswerte weiterverkaufen, und die desaströsen Spekulationen mit Nahrungsmittel haben zu unterbleiben.

- Wir träumen von dem Tag, an dem die Weltbank und der IWF einpacken und verschwinden. Sie haben die Türen Afrikas für die Ausbeutung unserer Bevölkerung geöffnet und unsere Ressourcen und Umwelt dem Ausverkauf preis gegeben.

- Länder in der Schuldenfalle sollten sofort damit aufhören ihre Zahlungen an die Weltbank und IWF zu bedienen. Was wir brauchen ist einen fairen und transparenten Schuldenrückzahlungsmechanismus, der verhindert, dass die Schulden nur unter Verletzung der Menschenrechte zu bedienen sind.

- Die Steuerung des globalen Wirtschaftssystems sollte in den Händen der UNO liegen, nicht in den Händen der G8, der G20 oder des IWF oder der Weltbank. Was wir brauchen ist ein Ökonomischer Weltsicherheitsrat bei der UNO, in dem alle 192 Länder in einer demokratischen Art und Weise zusammenarbeiten.

Die Entwicklungsländer waren es gewiss nicht, die diese große Krise der Funktionsweise der globalen Ökonomie und des Finanzsystems verursacht haben. Dennoch sieht es ganz danach aus, als ob sie schrecklich stark von dieser Krise betroffen werden, obwohl sie überhaupt nicht dafür verantwortlich sind.

Trotz alledem: wir müssen in der Krise auch eine Herausforderung erkennen. Die Schwachen werden neue Strategien des Widerstands lernen. Lasst uns kämpfen, für eine globale, grüne, gleiche und demokratische Entwicklung, um die Zukunft unserer Kinder zu sichern.

Hans-Jürgen Urban

„Es rettet uns kein höheres Wesen“

Aktiv aus der Krise!

Redebeitrag auf der Demonstration anlässlich des Internationalen Aktionstages zum G 20 –Weltfinanzgipfel, Berlin, 28. März 2009



Demonstration in Paris, 19.3.2009

Die Krise begreifen – den Kapitalismus wieder Kapitalismus nennen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde.
Die Lage ist ernst, verdammt ernst. Der Neoliberalismus hat die Industriestaaten in eine tiefe Krise geführt. Alte Glaubenssätze sind erschüttert, der globale Finanzmarkt-Kapitalismus wackelt.
Wenn nichts Grundlegendes passiert, droht eine katastrophale Krise: Nicht nur in der Wirtschaft, auch in Form von Massenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und weiterem Demokratieabbau.
Die Folge wäre: ein gigantischer Sozialabbau und beinharte Verteilungskämpfe.

Wir, die wir für einen solidarischen Ausweg aus dieser Krise kämpfen, tun uns schwer. Unsere Kenntnisse über Ursachen, Wirkungszusammenhänge und Reichweite der Krise befinden sich längst nicht auf der Höhe der Zeit.
Aber, Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunde: Nicht alles ist unklar. Nicht alles liegt im Dunkeln. Einiges wissen wir schon.
> Wir wissen um die Verantwortung der großkotzigen Lenker der Finanzfonds, Banken und multinationalen Konzernen; Dieser Herren, die sich als Avantgarde der modernen Welt aufgespielt haben und mit ihrer Bereicherungssucht die Krise vorangetrieben haben.
> Und wir kennen die Vertreter der politischen Klasse, die mit ideologischem Eifer dem Finanzmarktkapitalismus den Weg bereitet haben: Durch die Liberalisierung der Finanzmärkte, die Deregulierung der Arbeitsmärkte, die Privatisierung sozialer Sicherheit und eine gigantische Umverteilung von unten nach oben.
> Und wir kennen diese „Second-Hand-Dealer“ des Neoliberalismus in der Wissenschaft, den Zeitungen und den Rundfunk- und Fernsehanstalten. Diese smarten Meinungsmacher, die die Gebote der Sachlichkeit viel zu oft ignorierten und die sich als Lautsprecher neoliberaler Glaubenssätze um ihre Reputation brachten.

Ja, wir kennen die Täter. Und jetzt wollen sie sich aus dem Staub machen. Und wir sollen die Scherben zusammenkehren.

Ich sage: Nein meine Herren, so nicht!
Wir wissen, wer die Milliarden-Party gefeiert hat und wer buchstäblich mit Champagner nachgespült hat, wenn nichts mehr rein ging!
Und wir wissen, wer dabei assistiert hat.
Ihr habt die Party gefeiert, und jetzt ist Zahltag. Wir zahlen nicht für eure Krise!

Die soziale und humanitäre Katastrophe ist längst Realität

Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde:
Wir dürfen nicht vergessen. In anderen Regionen der Erde ist die soziale und humanitäre Katastrophe längst Realität.
Der Finanzmarktkapitalismus hat die Kluft zwischen Wohlstands- und Armutszonen nicht erfunden. Aber er hat sie erheblich vertieft. Wir leben in einer Welt,
in der die obersten 15 Prozent der Menschheit
- fast 90 Prozent des Weltkonsums,
- fast 60 Prozent der Weltenergie,
- gut 80 Prozent des Welteinkommens für sich beansprucht,

und in der dem unteren Fünftel der Menschheit
- gerade einmal 1,3 Prozent des globalen Konsums
- und 4 Prozent der Energie zur Verfügung stehen.

Von der Unterversorgung mit Nahrung und Trinkwasser ganz zu schweigen.
Der langjährige UN-Sonderberichterstatter Jean Ziegler hat es auf den Begriff gebracht: Er spricht vom „Imperium der Schande“.
Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde, ein Imperium der Schande, das ist es. Und weil es das ist, weinen wir ihm keine Träne nach!

Es geht um den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Entrechtung hier bei uns. Aber es geht auch um die Überwindung einer Wirtschafts- und Lebensweise, die die Welt in Menschen mit und ohne Lebenschancen teilt.
Dagegen anzugehen ist Politik im wohl verstandenen Eigeninteresse. Aber es ist auch ein Gebot der globalen Moral und der internationalen Solidarität.
Auch deshalb sind wir heute hier.
Wir zahlen nicht für eure Krise, und von eurem menschen- und umweltverachtenden Finanz-Kapitalismus, von dem haben wir auch die Nase voll!



Demonstration in Wien, 28.3.2009

Die Verantwortlichen beim Namen nennen

Ja, Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunde, es ist gut, dass sich was tut. Überall in der Welt regt sich Widerstand. Kaum ein Treffen der globalen Wirtschafts- und Regierungs-Kaste ohne vernetzte Widerstands-Aktionen.
Überall werden den Strategien des Geldes und der Macht die Forderungen der Solidarität und des Widerstandes entgegengesetzt. Das ist gut so, und davon können wir gar nicht genug haben.

Aber: Wer die Welt verändern will, der muss zu Hause beginnen.
Und hier, bei uns, beobachten wir ein bizarres Schauspiel.
Verblüfft reibt man sich die Augen.
Auf einmal will es keiner gewesen sein.
> Wer hat eigentlich die Unternehmen dem Shareholder-Value-Diktat unterworfen, Löhne gedrückt, Arbeitszeiten verlängert und die Beschäftigten wie Zitronen ausgepresst und dann rausgeschmissen? Waren

das anonyme Heuschrecken, oder doch die Ackermänner und Co!
> Und wer hat dem Finanzmarktkapitalismus den Teppich ausgerollt?
> Wer hat Veräußerungsgewinne steuerfrei gestellt, den Handel auch mit Immobilien-Derivaten erlaubt, Hedgefonds zugelassen und - ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag der Großen Koalition - „eine Finanzaufsicht mit Augenmaß" propagiert? Das waren doch nicht die Heinzelmännchen. Es war die Einheitsfront der Neoliberalen in der Union, der Sozialdemokratie und bei den Grünen. Sicher, irren ist menschlich, aber so einfach geht das nicht. Öffentliche Rechenschaft, und nicht wahltaktische Rosstäuscherei ist hier angesagt.

Deshalb:

- Ich fordere die **Abgeordneten des Deutschen Bundestages** auf: Richten Sie einen Untersuchungsausschuss „Finanzmarktkrise" ein. Ursachen, Verantwortlichkeiten und Folgen der Krise sind zu untersuchen, zu dokumentieren und die politischen Schlussfolgerungen sind zu ziehen.
- Ich fordere die **Vorstände von Banken und Unternehmen** auf: Entschuldigen Sie sich öffentlich, ziehen Sie die Lehren und richten Sie die Unternehmensstrategien auf die Wahrung sozial und ökologisch nachhaltiger Kriterien und sicherer Arbeitsplätze aus.
- Die **Arbeitgeberverbände** fordere ich auf: Beenden Sie endlich ihre Manipulationsfabriken wie die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft", die als Propagandisten des Neoliberalismus die Krise mit ermöglicht haben.
- Und diesen auch so klugen neoliberalen **Wirtschaftsprofessoren** rufe ich zu: Sie haben sich lange genug als neutrale Wissenschaftler getarnt und als neoliberale Glaubensprediger betätigt! Halten sie doch einfach mal für eine gewisse Schamfrist die Klappe!

Frankfurter Appell der IG Metall

Ja: Wir müssen dem neoliberalen Meinungs- und Entscheidungskartell unser Bündnis der Aufklärung und Gegenmacht entgegensetzen. Dazu haben wir als IG Metall einen „Frankfurter Appell" formuliert. Er ist im Netz verfügbar und ich fordere Euch alle auf:
Schließt Euch dem Appell an! Lassen wir die Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft nicht einfach davon kommen.
Sorgen wir gemeinsam für eine öffentliche Debatte über Ursachen und die richtigen Schlussfolgerungen aus der Krise!

Leitlinien für ein anderes, solidarisches Entwicklungsmodell

Natürlich: Moralische Verantwortung ist das eine. Das andere ist eine radikale Umkehr – in Wirtschaft, Politik und öffentlicher Meinung. Was jetzt kommen muss, ist weit mehr als „soziale Marktwirtschaft"!
Was jetzt angesagt ist heißt:

- Umfassende Kontrolle und Regulierung der Finanz- und Devisenmärkte!
- Massive Umverteilung von Einkommen, Vermögen und sozialen Rechten.
- Und ökologischer Umbau mit weit reichender Demokratisierung der Wirtschaft!

Das sind die Wegemarken in eine bessere Zukunft.

Der Neoliberalismus hat Betriebe, Politik und Medien ins Schlepptau der Finanzmärkte genommen.
Jetzt schlägt die Stunde einer offensiven Politik. Wo öffentliches Geld fließt, muss öffentliche Eigentumsbildung und Einflussnahme folgen.
Jawohl, wo notwendig rede ich auch von Enteignung und Vergesellschaftung!
Und über öffentliche Einflussnahme müssen die Abkehr vom Shareholder-Value-Paradigma, der ökologische Umbau und die Demokratisierung von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik vorangetrieben werden. Auch in der Automobilindustrie.
Rückbau der Überkapazitäten und ökologischer Umbau – das ist angesagt. Und das geht nicht über den Markt. Auch nicht bei Opel.
Der Markt setzt auf Massenentlassungen, Belegschaftsspaltungen und Existenzbedrohung. Deshalb kämpfen die Kolleginnen und Kollegen bei Opel um ihre Existenz – und das mit Recht! Kampf um Beschäftigung und für eine umweltverträgliche Produktion - das geht nur mit und nicht gegen die Belegschaften.
Und deshalb fordere ich euch auf: Solidarisiert euch mit dem Kampf der Opel-Belegschaften! Nicht Massenentlassungen und Belegschaftsspaltungen, sondern Widerstand, ökologischer Umbau und Wirtschaftsdemokratie weisen den richtigen Weg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde.
Das alles kostet Geld, viel Geld. Der öffentlichen Verschuldung sind Grenzen gesetzt. Das Geld müssen wir da holen, wo es ist. Bei den Profiteuren des Finanzmarkt-Kapitalismus, den Reichen und Superreichen.
Ob Vermögenssteuer, Millionärssteuer oder Zwangsanleihen – entscheidend ist:
Der Weg in eine bessere Gesellschaft führt nur über eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen. Mit der maßlosen Bereicherung Einzelner ist jetzt Schluss! Auch dafür demonstrieren wir heute.

Und dafür werden wir auch am 16. Mai hier in Berlin mobilisieren. Auf dem europäischen Aktionstag der Gewerkschaften. Auch da müssen wir viele sein.
Also: Wir sehen uns am 16. Mai wieder und jeder bringt noch einen mit!!!



Berlin, 28.3.2009

„Es rettet uns kein höheres Wesen ..." – die neue Mosaik-Linke

Wer, Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunde soll das alles tun?
Wer hat den Mut und die Kraft?

Darauf gibt es nur eine Antwort: Wir!
Ein Bündnis aus alten und neuen Bewegungen, aus Globalisierungskritikern, Gewerkschaften, Sozial-Initiativen und kritischen Intellektuellen.
Dieses „Bündnis der Bewegungen" wird bunt sein und aus vielen Einzelsteinen bestehen.
Aber Ausstrahlung wird es nur als „Gesamt-Kunstwerk" entfalten, als eine Art politisches Mosaik. Diese Mosaik-Linke könnte an vorangegangene Kämpfe anknüpfen. Sie könnte alte Ziele mit neuen Inhalten und neuer Kraft versehen. Das Ziel etwa, „ ... alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (Karl Marx).

Was meint ihr: Wollen wir es gemeinsam versuchen?!?

Weitere Reden unter http://www.28maerz.de/startseite/reden/

1. Am 7. April hat die **UN-Vollversammlung** die Durchführung einer **„Konferenz auf höchster Ebene über die Wirtschafts- und Finanzkrise und deren Folgen für die Entwicklung"** beschlossen. Diese wird **vom 1. bis zum 3. Juni** in New York stattfinden. http://www.un.org/apps/newsFr/storyF.asp?NewsID=18877&Cr=escoto&Cr1=Doha S. auch SiG 70, S. 26

2. Lektüre-Hinweis: **UNCTAD "The global economic crisis: systemic failures and multilateral remedies"** http://www.unctad.org/Templates/webflyer.asp?docid=11200&intItemID=2068&lang=1

EU-AG von Attac Deutschland

Am 7. Juni 2009 ist Europa Wahl – Mischen wir uns ein!

Aufgaben, die nur Europa lösen kann und lösen muss:

- Nach den beiden Weltkriegen weckte die Einigung Europas die Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden in Europa. Die europäische Union darf diese Hoffnung nicht enttäuschen und muss zu einer Friedensmacht werden. Kriege innerhalb Europas, wie der Nato-Krieg gegen Jugoslawien, dürfen nicht mehr möglich sein. Weltweit muss sich die EU dafür einsetzen, dass Konflikte nun friedlich gelöst werden. **Europa soll und muss ein Friedensprojekt sein.**
- **Eine solidarische Wirtschaft**, die den Menschen und nicht dem großen Geld dient, mit Löhnen, die den Arbeitenden Wohlergehen, nicht Armut bringen, in der der Wettbewerb nicht zum Selbstzweck wird, ist heute nicht mehr nur national möglich. Solidarische Wirtschaft muss Leitlinie für ganz Europa sein. Dafür brauchen wir Europa!
- **Eine partnerschaftliche Handels- und Außenpolitik**, welche die Weltregionen nicht als bloße Absatzmärkte und Ressourcen-Quellen zugunsten Europas betrachtet, sondern - z.B. über eine gestärkte UNO - einen wirklichen Interessenausgleich anstrebt. Dafür brauchen wir Europa!
- **Klimaschutz und** die dringend nötige **Energiewende** zeigen nur Wirkung, wenn sie europaweit erfolgen und wenn Europa sich dafür stark macht, dies auch auf dem ganzen Planeten durchzusetzen. Dafür brauchen wir Europa!

Die heutige EU-Politik löst diese Aufgaben nicht.

Im Gegenteil:

- Im geplanten neuen EU-Vertrag wird die Militarisierung der EU-Außenpolitik weiter vorangetrieben; die Mitgliedstaaten werden zu militärischer Aufrüstung verpflichtet. Der Umbau nationaler Armeen zu international agierenden Interventionsarmeen schreitet voran.
- In der Klimapolitik ist sie mit der Zulassung hoher CO2-Werte vor der Autolobby eingeknickt
- Urteile des Europäischen Gerichtshofs haben das Streikrecht weiter eingeschränkt und ermöglicht, dass ausländische Arbeiter hier zu Dumpinglöhnen arbeiten müssen;
- das derzeit gültige Vertragswerk verbietet ausdrücklich jegliche Beschränkung des Kapitalverkehrs und war damit eine der Ursachen der Finanzmarktkrise;
- der vertraglich festgelegte „unbeschränkte freie Wettbewerb“ führt zu einem Wettlauf nach unten für Unternehmenssteuern und Löhne in den Mitgliedsländern.

Und das europäische Parlament?

Dem europäischen Parlament fehlen fundamentale demokratische Gestaltungsrechte. Dennoch verdient es Unterstützung, denn es kann darauf drängen, dass die Probleme, vor denen Europa steht, angegangen werden. Die leitenden Grundsätze sollen sein: **Gemeinwohl, globale Fairness und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und demokratische Kontrolle.** Viele zivilgesellschaftliche Organisationen und auch einige Parteien kämpfen bereits für diese Ziele.

Welches Europa wollen wir?

Sozial

- Harmonisierung der Arbeitsbedingungen in Richtung der besten bestehenden Standards, Errichtung von Regeln zur Verhinderung von Steuer-, Sozial-, Arbeitsrechts- und Lohndumping. Die Spirale nach unten in diesen Politikfeldern muss in eine Aufwärtsspirale gewendet werden
- Abbau der Arbeitslosigkeit durch Umverteilung der Arbeit auf alle Arbeitssuchenden und Verringerung der Arbeitszeit: Arbeit fair-teilen!
- Menschenwürdige Löhne, Gehälter und Sozialleistungen. Jeder Vollzeit-Arbeitende muss von seinem Lohn leben können.
- Die Gas-, Wasser-, und Elektrizitätsversorgung, das Bildungs- und Gesundheitswesen, der öffentlicher Verkehr sind öffentliche Aufgaben im Interesse aller und dürfen nicht privaten Profitinteressen dienen.

Solidarisch

- Solidarität als der fundamentale Leitwert statt Wettbewerb. „Wettbewerbsfähiger“ sein zu wollen heißt nämlich stets, besser sein zu wollen als alle anderen. Und das bedeutet: alle anderen sollen schlechter sein. Damit bleiben die anderen auf der Strecke.
- Fairer Handel auf partnerschaftlicher Ebene mit allen Ländern. Hilfe für die Länder des Südens, ihre eigene Ernährung zu sichern, anstatt deren Wirtschaft mit unseren Waren zu Dumpingpreisen zu zerstören.
- Ein gerechtes Steuersystem ohne Steuerschlupflöcher und Steueroasen. EU-weite steuerliche Mindeststandards zur Vermeidung des ruinösen Steuerwettbewerbs der Mitgliedsstaaten

Ökologisch

- Der Erhalt unseres Planeten erfordert ein radikales Umdenken von uns allen. Die EU als eine global nachhaltige Union muss daher ihren Rohstoff- und Energieverbrauch drastisch senken.
- Die EU muss mit dem Klimaschutz ernst machen, daher muss die Energie-Versorgung auf erneuerbare Energien umgestellt werden.
- Die EU soll ein europäisches öffentliches Eisenbahnnetz aufbauen, um den Autoverkehr wesentlich zu reduzieren.

Demokratisch

- In der EU muss mindestens soviel Demokratie herrschen wie in ihren Mitgliedsländern. Dort können die Parlamente die Regierung wählen und Gesetze einbringen und über sie abstimmen.
- Daher muss das EU-Parlament das Gesetzesvorschlags- und Mitentscheidungsrecht in allen Politikfeldern erhalten.
- Daher muss das EU-Parlament das Recht haben, die „Regierung“ (Kommission in Brüssel) und ihre Mitglieder zu wählen bzw. abzusetzen
- Jeder neue EU-Vertrag muss durch Volksabstimmungen in jedem Mitgliedsstaat legitimiert werden.

Friedliebend

- Die EU muss in enger Zusammenarbeit mit ihren Nachbarn zu einer eigenständigen Friedensmacht in der Welt werden und für die friedliche Lösung von Konflikten eintreten.
- Statt „Friedenssicherung“ durch Aufrüstung zu betreiben, muss die EU für Abrüstung in Europa und weltweit eintreten.
- Die europäischen Staaten dürfen keine geächteten Waffen (ABC-Waffen) lagern, herstellen, verbreiten oder einsetzen.
- Die Außen- und Sicherheitspolitik muss dem internationalen Recht unterstehen.
- Diese Forderungen lassen sich nur unabhängig von der NATO und im Rahmen einer gestärkten UNO durchsetzen.

Deshalb überprüfen Sie: Welche der zur Wahl angetretenen Parteien setzen sich für diese Forderungen ein?
Gehen Sie zu Ihren Kandidaten und fordern Sie Ihre Vorstellungen ein!

Die Europäische Union darf uns nicht egal sein! Mischen wir uns ein!

http://www.attac-netzwerk.de/eu-ag/themen/eu-wahlen2009/

Nein zum Assoziierungsabkommen der EU mit Mittelamerika

Selbstbestimmte Entwicklung statt Freihandel und Ausbeutung

Um schleunigst zur weltweit führenden Wirtschaftsmacht aufzusteigen, treibt die Europäische Union (EU) derzeit mehrere Freihandelsabkommen mit den armen Regionen der Welt voran. In Konkurrenz zur USA und angetrieben vom wachsenden Einfluss der Volksrepublik China will die EU ihre geostrategischen Interessen nun auch in Zentralamerika sichern. Dies jedoch nicht mit plumpen Drohungen, sondern mit ausgefeilter Rhetorik. In den Verhandlungen zum Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Mittelamerika ist die Rede von Menschenrechten, Entwicklung und Nachhaltigkeit. Dies verschleiert jedoch die verheerenden Auswirkungen, die das geplante Abkommen für die Menschen in Zentralamerika haben kann.

„Im Freihandelsabkommen legen wir fest, ob wir uns selbst umbringen oder eines natürlichen Todes sterben", bringt Sinforiano Cáceres, Vorsitzender des nicaraguanischen Kooperativenverbandes, Alternativen in Sachen Freihandel auf den Punkt.

Interessen der EU
Bisher hat Mittelamerika für den Außenhandel der europäischen Länder nur eine geringe Bedeutung. Nur 0,3% der Exporte gehen nach Zentralamerika und 0,35 % der Importe kommen von dort. Deshalb halten viele Beobachter die Verhandlungen für einen Versuch, zusätzliche Märkte und Investitionsgebiete zu erschließen und Wirtschaftsinteressen von EU-Konzernen für die Zukunft abzusichern. Dafür spricht auch die Aussage des EU-Handelskommissars Peter Mandelson zu den europäischen Außenhandelsinteressen: *„Es geht darum, den europäischen Unternehmen [...] Zugang zu weltweiten Märkten und das sichere Operieren auf selbigen zu ermöglichen."*

Ziel der EU ist es, das Abkommen noch in diesem Jahr abzuschließen. Verhandelt wird auf Grundlage von drei Säulen: Politischer Dialog, Entwicklungszusammenarbeit und Freihandel. Dies findet unter weitgehendem Ausschluss der Zivilbevölkerung sowohl in Zentralamerika als auch Europa statt. Um das geplante Abkommen aufzuhalten ist ein **gemeinsamer Protest** notwendig. Als EU-BürgerInnen sind wir dabei gefragt.

Eine Aktionswoche vom 25. - 30. Mai
An diesen Tagen findet die 8. Verhandlungsrunde der EU mit Zentralamerika in Brüssel statt. Wir rufen alle globalisierungskritischen Initiativen, Eine-Welt-Gruppen und das Internationalismus-Spektrum auf, den Aufruf zu unterstützen, an Aktionen teilzunehmen oder selber welche zu organisieren.

Mit Gewerkschaften, Agrar-, VerbraucherInnen- und anderen sozialen Organisationen aus Zentralamerika wollen wir Alternativen erarbeiten, die sich an den Lebensumständen der Bevölkerung orientieren. Statt Investitionen in Exportproduktion und Freihandel benötigen die Menschen in Zentralamerika und der EU die Förderung einer funktionierenden Grundversorgung und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen.

www.stop-assoziierung.de

S. auch: Klaus Heß, Die EU greift nach Zentralamerika - Das geplante Assoziierungsabkommen bringt der Mehrheit der Bevölkerung nur Nachteile, http://www.ila-web.de/artikel/ila324/eu_zentralamerika.htm

---

Dorothea Härlin: Ein aufmunternder Rückblick auf das 5. Weltwasserforum in Istanbul

Jetzt sind wir wieder zu Hause, die vielen WasseraktivistInnen aus allen Kontinenten. Bei den allabendlichen Treffen spürten wir alle, ja, es gibt die globale Wasserbewegung! In demokratischen, transparenten und äußerst partizipativen Debatten mit 150-300 Menschen aus mindestens 50 Ländern berieten wir, was jeweils zu tun war. "Dies ist das letzte WWF in dieser Form", betonte Maude Barlow immer wieder unter großem Applaus.

Ob uns das gelungen ist, wissen wir noch nicht genau, sicher ist jedoch, dass wir mehr als noch auf dem 4.WWF in Mexiko 2006 dieses konzerngesteuerte Forum gründlich delegitimiert haben, eine Meldung, die selbst die hiesigen Medien nicht verschweigen konnten.

Außerhalb geschah das durch Demonstrationen und zwei äußerst anregende und informative Gegenforen, innen durch mutige kritische Stimmen von geladenen Gästen wie der Chefberaterin des Präsidenten der UN Generalversammlung, Maude Barlow, durch Gewerkschafter aus vielen Ländern und NGOs, v.a. aber auch durch einige offiziell geladene lateinamerikanische RegierungsvertreterInnen.

In Mexiko verweigerten im Jahre 2006 am Ende vier Regierungen die Unterschrift unter das offizielle Abschlusskommuniquee, diesmal waren es 25 Länder, die eine alternative Erklärung unterzeichneten mit der klaren Forderung nach "Wasser als Menschenrecht" (das offizielle WWF konnte sich doch nur zu der Formulierung "need of water" durchringen). Und immerhin sechzehn Staaten forderten zusätzlich, dass das nächste WWF im Rahmen der UN durchzuführen sei.

25 Länder, darunter aus Europa Spanien und die Schweiz neben mehreren afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern, Sri Lanka und Bangladesch, das ist ein deutliches Zeichen.

Es ist das Ergebnis einer immer breiter werdenden Widerstandsbewegung gegen die Vermarktung des Lebenselixiers Wasser, die stolz darauf ist, dass die Rechnung der Gegenseite nicht aufging. Denn es war unübersehbar, dass die allgegenwärtige und äußerst repressiv auftretende türkische Polizei bei den Organisatoren des Forums, dem Weltwasserrat, die Hoffnung geweckt hatte, sie könnten diesmal ungestört sich als die Retter der weltweiten Wasserprobleme präsentieren. So protestierten sie nicht als zwei Aktivistinnen das Transparent "No risky dams" hochhielten und 10 Sekunden später von der Polizei verhaftet und am folgenden Tag des Landes verwiesen wurden. Und dennoch haben wir ihnen Risse in ihre Fassade gerissen.

Wir hoffen, ihnen ihre Pläne der Preiserhöhung, das einzige, was ihnen in der Zeit der Krise einfiel und den Bau unendlich vieler Stauseen in der Türkei und vielen anderen Teilen der Welt durch unseren Widerstand ebenfalls zerstören zu können. Dazu brauchen wir viel Kraft, vorwiegend auf lokaler Ebene, unser Erfolg in Istanbul gegen das WWF und die solidarische Vernetzung untereinander gibt uns dafür viel Rückenwind und hat uns allen Mut gemacht.

Erklärung des Bürger-Wasserforums

Istanbul, 19. März 2009 (*Übersetzung aus dem Englischen: Markus Henn)*

Nach Mexico City 2006, was ein wichtiger Meilenstein der kontinuierlichen Arbeit der globalen Bewegung für Wassergerechtigkeit war, haben wir uns jetzt in Istanbul versammelt, um gegen das 5. Weltwasserforum zu mobilisieren. Wir sind hier, um dieses falsche, unternehmensgesteuerte Weltwasserforum zu delegitimieren und um der positiven Agenda der globalen Weltwasserbewegungen eine Stimme zu geben.

Da wir uns in der Türkei befinden, können wir nicht darüber hinwegsehen, dass dieses Land ein krasses Beispiel für die verheerenden Wirkungen zerstörerischer Wasserpolitik ist. **Die türkische Regierung hat sowohl Wasserversorgungen als auch Gewässer privatisiert und hat Pläne, jeden Fluss im ganzen Land aufzustauen**. Vier besonders eindrückliche Fälle zerstörerischer und risikoreicher Dämme sind der Ilisu-, der Yusufeli-, der Munzur- und der Yortanli-Damm. Zehn Jahre lang haben sich die betroffenen Menschen massiv gegen diese Projekte gewehrt, besonders gegen den Ilisu-Damm, der Teil eines größeren Bewässerungs- und Energieproduktions-Projekts ist, bekannt als die Südostanatolien-Projekte (GAP). Der **Ilisu-Damm** – eines der meistkritisiertesten Dammprojekte weltweit – ist besonders komplex und problematisch wegen seiner Bedeutung für die internationale Wasserpolitik im Mittleren Osten. Der Damm ist in der kurdisch besiedelten Region gelegen, wo es andauernde Menschenrechtsverletzungen gibt, die mit der ungelösten Kurdenfrage verbunden sind. Die türkische Regierung nutzt GAP, um den Lebensraum der Kurden negativ zu beinträchtigen und ihre kulturellen und politischen Rechte zu unterdrücken.

Wir als Bewegung sind hier, um Lösungen für die Wasserkrise anzubieten und fordern die UN-General-Versammlung auf, das nächste globale Wasserforum zu organisieren. Die Teilnahme wichtiger Mitarbeiter und Vertreter der Vereinten Nationen an unseren Treffen ist ein Beleg, dass sich etwas verändert hat. Es gibt einen spürbaren und sichtbaren Wandel hinsichtlich der Legitimität: weg vom offiziellen Forum, organisiert von privaten Interessen und dem Weltwasserforum, hin zum Bürger-Wasserforum, organisiert von der globalen Zivilgesellschaft: Bauern, Indigene, Aktivisten, soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Netzwerke, die rund um die Welt für die Verteidigung von Wasser und Gebieten sowie für Gemeingüter kämpfen.

Wir rufen die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedsstaaten dazu auf, ihre Verpflichtung als legitimer globaler Einberufer von multilateralen Foren wahrzunehmen, und sich formell für die Ausrichtung eines Wasserforums einzusetzen, das sich auf staatliche Pflichten stützt und der globalen Gemeinschaft rechenschaftspflichtig ist. Wir rufen alle Organisatoren und Regierungen auf diesem 5. Weltwasserforum dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass dies das letzte unternehmensgesteuerte Weltwasserforum sein wird.

Die Welt braucht die Ausrichtung eines legitimen, rechenschaftspflichtigen, transparenten und demokratischen Wasserforums, im Rahmen des UN-Prozesses und mit Unterstützung der Mitgliedsstaaten.

Wir betonen noch einmal **die Illegitimität des Weltwasserforums** und lehnen die Minister-Erklärung ab, weil sie Wasser weder als universelles Menschenrecht anerkennt noch es von globalen Handelsabkommen ausnimmt. Zudem verschweigt der Resolutionsentwurf, dass die Wasserprivatisierung bei der Sicherung des Wasserzugangs für alle gescheitert ist, und er berücksichtigt nicht die positiven Empfehlungen aus der unzureichenden Resolution des Europäischen Parlaments. Schließlich spricht sich die Minister-Erklärung für die Nutzung von Wasser zur Energieproduktion mithilfe hydroelektrischer Dämme und für die verstärkte Produktion von Bio-Sprit aus Getreide aus, was beides zu mehr Ungleichheit und Ungerechtigkeit führt.

Wir erinnern noch einmal nachdrücklich an alle Prinzipien und Bekenntnisse aus der **Erklärung von Mexico City 2006**: Wir halten **Wasser für die Grundlage allen Lebens auf dem Planeten und ein fundamentales und unveräußerliches Menschenrecht**; wir betonen, dass Solidarität zwischen den lebenden und den künftigen Generationen gesichert sein muss; **wir lehnen alle Formen von Privatisierung ab** und stellen fest, dass die Verwaltung und die Kontrolle des Wassers öffentlich, sozial, kooperativ, partizipatorisch und gerecht sein muss - und nicht gewinnorientiert; **wir rufen zur demokratischen und nachhaltigen Verwaltung von Ökosystemen auf**, und zum Erhalt der Integrität des Wasserkreislaufs durch den Schutz und die angemessene Verwaltung der Gewässer und der Umwelt.

Wir widersetzen uns dem vorherrschenden ökonomischen und finanzökonomischen Modell, das Privatisierung, Kommerzialisierung und Vermarktung des öffentlichen Wassers und der Abwasserentsorgung vorschreibt. Wir werden diesen zerstörerischen und nicht-partizipatorischen Typ von Reform des öffentlichen Sektors bekämpfen, nachdem wir die Folgen von strengen Kostendeckungs-Praktiken und des Gebrauchs von Prepaid-Zählern für arme Menschen gesehen haben. Seit 2006 in Mexiko hat die globale Bewegung für Wassergerechtigkeit fortwährend den Unternehmen Widerstand geleistet, die das Wasser für ihren Profit unter Kontrolle bringen wollten.

Wir haben einige Erfolge erreicht: die Rückkehr zu öffentlichen Wasserbetrieben, die privatisiert worden waren; die Förderung und Realisierung öffentlich-öffentlicher Partnerschaften; einen Umsatzrückgang der Flaschenwasser-Industrie und ein Zusammenkommen mit kollektiven, parallelen Aktionen während des Blauen Oktobers und der Globalen Aktionswoche.

Wir feiern unsere Erfolge, die durch die Anerkennung des Menschenrechts Wasser in einigen Verfassungen und Gesetzen gekrönt werden. Zur selben Zeit müssen wir uns mit der ökonomischen und ökologischen Krise auseinandersetzen. **Wir werden nicht für ihre Krise zahlen!** Wir werden dieses verfehlte und nicht-nachhaltige Modell nicht retten, das unverantwortliche private Ausgaben in öffentliche Schulden umgewandelt hat; Wasser und Gemeingüter in Handelsgüter; die ganze Natur in ein Rohstofflager und eine Freiluft-Müllkippe.

Der **grundlegende Zusammenhang zwischen Wasser und Klimawandel** ist anerkannt von der wissenschaftlichen Gemeinschaft und wird auch vom Intergovernemental Panel on Climate Change unterstrichen. Deshalb dürfen wir im Energiesektor keine Antworten auf die Klimakatastrophe akzeptieren, die derselben Logik folgen, wie sie die Krise vor allem verursacht hat. Dies ist eine Logik, die die Quantität und Qualität des Wassers und des Lebens, das von Dämmen, Atomkraftwerken und Bio-Sprit-Plantagen betroffen ist, aufs Spiel setzt.

Im Dezember 2009 werden wir unsere Bedenken und Vorschläge in den UN- Gipfel zum Klimawandel in Kopenhagen einbringen. Des Weiteren vergiftet und zerstört das vorherrschende Modell der industriellen Intensiv-Landwirtschaft Wasserressourcen, lässt landwirtschaftliche Böden veröden und schadet der Ernährungssouveränität. Dies hat massive Auswirkungen für Leben und öffentliche Gesundheit.

Mit der **fruchtbaren Erfahrung des Weltsozialforums in Belém 2009** setzten wir uns für die Stärkung der strategischen Allianz zwischen Wasserbewegungen und denen für Land, Ernährung und Klima ein. Wir setzten uns auch ein für den weitergehenden Aufbau von Netzwerken und neuen Allianzen, und dafür, sowohl lokale Behörden als auch Parlamentarier mit einzubeziehen, die dafür sind, Wasser als Gemeingut zu verteidigen und das Recht aller Lebewesen und der Natur auf Frischwasser zu stärken. Wir ermuntern auch alle öffentlichen Wasserbetriebe dazu, sich zusammenzuschließen sowie nationale Vereinigungen und regionale Netzwerke zu bilden. Wir feiern unsere Erfolge und freuen uns auf die Fortsetzung unserer Zusammenarbeit über Länder und Kontinente hinweg!